Mittwoch, 29. Mai 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 122 - 22.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Nicaragua: Vizepräsident Ramirez Mercado bedauerte in einem Gespräch mit Außenminister Genscher in Bonn „verbale Konfrontationen in der Vergangenheit" und betonte das Interesse seiner Regierung an guten Beziehungen. Präsident Ortega hatte kürzlich Bonn beschuldigt, Komplize der „Reagan-Politik der Vernichtung" zu sein.

Absage: Auf wenig Verständnis ist in der Bevölkerung der Vorschlag des SPD-Politikers Schmude gestoßen, den Verfassungsauftrag der Wiedervereinigung zu modifizieren. In einer Allensbach-Umfrage sprachen sich 72 Prozent für die Beibehaltung des Wiedervereinigungsgebots in der Präambel des Grundgesetzes aus, 13 Prozent waren für die Streichung, und 15 Prozent hatten keine Meinung.

US-Steuern: In einer Fernsehrede hat Präsident Reagan gestern seine Pläne für die Steuerreform vorgelegt, die eine der wichtigsten Initiativen seiner zweiten Amtszeit werden soll. Fast alle Präsidenten der letzten drei Jahrzehnte waren mit ähnlichen Vorhaben gescheitert. (S. 8)

Libanon: Der Direktor des amerikanischen Hospitals in Westbeirut, Jacobson, ist in der Tiefgarage des Krankenhauses entführt worden. Mit Jacobson befinden sich sechs Amerikaner und insgesamt elf westliche Ausländer in der Hand von Terroristen.

Dialog: Erstmals seit zwölf Jahren verhandelten Delegationen des Roten Kreuzes aus beiden Teilen Koreas in Seoul über Möglichkeiten der Familienzusammenführung. Im Korea-Krieg waren Millionen von Familien auseinandergerissen worden.

Strafmaßnahmen: Die polnische Regierung hat mehreren hundert Wissenschaftlern Forschungsarbeiten im Ausland vorerst gestrichen, weil sie einen Protest gegen die Entlassung des Walesa-Beraters Professor Geremek von der Akademie der Wissenschaften unterzeichnet hatten. (S. 8)

Golfkrieg: Wegen der Verschärfung der Kämpfe sagte Bundeswirtschaftsminister Bangemann eine geplante Reise nach Bagdad ab, wo er an einer Sitzung der deutsch-irakischen Wirtschaftskommission teilnehmen wollte.

WELT-Report Finanzen

Auch 1986 wird es weiter aufwärts gehen, sagen Forscher voraus. Die Konjunktur ist frei von Spannungen, das Preisklima zeigt keinerlei Anzeichen einer Erhitzung, für die Bundesbank leuchten mithin keine Warnlampen auf. – Mehr über finanzpolitische Zusammenhänge in einem 32seitigen farbigen Report.

WIRTSCHAFT

Steuern: Mit einer Gewinnsteuerbelastung von knapp 70 Prozent müssen die Unternehmen in der Bundesrepublik im Vergleich mit den wichtigsten Auslandskonkurrenten die höchste Steuerbürde tragen, stellt das Institut der Deutschen Wirtschaft fest. (S. 9)

Agrarmarkt: Stark divergierende Ansichten über eine langfristige Neuorientierung der europäischen Landwirtschaft brachte das Treffen der EG-Agrarminister in Siena (Italien) zutage. (S. 9)

Insolvenzen: Die Zahl der bei den Amtsgerichten eingegangenen Konkurs- und Vergleichsanträge stieg 1984 gegenüber 1983 um vier Prozent auf 16 760.

Börse: Bei schleppendem Geschäft kam es zu Gewinnmitnahmen. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 187,4 (187,6). BHF-Rentenindex 102,554 (102,549). Performance Index 102,665 (102,630). Dollarmittelkurs 3,1127 (3,0805) Mark. Goldpreis 311,25 (314,70) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» In unserer Situation ist Solidarität, das heißt Solidarität untereinander, wichtiger denn je, weil wir von Feinden umgeben sind «

Der Breslauer Erzbischof, Kardinal Henryk Gulbinowicz, vor Journalisten in Rom
FOTO: CAMERA PRESS

KULTUR

Münchinger: Gegenseitig haben sie sich zu Weltruhm verholfen: Karl Münchinger und sein Stuttgarter Kammerorchester. Anläßlich seines 70. Geburtstags sprach die WELT mit Münchinger über das Thema, das ihn zeit seines Lebens bewegt hat: die Auseinandersetzung mit Bach. (S. 15)

Theater: Kein regelrechtes Theaterereignis, dafür aber eine respektvolle Werbung für Mitmenschlichkeit ist das Stück „Einschnitt – ein Mann fällt um", in dem Frank Moritz im Frankfurter Kammerspiel Hospital- und Rehabilitationsmomente aufzeichnet. (S. 15)

SPORT

Fußball: Das Endspiel im Europapokal der Landesmeister zwischen dem FC Liverpool und Juventus Turin wird heute abend ab 20.15 Uhr vom ZDF live aus Brüssel übertragen. (S. 7)

Tennis: Der Leimener Boris Bekker hat durch einen 6:3-, 6:7-, 6:1-, 6:1-Sieg über Vitas Gerulaitis (USA) die zweite Runde der internationalen französischen Meisterschaften in Paris erreicht.

AUS ALLER WELT

Katastrophe: Der Wirbelsturm an der Küste von Bangladesch hatte offenbar noch verheerendere Folgen als zunächst angenommen. Inoffiziell ist jetzt von 40 000 Toten die Rede, Mitglieder der Rettungsmannschaften sprechen sogar von 100 000. (S. 16)

Lotto total: Für Teilnehmer an staatlichen Toto- und Lottospielen bricht am Samstag eine neue Ära an: Bei den Höchstgewinnen gibt es keine Grenzen mehr.

Wetter: Im Süden regnerisch, im Norden freundlich. Bis 21 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die UNO und ihre automatischen Mehrheiten – Leitartikel von Günter Friedländer S. 2

Berlin: Parteien verstärken Kritik am alliierten Flugverkehr – Streichungen moniert S. 4

Griechische Opposition: Liberaler Wirtschaftskurs und prowestliche Außenpolitik S. 5

Argentinien: Alfonsin gerät in arge Bedrängnis – Wirtschaftlicher Niedergang S. 5

Fernsehen: Neue Serie im ZDF: „Polizeirevier Hill Street" – Das Leben ist zu lasch S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Hongkong: Zweifel an Pekings Zusagen – Chinesischer Ministerpräsident nach London S. 8

Immobilien: Maklers Erwachen – Leitartikel im Wirtschaftsteil von Hans Baumann S. 9

Kunstgewerbemuseen: Frankfurt und Berlin: Vorliebe für Vitrinen – Von Peter Dittmar S. 15

Wildunfälle: Lieber draufhalten als vollbremsen – Verkehrstips vom HUK-Präsidenten S. 16

Kohl bemüht sich um neuen Gleichklang mit Mitterrand

Konstanzer Gespräch als Vorbereitung auf den Mailänder EG-Gipfel

RÜDIGER MONIAC, Konstanz

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in einem mehrstündigen Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand versucht, für den Ende Juni in Mailand geplanten Europa-Gipfel eine solide Grundlage zwischen Bonn und Paris abzusprechen. Kohl traf sich gestern mit seinem Gast aus Paris zu einem „Arbeitsgespräch" in Konstanz am Bodensee. Vorher hatten beide Politiker gemeinsam den Schriftsteller Ernst Jünger in seinem Haus in Wilflingen in der Nähe von Biberach besucht.

Im Mittelpunkt der Unterredung zwischen dem Kanzler und dem französischen Staatspräsidenten standen die wesentlichen europapolitischen Themen. Unter ihnen war vor allem die Frage, ob die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft bereit sind, im Europäischen Rat vom Prinzip der einheitlichen Beschlüsse zugunsten von Mehrheitsentscheidungen abzugehen. Wie es bereits vor dem Treffen Kohl/Mitterrand in Bonn geheißen hatte, war der Kanzler bestrebt, seinen französischen Gesprächspartner auf diese Linie zu bringen und von ihm das Einverständnis zu erlangen, für diese Zielsetzung in Mailand mit ihm gemeinsam zu kämpfen.

In Bonn wird als Mittel, den Weg zur europäischen Einigung zu beschleunigen, in erster Linie die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft gesehen. Das bereits vorhandene Instrument der sogenannten Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) soll

SEITE 3:
Im Roten Salon

nach Ansicht Kohls deutlich erweitert werden und schließlich zu einer Harmonisierung des außenpolitischen Handelns aller Mitgliedsländer der EG führen.

Neben dieser Frage beschäftigte beide Staatsmänner dem Vernehmen nach die Suche nach einer Möglichkeit, die europäische Kooperation bei der technologischen Entwicklung der industriellen Basis innerhalb der EG zu intensivieren. Von deutscher Seite wurde darauf gedrungen, die besonders von Mitterrand favorisierte Technologie-Gemeinschaft Eureka nicht in eine Frontstellung zu den amerikanischen Plänen zur Erforschung technischer Möglichkeiten für eine Strategische Verteidigung (SDI) geraten zu lassen.

Als Schlüsselwort für diese Bonner Absicht galt in Konstanz die Erkenntnis, die Technologie-Gemeinschaft müsse mit den amerikanischen Wünschen für eine europäische Beteiligung an SDI „kompatibel" gemacht werden. Offensichtlich kam diese Absicht Staatspräsident Mitterrand entgegen, der noch in Bonn beim Weltwirtschaftsgipfel die EG-Partner mit der Ankündigung überraschte, Frankreich werde eine Forschungsbeteiligung an SDI ablehnen.

Der Weg über die Technologie-Gemeinschaft in Europa, in der nach Vorstellungen des Bundeskanzlers Franzosen und Deutsche eine Hauptrolle übernehmen sollen, würde es in einer zweiten Phase erlauben, bestimmte Teile von Forschungsergebnissen aus der europäischen Zusammenarbeit in eine weiter gesteckte mit den USA einzubringen.

Gorbatschow lobt den Kurs der SPD

Kreml-Chef zu Brandt: Kommunisten und Sozialdemokraten müssen zusammenwirken

DW. Moskau

Die ungewöhnlich ausführliche Berichterstattung der sowjetischen Medien über den Besuch Willy Brandts in Moskau spiegelt die Bedeutung wider, die die Kreml-Führung der Visite des SPD-Vorsitzenden beimißt. Das sowjetische Fernsehen berichtete allein am Montagabend in seiner Hauptnachrichtensendung an erster Stelle rund 20 Minuten über die Gespräche Brandts in der Hauptstadt der UdSSR.

Die Rede des KPdSU-Generalsekretärs Michail Gorbatschow während eines Essens in Moskau war als Erinnerung an die Unterzeichnung des „historischen Moskauer Vertrages im August 1970" und an den Anteil, den Brandt daran hatte, angelegt. Die „Haupterrungenschaft" jener Jahre, die „Entspannung", sei von den „konservativen und reaktionären Kreisen" angegriffen worden, sagte Gorbatschow und kam direkt auf die amerikanischen Pläne eines Raketenabwehrsystems im Weltraum zu sprechen. Mit „Genugtuung" wies der Kreml-Chef darauf hin, daß die SPD eine „bedeutende Rolle im Kampf für die Lösung von Fragen von Krieg und Frieden" spiele. „Davon zeugt die in den Dokumenten der SPD und in Ihren Ausführungen Niederschlag gefundene Haltung gegen die ‚Sternenkriegs'-Pläne zugunsten der Eindämmung des Wettrüstens, der Reduzierung der Rüstungen, vor allem der nuklearen, des Abschlusses eines Vertrages über den gegenseitigen Gewaltverzicht zwischen Ost und

LEITARTIKEL SEITE 2:
Partnerschaft
Von Herbert Kremp
SEITE 3:
Der neue Stil

West, der Einstellung der äußeren Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Länder und Völker, der Einstellung bewaffneter Konflikte und aggressiver Abenteuer in verschiedenen Regionen der Welt. Diese Vorstellungen, zu denen Sie und Ihre Partei auf eigenem Wege und ausgehend von eigenen politischen Überzeugungen gelangt sind, stimmen in vielem mit unseren Vorstellungen von der modernen Welt und den Aufgaben ihrer Vervollkommnung überein."

Gorbatschow äußerte seine Wertschätzung für die „feste Haltung" der SPD, lobte die Idee der Schaffung von kernwaffenfreien Zonen und fügte hinzu: „Genauso teilen wir und unterstützen aktiv die von Ihrer Partei befürwortete Idee, in Europa eine von chemischen Waffen freie Zone zu schaffen."

Ideologische Meinungsverschiedenheiten dürften jedoch nicht das „Zusammenwirken zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten in den wichtigsten und schärfsten Problemen der Gegenwart hemmen".

Gorbatschow sprach auch von einer vollständigen Unfruchtbarkeit der ersten Phase der Genfer Rüstungskontrollverhandlungen. Diese Bemerkung steht im Gegensatz zu einer Aussage des Politbüromitglieds Worotnikow, der sich zur Zeit in Ottawa aufhält. Worotnikow wurde dort mit den Worten zitiert, daß die Sowjetunion in die am Donnerstag beginnende zweite Runde mit „vorsichtigem Optimismus" gehe.

Rau quälte sich mit der Kabinettsliste

Posser, Schnoor und Schwier unumstritten / Heinemann neuer Arbeitsminister in Düsseldorf

WILM HERLYN, Düsseldorf

Bis zuletzt mußte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) an seiner neuen Kabinettsliste feilen. Die Ressort-Aufteilung, die in der Vorwoche schon eindeutig schien, wurde gestern vormittag noch einmal in Frage gestellt. Begehrlichkeiten, geweckt durch den überzeugenden Wahlsieg am 12. Mai mit 52,1 Prozent, machten es notwendig, daß Rau den gesamten Vormittag im Landtag mit dem Fraktionsvorstand und in Einzelgesprächen die Namen und Kompetenzen aushandeln mußte.

Zwei „Kronprinzen" überragen die Personalentscheidungen: Zum einen stärkte Rau seinen Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen, indem er ihm die Verantwortung für den Umweltschutz übertrug, zum anderen steht Friedhelm Farthmann, der frühere Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales nicht mehr in der Kabinettsdisziplin. Er hatte schon frühzeitig zu erkennen gegeben, daß er des Ressorts überdrüssig ist und sich statt dessen lieber als Vorsitzender in der 125 Mann starken Fraktion im Landtag profilieren möchte. Farthmann wurde ohne Gegenstimme bei acht Enthaltungen von der SPD-Fraktion gewählt. Sein Vorgänger, der Bielefelder Karl Josef Denzer, rückt als neuer Präsident des Parlamentes auf. Er ersetzt John van Nes Ziegler, der sich lange Zeit nicht hatte entscheiden können, ob er sich nun als Europa-Parlamentarier aufbauen lassen oder in Düsseldorf bleiben sollte. Die Partei aber wollte nicht warten und gab ihm am Ende keines der beiden Mandate. Nun wird sich der honorige Kölner Rechtsanwalt auf seinen Besitz in Spanien zurückziehen. Die ersten Überlegungen Raus, seinem Wirtschaftsminister, Professor Reimut Jochimsen, das Wissenschaftsressort zu übertragen, scheiterten an Jochimsen selbst. Denn er konnte darauf verweisen, daß er von der Wirtschaft inzwischen – nach einigen Anläufen – akzeptiert und als kompetenter Gesprächspartner auch gesucht wird. Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern, Schulenberg, verwandte sich sogar persönlich bei Rau für Jochimsen. Unumstritten sind auch die Säulen im Kabinett mit Finanzminister Dieter Posser und Innenminister Herbert Schnoor, unverzichtbar Hans Schwier als Kultusminister und Rolf Krumsiek, der das Ministerium für Justiz übernehmen soll, das nach dem Rücktritt von Dieter Haag im Januar von Posser mitgeleitet wurde. Neu sind die Namen Hermann Heinemann, der schon seit Jahren als ministrabel gilt. Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen wird sich um das Ressort Arbeit kümmern. Anke Brunn soll die Wissenschaft übernehmen.

Verschwindet die Milchstraße im Nichts?

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Das Zentrum der Galaxie, zu der unser Planetensystem gehört, wird möglicherweise von einem sogenannten „Schwarzen Loch" ausgefüllt. Darauf weisen Messungen hin, die K. Y. Lo vom California Institute of Technology jetzt in der Zeitschrift „Nature" veröffentlicht hat. Schon seit langem ist bekannt, daß sich im Zentrum unseres Sternsystems ein Objekt befindet, das Strahlung im Bereich der Radiowellen abgibt.

Lo und seine Mitarbeiter haben dieses Objekt nun neuerlich vermessen und stellten fest, daß es am Himmel eine Ausdehnung von nur 0,002 Bogensekunden hat. Dies entspricht einer tatsächlichen Ausdehnung im Raum von nur 20 Astronomischen Einheiten (als Astronomische Einheit bezeichnet man die Entfernung Erde–Sonne). Das bedeutet, daß die Strahlungsquelle nur so groß ist wie die Umlaufbahn des Saturn um die Sonne.

Ein solches verhältnismäßig kleines Objekt, das Radiostrahlung abgibt, kann aber nur ein „Schwarzes Loch" sein. Andere Möglichkeiten, etwa daß es sich um eine dichte Ansammlung von Materie, quasi um eine Geburtsstätte für Sterne handelt, scheiden angesichts der Abmessungen des Objektes aus.

Als „Schwarze Löcher" bezeichnet man das Endstadium in der Entwicklung der Sterne, in dem die gesamte Materie in einem Kollaps zusammenstürzt, auf engem Raum konzentriert wird. Die Anziehungskraft dieser Objekte ist auf Grund der extrem hohen Dichte so groß, daß sie die umgebende Materie wie ein kosmischer Staubsauger in sich hineinsaugen und festhalten. Selbst die Photonen des sichtbaren Lichtes können ein solches „Schwarzes Loch" nicht mehr verlassen, deshalb ist es für einen Beobachter völlig „unsichtbar". Es gibt jedoch unter bestimmten Umständen Strahlung mit niedriger Frequenz ab, mit Wellenlängen etwa im Bereich von Zentimetern. Diese kann dann mit Radioteleskopen aufgespürt werden.

Trotz dieser Hinweise gibt es noch zahlreiche unbeantwortete Fragen. Zur Zeit reichen die Möglichkeiten, die den Astronomen zur Verfügung stehen, nicht aus, um völlige Klarheit über die Natur der Radioquelle zu schaffen. Man erhofft sich jedoch eine weitere Klärung von Untersuchungen, in denen die Geschwindigkeit und die Bewegungsrichtung von Sternen gemessen werden sollen, die sich in der Nähe des „unbekannten Raumobjektes" befinden. Daraus kann man auf seine Masse schließen.

Vor kurzer Zeit haben Astronomen bereits im Zentrum einer anderen Galaxie ein „Schwarzes Loch" entdeckt. Diese Funde werfen erneut die Frage auf, wie sich Sternensysteme während ihrer Milliarden Jahre langen Geschichte entwickeln. Möglicherweise bildet sich im Zentrum jeder Galaxie im Lauf ihrer Entwicklung ein solches „Schwarzes Loch", das nach und nach die gesamte Materie in sich hineinzieht, auf engstem Raum konzentriert und schließlich unter der eigenen gewaltigen Anziehungskraft kollabiert.

DER KOMMENTAR

Interessen

RÜDIGER MONIAC

Viel Zeit hat Europa nicht mehr. Wenn aus dem losen Miteinander der EG-Länder mehr werden soll als eine Zweckgemeinschaft zur Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, muß gehandelt werden. Nur politischer Wille kann helfen, der bisherigen europäischen Ziellosigkeit ein Ende zu bereiten.

Das Treffen zwischen Kanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand diente diesem Zweck. Ob beide Staatsmänner die Kraft fanden, sich aus dem Gestrüpp vieler partikularer Interessen zu befreien und in Konstanz den Grundstein zu legen für ein Gebäude der „Europäischen Union", wird offen bleiben, solange die Taten ausstehen.

Der Kanzler jedenfalls hat den festen Willen, Europa voranzubringen. Selbst, wenn das auch nach den hartnäckigen Kämpfen zum Schutz deutscher Landwirte bezweifelt werden kann. Doch weiß Kohl sehr wohl, daß er nur dann eine Seite im europäischen Geschichtsbuch wird beanspruchen können, wenn er mithilft, den Weg zur europäischen Einigung zu öffnen.

Zweifel, ob das auch für Mitterrand gilt, gibt es viele. Frankreich hat es bisher immer verstanden, in Europa eine individualistische Rolle zu spielen. Die „Grande Nation" – man kann sie sich nur schwer als eines unter elf anderen EG-Mitgliedern vorstellen, das sich bei gewichtigen politischen Entscheidungen der Mehrheit der anderen unterwirft. Mitterrand würde deshalb, wenn er in Konstanz nur taktisch die Verständigung mit Kohl suchte, um sie vielleicht schon in Mailand beim Europa-Gipfel wieder aufzukündigen, in der Tradition gaullistischer Interessenwahrung handeln.

Doch muß allen verantwortlichen Führern, die das politische Schicksal unseres Kontinents im Schatten einer herausfordernd mächtig gewordenen Sowjetunion mitbestimmen, bewußt sein, daß sie nicht mehr wie Krämer miteinander umgehen dürfen. Gibst du mir, gebe ich dir – das hat zu lange gegolten. Heute braucht die Europäische Gemeinschaft den Mut, den aus der Vielstaaterei geschlungenen Knoten zu zerschlagen, damit die Vereinigten Staaten von Europa gebildet werden können.

Datum der Karte Sacharows war gefälscht

DW. Newton

Das Absendedatum einer Postkarte des sowjetischen Physikers Andrej Sacharow an seine in den USA lebenden Familienmitglieder ist offensichtlich gefälscht worden. Fachleute haben festgestellt, daß die vom 21. April datierte Karte vermutlich zwischen dem 1. und dem 3. April geschrieben wurde. Die am Samstag eingetroffene Karte sei verändert worden, um den Eindruck zu erwecken, Sacharow sei am 16. April nicht in den Hungerstreik getreten, sagte Sacharows Stieftochter Tatijana Jankelewich.

Die Familie hatte unter dem ersten Eindruck der Karte mitgeteilt, ihr Inhalt lasse bezweifeln, ob Sacharow am 16. April in einen Hungerstreik getreten ist. In der von Sacharow und seiner Frau unterschriebenen Karte war vom Frühjahrsputz und einer von seiner Frau gelesenen März-Ausgabe eines Moskauer Magazins die Rede. Nach der Untersuchung der Karte sagte Frau Jankelewich: „Das einzige, was wir wissen, ist, daß die Postkarte, die wir erhielten, gefälscht wurde und daß die Sacharows uns offensichtlich seit mehr als einem Monat nichts geschrieben haben und daß seine Kollegen in Moskau im April nicht Gorki besuchen durften."

Über Sacharow war erst vor kurzem bekanntgeworden, daß er aus Protest gegen die Behandlung seiner Frau in den Hungerstreik getreten ist. An einen westlichen Diplomaten in Moskau schrieb Sacharow: „Am 16. 4. habe ich einen Hungerstreik ... begonnen. Am 21. 4. bin ich mit Gewalt ins Hospital überführt worden und werde dort zwangsernährt."

Genscher übt scharfe Kritik an Pretoria

DW. Bonn

Mit einer für die Bonner Politik ungewöhnlichen Tonlage hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher Kritik an der Politik der Republik Südafrika vorgetragen. Vor Botschaftern afrikanischer Länder sagte der Minister gestern in Bonn, die Bundesregierung verfolge mit „Bestürzung" die Eskalation von Gewalt in Südafrika und sehe mit Sorge, daß „nicht zuletzt durch das unverhältnismäßige Vorgehen der Polizei die Anwendung von Gewalt allgemein gestiegen ist". Die von der Regierung in Pretoria verfolgte Politik der Apartheid sei „rassische Diskriminierung", die als unannehmbar zurückgewiesen werden müsse. Alle Menschen müßten in Südafrika Anteil an der Gestaltung ihres Schicksals haben können. Es sei vorrangiges Ziel der Bundesregierung, die Apartheid in der Republik Südafrika überwinden zu helfen.

Genscher betonte, er verstehe die Verbitterung und Enttäuschung der Staaten Afrikas darüber, daß noch immer keine international anerkannte Unabhängigkeit für Namibia habe herbeigeführt werden können. Eine friedliche Lösung der Namibia-Frage könne zu regionaler Entspannung und zum Abbau „raumfremder Militärpräsenz" führen. Als nichtig betrachte die Bundesregierung einseitige Maßnahmen der südafrikanischen Regierung zur Einsetzung von Verfassungsinstitutionen und zur Übertragung von Regierungszuständigkeiten. Solche Maßnahmen seien mit den gültigen UNO-Resolutionen nicht in Einklang zu bringen.

amnesty: In Laos mehr als 6000 politische Häftlinge

In Jugoslawien Verhaftungen wegen „verbaler Delikte"

DW. Paris/Bangkok

In Laos gibt es nach einem Bericht der Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) mehr als 6000 politische Gefangene. In einem in Bangkok veröffentlichten Bericht heißt es, die Häftlinge würden in Lagern in abgelegenen Teilen des Landes gefangengehalten.

Nach der Machtübernahme der Kommunisten in Laos im Jahre 1975 waren nach Angaben der neuen Regierung 10 000 bis 15 000 Anhänger des alten Regimes festgenommen, bis 1983 aber wieder freigelassen worden. In der amnesty-Mitteilung heißt es dagegen, unter den politischen Gefangenen seien immer noch viele Anhänger des ehemaligen Regimes. ai fordert die laotische Regierung auf, die Gefangenen freizulassen oder jedem einzelnen einen fairen Prozeß zu machen.

In einem heute in Paris veröffentlichten Bericht ruft ai die jugoslawische Regierung auf, Gesetze, die die Ausdrucksfreiheit beschränken, nicht mehr anzuwenden. 2208 Verhaftungen wegen gewaltloser politischer Aktivitäten werden für die Jahre 1980 bis 1983 gemeldet.

In den meisten Fällen, von denen ai Einzelheiten erfahren habe, hätten die Gefangenen keine Gewalt angewandt. Zahlreiche Verhaftungen seien wegen Äußerungen über nationalistische oder religiöse Bewegungen in Serbien, Kroatien oder der albanischen Minderheit erfolgt. Viele der Verhafteten seien Albaner aus der autonomen serbischen Provinz Kosovo, die für den Status einer vollberechtigten Republik Kosovo eintreten. Im Durchschnitt lauten ai zufolge die Urteile auf sechseinhalb Jahre Gefängnis.

Die den Verurteilten vorgeworfene „feindselige Propaganda" sei zum Teil in Privatgesprächen oder -briefen enthalten, heißt es im ai-Bericht weiter. Aus den jugoslawischen Regierungsstatistiken geht hervor, daß die meisten Verhaftungen aus politischen Gründen „verbale Delikte" zum Anlaß hatten. In vielen Fällen handle es sich sogar um „geringfügige Delikte" wie Witze über Regierungsmitglieder.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schwarz auf weiß

Von Peter Gillies

Die Vollbeschäftigung, der viele Staaten Westeuropas (erfolglos) nachjagen, sie herrscht in der Schattenwirtschaft. Aus Italien berichtet eine Untersuchung, daß zwanzig Prozent des Bruttosozialprodukts auf diesem Wege erstellt wird – frei von Steuern, Abgaben und bürokratischer Bevormundung. Kenner halten diesen „schwarzen" Beitrag zur italienischen Wirtschaft für noch weit höher, und dort wie hier sind die staatlichen Versuche, diesem Übel beizukommen, gescheitert.

Auch in der Bundesrepublik wird fleißig am Fiskus vorbei gewerkelt. Wirtschaftswissenschaftler schätzen den weggetauchten Teil des Bruttosozialprodukts auf rund zehn Prozent, mithin irgendwo zwischen 100 und 200 Milliarden Mark im Jahr. Wo die (erlaubte) Nachbarschaftshilfe endet und die (verbotene) Schwarzarbeit beginnt, ist auslegungsfähig. Jedenfalls bleibt es ein Ärgernis, daß es nicht gelingen will, die illegale in legale Beschäftigung umzuwandeln.

Nun dürfte das so lange nicht gelingen, wie die Steuern, Abgaben und Nebenkosten der „weißen" Arbeit so hoch bleiben, wie sie derzeit sind. Auch die zunehmenden Versuche der Kriminalisierung werden die Blüte der Schwarzarbeit nicht zu kappen vermögen. Mehr als drei Millionen Bürger gehen ihr angelegentlich oder ständig nach, um sich ein Zubrot (oder mehr) zu verdienen. Der Nobelpreisträger Milton Friedman hat diese Gegenwirtschaft einmal als Sicherheitsventil bezeichnet, „das den Schaden abmildert, der durch Mismanagement von Regierungen entstanden ist".

Rund 160 000 Fälle sind 1984 in der Bundesrepublik aufgedeckt worden, darunter schwere Betrugsfälle. Mancher Gewerbetreibende, der seinem Kunden die Code-Frage „Brauchen Sie eine Rechnung?" stellt, tut dies jedoch nicht selten deswegen, weil er anders nicht überlebt. Ob der offizielle Arbeitsmarkt davon profitierte, würde man Schwarzarbeit selbst mit der Todesstrafe ahnden, ist zweifelhaft. Wahrscheinlich unterblieben viele Aufträge dann völlig, oder sie würden zu hohen Preisen abgewickelt, die anderswo Leistungen verhinderten.

Appelle an den Gemeinsinn fruchten solange nicht, wie die „weiße" Arbeit sich weigert, aus der Anziehungskraft der „schwarzen" zu lernen. Bis dahin erfreut sich „die Schweiz des kleinen Mannes" weiter beträchtlichen Zulaufs. Politik, Wirtschaft und Tarifparteien dürfen sich herausgefordert fühlen.

Liefern ins Kriegsgebiet

Von Jürgen Liminski

Jetzt fliegen sie wieder, die Bomber nach Teheran und die Raketen nach Bagdad. Es war auch nur eine Frage der Zeit, wann eine der beiden Seiten den „Krieg der Städte" wieder aufnehmen würde. Vernunft gehört nicht zu den Faktoren, die das Treiben in dieser Ecke des Golfs bestimmen.

Ein Unterschied ist allerdings bemerkenswert: die irakische Seite kann nicht nachgeben, ohne sich aufzugeben. Die iranische dagegen will nicht nachgeben. Noch nicht, muß man sagen. Denn in Persien wächst der Widerstand gegen die Diktatur und den sinnlosen Krieg, angefacht von innen und von außen, durch die Fehler und Grausamkeiten des Mullah-Regimes und durch die Aktionen der um den Sozialdemokraten Bachtiar sich scharenden Opposition.

Noch nicht auch, weil Bagdad trotz der besseren Qualität seiner (westlichen) Waffensysteme die Gegner nicht in die Knie zu zwingen vermag. Das könnte sich jedoch ändern, wenn es dem Irak gelingt, ein dreißig-Millionen-Dollar-Geschäft mit der US-Firma Sikorski abzuschließen. Dann könnte Bagdad etwa zwanzig Hubschrauber des modernen Typs Bell-Hawk an die Front schicken, um dort die Luftüberlegenheit für das Gefechtsfeld nutzbar zu machen; von oben schießt es sich leichter und genauer als aus Stellungen hinter Sandhaufen. Auch könnten Truppen im Rücken der Iraner abgesetzt werden. Die Sikorski-Hubschrauber sind in der Lage, knapp zwei Dutzend vollausgerüstete Soldaten einschließlich Munition zu transportieren. So benutzt sie die US-Army seit sechs Jahren.

Bagdad spielt übrigens mit mehreren Eisen im Feuer des Abnutzungskrieges. Auch mit der deutschen Firma MBB und der englischen British Westland sollen, wie in der irakischen Metropole zu erfahren ist, Gespräche über Hubschrauberlieferungen geführt worden sein. Die Europäer werden nun verärgert sein, daß nicht ihre, sondern Amerikas Hilfe zur Beendigung dieses Krieges vorgezogen wird.

Überfüllt, überflutet

Von Detlev Ahlers

Die Morgennachrichten im Radio waren gestern auf unheimliche Weise grotesk. Die erste Meldung behandelte eine Flutkatastrophe in Bangladesch: Tausende von Toten. Sofort danach: ein 53jähriger ist in Schwaben während eines Unwetters von Wassermassen in einen Kanal gerissen worden und ertrunken. Zehntausendfacher Tod in der Ferne, ein Tod in der Nachbarschaft. Man differenziert: Vor der großen Zahl verblaßt das Sterben. Die Fähigkeit des Mitleidens ist auf den einzelnen gerichtet, wir kennen das Alter des Opfers, denken vielleicht kurz daran, ob er Frau und Kinder hinterläßt, denn wir wissen oder ahnen, wie eine Witwe in Deutschland trauert. Doch wie sechs Meter hohe Flutwellen Inseln im Golf von Bengalen überfluten und Körper mit sich reißen – unzählbar viele, mehr als 25 000, wohl 100 000 – unsere Imagination stößt an Grenzen. Zurück bleibt Grauen, nicht Mitleid.

Wer einmal in Bangladesch war, kann sich vorstellen, welche Hilfe es für die Überlebenden und die Obdachlosen geben wird: praktisch keine. Ein Staat, in dem die Massen hungern, in dem von 92 Millionen Menschen rund 80 Prozent unter dem leben, was dort Existenzminimum genannt wird, kann den Opfern solcher Kastastrophen, die sich dort immer wieder ereignen, nicht helfen. Sie sind auf sich selbst zurückgeworfen, auf den Familienverband und mithin auf eine möglichst große Kinderzahl. Dabei nimmt die hoffnungslose Überbevölkerung dieses Staates beängstigend zu. Wieder erreicht nur individuelles Leid unsere Herzen, ähnlich wie jene Fotos von Überlebenden und weinenden Hungergestalten aus Äthiopien.

Unsere Hilfe wird dringend gebraucht. Ein (vielleicht gar nicht erstaunliches) Phänomen: die Vermassung der Gesellschaft hat dazu geführt, daß die Nicht-Individualisierbarkeit des Grauens der Hilfsbereitschaft keinen Abbruch tut, wie die Januar-Aktionen für Äthiopien bewiesen. Wer jedoch Geld in die Länder mit Massenelend spendet, muß sich bewußt sein, daß das grundsätzliche Problem dort – zu wenig für zu viele – auf dem Spendenwege nicht zu lösen ist. So gilt die Hilfe immer dem einzelnen Menschen: etwa der Witwe eines 53jährigen, der auf der Insel Monpura in der Flut ertrank.



„Schmeckt wieder ganz ausgezeichnet!" KLAUS BÖHLE

Partnerschaft

Von Herbert Kremp

Zwischen dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow und dem SPD-Vorsitzenden Brandt gibt es ein Ausmaß an außen- und sicherheitspolitischer Übereinstimmung, das im Falle eines Regierungswechsels in der Bundesrepublik zu einer weltpolitischen Neuorientierung des Landes führen könnte. So deutlich wie noch nie im Ausland distanzierte sich Brandt öffentlich von der Bundesregierung und von der Rüstungspolitik der USA.

Nach der Einschätzung Gorbatschows gibt es ein „Zusammenwirken zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten in den wichtigsten und schärfsten Problemen der Gegenwart ..." Wenn diese Worte zutreffen, geht die Beziehung über die von Brandt erneut zitierte Sicherheitspartnerschaft hinaus: Die Sowjetunion glaubt in der SPD einen Partner für ihre Machtpolitik gewonnen zu haben.

Brandt trat der Konsens-Erklärung in keinem Teil entgegen. Im Anschluß an eine dreistündige Unterredung nagelte Gorbatschow den Gast zunächst in der Sicherheitspolitik auf sowjetische Positionen fest. Gemeinsam verurteile man die „Sternenkriegs-Pläne" der USA (gemeint ist die gegen Angriffsraketen gerichtete Weltraum-Verteidigung), gemeinsam trete man für die Reduktion besonders der nuklearen Rüstungen und für ein Gewaltverzichtsabkommen zwischen Ost und West ein. Dies ist im wesentlichen die Verhandlungslinie Moskaus in Genf. Brandt hob den Wunsch nach einem Moratorium bei der Raketenstationierung in Europa hervor. Die Betonung der Gesprächs-Partner lag jedoch auf der Ablehnung des amerikanischen SDI-Projekts. Die „Militarisierung des Weltraums", wie die sowjetische Sprachregelung heißt, stehe jedem Erfolg bei den Abrüstungsverhandlungen entgegen.

Die sozialdemokratisch-sowjetische Übereinstimmung bezieht sich jedoch nicht nur auf die Sicherheit. Auf diesem Gebiet überraschte in erster Linie der kordiale Ton, den Brandt in Moskau anschlug, die Phrasierung seiner bekannten Texte. Erstaunen in der Sache erzeugt jedoch das Einvernehmen auf dem Felde klassischer Außenpolitik. Gorbatschow erwähnte „die Einstellung der äußeren Einmischung in die Angelegenheit souveräner Länder und Völker, die Einstellung bewaffneter Konflikte und aggressiver Abenteuer in verschiedenen Regionen der Welt", meinte damit aber weder Afghanistan noch das sowjetische Engagement in Südostasien. Statt dessen hatte er die amerikanische Politik in Zentral-Amerika im Visier. Seine Anmerkungen zielten gegen Washington. Auch dabei stellte sich Brandt in Moskau offiziell auf Gorbatschows Seite.

Die Politik der Opposition erreicht damit eine neue Qualität. Sie ist nicht einfach „anti-amerikanisch", sie bringt nicht nur eine emotionelle Färbung zum Ausdruck. Sie ist pro-sowjetisch in Substanz und Strategie. Der Grund für die offene Stellungnahme Brandts kann nicht in der Enttäuschung des SPD-Vorsitzenden über die Weigerung Präsident Reagans liegen, ihn während des Besuchs in Bonn zu empfangen. Brandt weinte darüber nicht (lange). In der Sache geht es ihm seit Jahren um eine „neue Ostpolitik", um einen grundsätzlichen Orientierungswechsel der Bundesrepublik, den er unter Helmut Schmidt nicht vollziehen konnte, der ihm von vornherein nur im größeren Manövrier-Raum der Opposition möglich erschien, wo Verantwortungen, wie er meint, nicht blockieren.

Gorbatschow interpretierte den im Geiste schon Verbündeten mit einem bezeichnenden Satz: „Diese Vorstellungen, zu denen Sie und Ihre Partei auf eigenen Wegen und ausgehend von eigenen politischen Überzeugungen gelangt sind, stimmen in vielem mit unseren Vorstellungen von der modernen Welt und den Aufgaben zu ihrer Vervollkommnung überein." Darin kommt zum Ausdruck, daß die sowjetische Politik in der deutschen Sozialdemokratie, wie sie von Brandt gewendet wird, ihren Hoffnungsträger in der Bundesrepublik erblickt. Man setzt auf sie als Kraft der Zukunft und scheint entschlossen zu sein, der amtierenden Regierung die immer mehr erkaltende Schulter zu zeigen. Das ist das „finnische" Verfahren: Die Aufmerksamkeit gilt den Kräften des Wohlverhaltens.



Handschlag für den Hoffnungsträger: Gorbatschow empfängt Brandt FOTO: TASS

Dem Kreml ging und geht es dabei nicht um die förmliche Absage der Bundesrepublik an das westliche Bündnis, etwa um den Austritt aus den Institutionen. Die Führer in Moskau sind zu realistisch, um einen solchen Schritt für möglich zu halten. Brandt selber hat Gorbatschow aus seiner Erfahrung diesen Realismus bescheinigt. Man setzt vielmehr auf eine allmähliche Erosion, auf die Kraft der Entfremdung, der Aushöhlung, für die es Ansatzpunkte gibt. Brandt operiert mit der Formel der „europäischen Zusammenarbeit", die eine Art Kontinentalsperre für die USA (und für das ihnen stets nahe Großbritannien) bedeutet. Er setzt auf das Einvernehmen des irgendwann einheitlich sozialistisch gefärbten Westeuropas mit einer „friedliebenden" Sowjetunion.

Das Konzept trägt utopische Züge. Es hat jedoch eine unmittelbare, die konkrete Politik betreffende Wirkung. Wonach die Sowjetunion begierig greift, ist die Aussicht auf eine eigene Außenpolitik der Sozialdemokratie, die mehr ist und etwas qualitativ anderes als eine „Schattenregierung", nämlich eine Schatten-Bundesrepublik. Kommunisten halten von Partei-zu-Partei-Beziehungen seit jeher mehr als von den offiziellen Staatsbeziehungen. Auf dieser Ebene läßt sich ein diplomatischer Apparat in Bewegung setzen, der an der Regierung des betreffenden Landes vorbeioperiert und nach dem Muster einer „Internationale" Einfluß ausübt. Der in Moskau hofierte Brandt scheint gewillt zu sein, sich dafür herzugeben.

IM GESPRÄCH Augustin Mayer

Immer Mönch geblieben

Von Friedrich Meichsner

Als die vatikanische Gottesdienstkongregation im Oktober vergangenen Jahres den Bischöfen in aller Welt gestattete, in begrenztem Umfang die tridentinische (lateinische) Messe wieder zuzulassen, gab der damalige Propräfekt dieser Kongregation, der deutsche Erzbischof Augustin Mayer, vor der Presse ziemlich deutlich zu verstehen, daß seine Behörde mit dieser Restauration nicht ganz einverstanden sei, sich aber dem ausdrücklichen Wunsch des Papstes gefügt habe.

Am Pfingstsamstag hat Johannes Paul II. dem asketischen Benediktinerbischof aus dem bayerischen Altötting, der nach siebenundzwanzig Jahren in der römischen Kurie zu Hause ist wie kaum ein anderer Ausländer, das purpurne Kardinalsbirett aufs Haupt gesetzt. Und am Pfingstmontag hat er ihn zum Präfekten der beiden Kongregationen für den Gottesdienst und für die Sakramente ernannt.

Vatikanische Beobachter sehen wohl nicht ganz zu Unrecht in der Gegenüberstellung dieser Ereignisse zwei Eigenschaften durchscheinen, die diesen neuen deutschen Kardinal auszeichnen: Seine Offenheit und seine Loyalität. Er hat im Falle der lateinischen Messe für einen Kurienmann erstaunlich offen seine Meinung erkennen lassen, aber nachdem die Entscheidung gefallen war, führte er sie loyal aus. „Er ist immer Mönch geblieben", heißt es dieser Tage in Rom. Und, so könnte man hinzufügen, er ist immer menschlich geblieben, was angesichts seiner völligen Integrierung in den Kurienapparat keine Selbstverständlichkeit ist. Unumstritten ist seine Qualifikation für sein kuriales Doppelamt an der Spitze zweier kirchlicher „Ministerien".

Der 74jährige Doktor der Theologie, der in Salzburg und an der römischen Jesuiten-Universität „Gregoriana" studiert hat, kam schon mit 28 Jahren nach San Anselmo, dem Generalrat des Benediktinerordens auf dem Aventin. Von 1949 bis 1966 war er dort Rektor und stand damit auch der angeschlossenen theologischen Hochschule vor. Nebenbei arbeitete er für verschiedene Kurienorgane –



Seit Pfingsten Kardinal: Mayer FOTO: DPA

so auch in der Vorbereitungskommission für das Zweite Vatikanische Konzil. Während des Konzils redigierte er das Dekret über die Priester, das in erster Lesung mit großer Mehrheit angenommen wurde.

1966 kam Mayer als Abt der Benediktiner-Abtei Metten nach Deutschland zurück, wurde allerdings schon 1971 von Paul VI. wieder nach Rom gerufen. Dort wurde ihm das Amt des Sekretärs für die Religiosenkongregation übertragen. Außerdem wurde er zum Konsultor für verschiedene andere Kongregationen bestellt, darunter auch für die Glaubenskongregation. Paul VI. weihte ihn selbst zum Bischof.

Die Menschlichkeit, die bestechende Intelligenz und der unauffällige Fleiß dieses erfahrenen Kurienmannes nahmen auch Johannes Paul II. für ihn ein. Im vergangenen Jahr ernannte er ihn zum Propräfekten der zwei Kongregationen für den Gottesdienst und die Sakramente, nachdem deren von Paul VI. verfügte Zusammenlegung wieder rückgängig gemacht worden war. Damit war seine Erhebung zum Kardinal für das nächste Konsistorium vorprogrammiert. Seit Pfingsten repräsentiert dieser Benediktiner neben dem Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal Ratzinger, als zweiter Bayer den deutschen Katholizismus im Kollegium der Purpurträger im Vatikan.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Eßlinger Zeitung

Sie schreibt:

Die mangelnde Entscheidungsfreude des Kanzlers ist zum negativen Markenzeichen der Koalition in Bonn geworden.

The New York Times

Sie kommentiert die Lage in Libanon:

Libanon ist weniger ein Land als ein blutendes Herz. Seine Konflikte scheinen nicht nur nicht zu heilen, sondern auch nicht mehr verständlich zu sein. Als wir zuletzt von dem Abschlachten von Palästinensern durch christliche Milizionäre im Jahre 1982 lasen, wurde Israels Besatzungsarmee dafür verantwortlich gemacht, sogar von Israelis. Jetzt metzeln schiitische moslemische Milizionäre Palästinenser in den gleichen Lagern nieder, in Sabra und Schatila, und die Welt zuckt nur mit den Achseln ... Libanon ist mehr eine Erinnerung als eine Gesellschaft.

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung wundert sich über die Unverdrossenheit Börners:

In Hessen gehen die Uhren anders. Während die saarländischen und nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten bei den jüngsten Landtagswahlen nicht zuletzt deswegen überzeugende Siege errungen haben, weil sie sich in den Wahlkämpfen zuvor klar und unmißverständlich gegenüber den Grünen und deren Politik abgegrenzt hatten, setzen ihre hessischen Genossen mit Ministerpräsident Börner an der Spitze weiter unverdrossen auf eine Kooperation mit der Öko-Partei. Wie auch immer die Gewichte unter den hessischen Grünen verteilt sein mögen, Holger Börner wird eine Neuauflage des alten Tolerierungs-Bündnisses oder gar eine Koalition nicht zum Nulltarif bekommen ... Die Grünen erwarten weitgehende Zugeständnisse, die Börner als ehemals „rechten" Sozialdemokraten bis an den Rand der Selbstverleugnung treiben und seine Landesregierung ... auf scharfen Konfrontationskurs gegenüber Bonn bringen werden.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie geht auf eine Rede des Staatssekretärs Hennig vor Vertriebenen ein:

Dem Staatssekretär und Ostpreußen-Sprecher Ottfried Hennig (CDU) muß widersprochen werden, wenn er seine Worte als Gegensatz zu dem gemeint haben sollte, was der Bundespräsident als die Chance des Schlußstrichs bezeichnet hatte. Aber es ist ihm zuzustimmen in der Feststellung, daß tatsächlich die Geschichte etwas ist, das sich in ständigem Fluß befindet, das keinen Schlußpunkt kennt und am wenigsten einen, den eine Macht zu setzen versucht, indem sie damit das Eroberte auf alle Ewigkeit abzusichern trachtet. Die Statik im Denken der sowjetischen Führung ist das für uns alle Bedrohliche; die Unfähigkeit zur Erkenntnis, daß geschichtlichen Prozessen eine Automatik innewohnt, die sich nicht durch starres Beharren auf einem einmal erreichten Besitzstand bremsen läßt.

Die UNO und ihre automatischen Mehrheiten

Washingtons Erfahrungen mit den Stimmenblocks im Glaspalast / Von Günter Friedländer

Warum ziehen die USA es trotz aller Mißerfolge immer noch vor, daß die Contadora-Gruppe die Friedensbemühungen in Mittelamerika fortsetzt, statt sie mit allen Beteiligten in der UNO zu behandeln? Ein im State Department, dem US-Außenministerium, abgehaltener „Studientag" beantwortete diese Frage.

Obwohl er eigentlich der Resolution 3379 gewidmet war, mit der die Generalversammlung der UNO vor neun Jahren den Zionismus als Rassismus verurteilt hatte, kamen die meisten Teilnehmer des Studientages von dieser Resolution auf die generelle Krise, in der die UNO sich befindet. Denn die Resolution, so Professor M. Breger, ein Berater Reagans, „will nicht nur Israel, sondern die westliche Welt und die amerikanischen Werte angreifen".

Jeane Kirkpatrick, bislang Botschafterin der USA in der UNO, arbeitete als erstes Problem das der sogenannten „automatischen Mehrheit" in der Generalversammlung der UNO heraus. Ein Abkommen verpflichtet zum Beispiel alle arabischen Staaten, in Fragen Südafrikas mit den Afrikanern zu stimmen. Dafür stimmen diese in allen Nahostfragen mit den Arabern. Beide Blöcke haben sich wiederum verpflichtet, in anderen Fragen mit dem Sowjetblock zu stimmen, der dafür in den sie interessierenden Fragen zu ihnen hält.

Das sichert diesen drei Blöcken eine „automatische Mehrheit" bei allen Abstimmungen, die ihre Interessensphären berühren. Frau Kirkpatrick unterstrich, daß bei vielen Abstimmungen in der UNO „die Bedeutung und Meriten der jeweiligen Frage keinerlei Rolle spielen", was den drei Blocks den Namen „automatische Mehrheit" einbrachte.

Die enge Verbindung des sandinistischen Nicaragua mit Kuba, der PLO und anderen, die in der UNO den Namen „Nationale Befreiungsbewegung" tragen, machen es zum Nutznießer der „automatischen Mehrheit". Jede Diskussion in der Vollversammlung der UNO ist Zeitverschwendung, denn Abstimmungen würden ohne Rücksicht auf den Inhalt der Beschlüsse doch nur den Sieg der „automatischen Mehrheit" ergeben. Ebenso sinnlos sind Diskussionen im Sicherheitsrat, wo die Sowjetunion jeden ihr unpassenden Beschluß durch Veto verhindern kann.

Das zweite Problem wurde von Senator Daniel Patrick Moynihan aus New York erklärt, der vor neun Jahren US-Botschafter bei der UNO war. Er beschäftigte sich mit den semantischen Perversionen, die vor allem die Sowjetunion in die UNO brachte. Sie haben dazu geführt, daß jeder Akt der Subversion gegen eine Regierung der westlichen Welt in der UNO als Tat der „nationalen Befreiung" gefeiert wird, wenn er den Interessen der „automatischen Mehrheit" dient, während die Verteidigung der angegriffener Regierungen „Verbrechen" genannt werden. Moynihan gab Beispiele dieses Prozesses und sagte voraus, daß politische Wissenschaftler noch viel Zeit damit zubringen werden, ihn zu studieren und der Öffentlichkeit zu erklären.

Bemerkenswert ist dabei, daß diese Verdrehungen „so obszön, so verlogen, so grotesk" sind, daß sie vom Westen mit Achselzucken hingenommen werden, weil kein Beschluß der UNO-Generalversammlung bindende Kraft hat. Aber ständige, alltägliche Wiederholungen führen dazu, daß „papierene Mehrheitsbeschlüsse schließlich konventionelle Weisheit" werden.

Das dritte, von mehreren Teilnehmern des Studientages behandelte Problem ist die mangelnde Verantwortungsfreudigkeit vieler westlicher Länder. Man gebe der UNO die Schuld für viele Verfälschungen ihrer Aufgaben. Aber die Schuld, so sagte Frau Kirkpatrick, liege nicht bei der UNO, sondern bei ihren westlichen Mitgliedern, die oft, etwa mit Stimmenthaltungen, die Wahrheit verzerren helfen. Außerdem ist es eine Schwächung des Westens, daß er nicht gleichfalls den Gedanken einer Vollversammlung unabhängiger Staaten pervertiert und stets als Block abstimmt.

Deshalb also wollen die USA nichts von Diskussionen über Nicaragua in der UNO wissen, deshalb erkannte Washington auch die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs im Haag über die Auseinandersetzungen mit Managua nicht an, dessen Richter ja auf Empfehlung des Sicherheitsrates ernannt werden, also in Abhängigkeit von diesem Gremium leben. Es fällt Reagans Regierung schwer, das einem Publikum zu erklären, das sich dafür nur wenig interessiert. Die Entwertung der UNO-Vollversammlung durch garantierte Mehrheiten für bestimmte Resolutionen, die von den Einzelstaaten nicht geprüft werden, ist jedoch bedeutend für alle Mitglieder – weit über den Fall Nicaragua hinaus.



Im Kreml lernte Brandt den neuen Stil kennen

Wenn Willy Brandt den Kreml besucht, ist er für die Mächtigen der Sowjetunion mehr als der Vertreter der deutschen Opposition. Er ist für Moskau vor allem der Initiator der deutschen Ostpolitik der sechziger Jahre und ein wichtiger Gesprächspartner zum Thema Abrüstung.

Von PETER PHILIPPS

Bei Kaviar und Lachs, Krabbencremesuppe und gebratenem Ferkel toasteten sich SPD-Chef Willy Brandt und KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow im Kreml zu. Während seines knapp viertägigen Moskau-Besuchs werden dem deutschen Parteiführer Aufmerksamkeiten zuteil, wie sonst nur Staatschefs.



Treffen mit Gorbatschow: Hans Koschnik, Willy Brandt, Andrej Gromyko, Dietrich Stobbe und Egon Bahr (v. l.) FOTO: AP

Das neue Klima in der Sowjetunion, von Gorbatschow dem Land verschrieben, zwingt auch die deutschen Gäste zum Verzicht: Der gewohnte Wodka steht nicht mehr auf dem Verhandlungstisch, selbst beim Bankett gab es nur Wein. Der kommunistische Führer ging mit gutem Beispiel voran, wechselte nach einem Glas zu Wasser statt zu Wässerchen.

Unter dem Bild des gemeinsamen ideologischen Vaters Karl Marx hatten sich im Sitzungssaal des Politbüros, im dritten Stock des Ministerrats-Gebäudes im Kreml, Brandt und Gorbatschow zum ersten Mal die Hand geschüttelt. Mit der von ihm bei wichtigen Anlässen bekannten, durch hohe Konzentration fast maskenhaft starren Miene der SPD-Chef, mit dem inzwischen häufig gesehenen – seinen starken Willen kaum übertünchenden – Lächeln der Kommunisten-Führer. Halb heruntergelassene Wolkenstores gaben der Sonne, die durch die fünf fast raumhohen Fenster die Szene zusammen mit vier schweren Kristall-Lüstern beschien, ein mildes Licht.

Jedes Mikrofon ist hilfreich

Im Abstand von etwa 30 Zentimetern in den grünen Filz des t-förmigen Konferenztischs unter schwarzen Kunststoffgittern verborgene hochsensible Mikrophone sorgten dafür, daß jedes ob noch so leise gesprochene Wort, nicht nur mitgeschnitten, sondern auch an jedem Platz deutlich vernehmbar wurde – hilfreich auch deshalb, weil, wie Egon Bahr hinterher erzählte „es am wichtigsten wird, wenn Gorbatschow leise spricht". Man solle überhaupt, so der Moskauerfahrene langjährige Brandt-Vertraute, den neuen Generalsekretär nicht unterschätzen: „Ich glaube, daß er härter ist, als mancher glaubt." Er habe, auch dies ein neuer Kreml-Stil, „frei gesprochen und argumentiert", sei „sehr gut vorbereitet" gewesen.

Fast drei Stunden saßen sich die SPD-Politiker Brandt, Bahr, Koschnick, Engholm und Stobbe auf der einen, Gorbatschow, der spürbar gealterte Außenminister Gromyko, der seit Jahrzehnten einflußreiche ZK-Sekretär Ponomarjow, Wadim Sagladin und der außenpolitische Chefberater der Kreml-Chefs seit Breschnews Tagen, Alexandrow Agentow, auf der anderen Seite gegenüber.

Knapp eine Stunde dauerte anschließend das Vier-Augen-Gespräch Gorbatschows mit Brandt, und dann folgte auch noch das rund 90minütige Bankett beider Delegationen, das von Brandt-Ehefrau Brigitte als einziger Dame geziert wurde, die ansonsten im Moskauer Zentralarchiv alte Hanse-Dokumente durchforscht, deren Rückgabe zwischen Bonn und Moskau umstritten ist.

Mehr als fünf Stunden Gespräche also, die ihren Niederschlag in seitenlanger Berichterstattung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass und abends in zwanzigminütiger Fernsehsendung fanden. Für Brandt eine Behandlung, als ob „Oreanda-Badepartner" Breschnew noch lebte. Für Gorbatschow war es, so Bahr, der Versuch, „ob er mit dem Mann, der hier in Moskau sehr hochgeschätzt wird, auf einer Wellenlänge reden kann".

Im Mittelpunkt der Gespräche, stand das westöstliche Verhältnis mit allen Facetten. Gorbatschow, der auf sowjetischer Seite fast ausschließlich das Wort führte, beurteilte die „erste Phase" der Genfer Abrüstungsgespräche mit den USA „negativ", die „amerikanische Seite hat sich nicht bewegt", habe „keine Vorschläge" gemacht. Es sei eine Zeit „vollständiger Unfruchtbarkeit" gewesen. Erstes Zwischen-Resümee Bahrs: „Im Grunde beurteilen beide Verhandlungspartner die erste Phase ähnlich negativ, wenngleich die Sowjets darauf hinweisen, eine Reihe von Vorschlägen gemacht zu haben." Wenn sich „nicht Positionen verändern, wird auch die zweite Phase nichts bringen".

Brandt legte in diesem Bereich „besonderes Gewicht" auf die Forderung, daß die „europäischen Interessen" auch dann nicht übersehen werden dürften, wenn die Supermächte doch noch zu einem Verhandlungserfolg kämen. Er schnitt insbesondere den Bereich der „taktischen Nuklear-Waffen" im Mittel- und Kurzstreckenbereich an, aber auch die Ablehnung „jeder Militarisierung des Weltraums". Mit diesem Nein zu amerikanischen wie sowjetischen Plänen dürfe jedoch „nicht verwechselt" werden, das Ja zu dem französischen Vorschlag einen zivilen europäischen Aufklärungssatelliten in den Weltraum zu bringen, um „von oben nachzuhören", was auf der Erde geschieht.

Gorbatschow und Brandt tauschten ihre bekannten Moratoriums-Vorschläge aus, der beim Kreml-Chef auch die Einbeziehung der SDI-Aktivitäten vorsieht; sie machten eine Tour d'horizon und landeten schließlich bei den bilateralen Fragen, wobei Gorbatschows Interesse an der deutschen Innenpolitik hauptsächlich beim Gespräch unter vier Augen befriedigt wurde. Aber der SPD-Chef wies noch in der Delegations-Runde nachdrücklich alle Vorwürfe des „Revisionismus und Revanchismus" zurück, die im Vorfeld des 40. Jahrestages des Kriegsendes in Moskau immer lauter geworden waren: „Revanchismus gibt es in der Bundesrepublik nicht, und Revisionismus nur in so homöopathischen kleinen Dosen, das er politisch nicht relevant ist."

Gespräch mit Wehners ehemaligem Vorgesetzten

Humanitäre und wirtschaftliche Fragen wurden in der großen Runde nur kurz angerissen, von Koschnick am nächsten Tag mit seinem Gegenüber, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Antonow vertieft. Engholm sprach über die Themen Umweltschutz und Kultur. Der Rest der Delegation unterhielt sich mit dem inzwischen über 80jährigen Ponomarjow, dem ehemaligen Wehner-Vorgesetzten in der Komintern, und Sagladin über Rüstung – und Entwicklungshilfe. Ponomarjow erneuerte dabei nicht nur das Angebot, „alle Gegenmaßnahmen rückgängig zu machen", also alle SS-20-Raketen abzubauen, sondern auch den Vorschlag aus der früheren Genfer Verhandlungsrunde über eine „Reduktion der SS 20".

Einigkeit bestand „im Prinzip", wie es hinterher hieß, über eine Reduzierung der Rüstungsausgaben weltweit und eine teilweise Umlenkung in die Hilfen für die Dritte Welt. Es blieb bei dieser unverbindlichen Absichtserklärung. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von SPD und KPdSU soll darüber im September in Bonn weitersprechen.

Über allem stand, so Bahr, der deutliche Wille, den heimischen Bonner Konsens nicht aufzugeben: „Wenn es in der Außenpolitik einen wirklichen Dissens zwischen den beiden großen Volksparteien gäbe, dann wäre dies schlimm für die Bundesrepublik Deutschland." Immer wieder betonten die Sozialdemokraten in Moskau, daß die Sowjets ja auch „erkannt haben, daß die SPD nicht zu kassieren" (Bahr) sei.

Damit der neue Kreml-Herr diese Lehre auch nicht übersehe, baute Brandt in seine vor allem von Bahr'schen Gedanken durchdrungene Tischrede sicherheitshalber die Mahnung ein: Moskau habe „in der ganzen Zeit, in der ich die Regierungsverantwortung der SPD überblicken kann, niemals versucht, unsere Bündnis-Loyalität herauszufordern, oder uns gegen die Vereinigten Staaten auszuspielen".

Es ist, neben der Kontaktaufnahme mit dem neuen starken Mann Gorbatschow, für Brandt vor allem auch eine erinnerungsträchtige Reise nach Moskau. Er sprach dies in seiner Tischrede selbst an, und jeder konnte es bekräftigt sehen, als er im Kreml Gromyko begrüßte und beim abendlichen Empfang in der deutschen Residenz auf viele Gefährten aus der Zeit der von ihm verantworteten Ostpolitik stieß: auf Ponomarjow und Falin, auf Sagladin und Portugalow, der sich über die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Bonn ausgezeichnet informiert zeigte – bis hin zu Heiner Geißlers grenzziehenden Attacken gegen die SPD und die Sowjets: „Was denkt er sich eigentlich, so mit uns umzuspringen?" lautete die Frage aus der empfindlichen russischen Seele. Der deutschen Innenpolitik, dem beginnenden Wahlkampf für 1987 war auch in Moskau nicht zu entkommen.

Willy Brandt gab derweil auf dem Roten Platz, während des abendlichen Wachwechsels, vor Lenins Mausoleum Autogramme.

„Familie Müller" machte im Roten Salon große Politik

Eine neue politische Qualität Europas und eine Technologie-Gemeinschaft waren Zielvorstellungen, die Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand gestern in Konstanz erörterten. Der Versuch eines Schulterschlusses vor dem Mailänder EG-Gipfel Ende Juni.

Von RÜDIGER MONIAC

Helmut Kohl, der harte politische Arbeit lieber in eine schöne Umgebung verlegt, hatte sich von seinem Parteifreund Teufel, dem Fraktionsvorsitzenden im Stuttgarter Landtag, gut beraten lassen. Das Inselhotel in Konstanz, von einer großen deutschen Gesellschaft geführt, stellte den angemessenen Rahmen für das „Arbeitsgespräch" zwischen Kohl und Mitterrand. Als beide Politiker gestern kurz nach zwölf Uhr im ehemaligen Dominikaner-Kloster eintrafen, hatten sie sich gemeinsam bereits einen großen Wunsch erfüllt, einen Besuch beim Grandseigneur der deutschen Schriftsteller, Ernst Jünger.

Per Hubschrauber ein Besuch bei Ernst Jünger

Von Friedrichshafen, wo Mitterrand und Kohl mit ihren beiden Flugzeugen gelandet waren, trug sie ein Hubschrauber gemeinsam nach Wilflingen zum Hause Jüngers. Fast eine Stunde verbrachten sie im Gespräch mit ihrem Gastgeber, der vor kurzem 90 geworden ist. Für Kohl und Mitterrand erscheint Jünger wohl als die strahlende Symbolfigur für die Aussöhnung zwischen Franzosen und Deutschen. Mit dabei war ein alter Freund Mitterrands, der französische Essayist Jules Roy, auch schon fast achtzig Jahre alt, der heute noch gelegentlich für den „Nouvel Observateur" schreibt. Im letzten Krieg flog er bei der „Royal Air Force" von Großbritannien aus Einsätze gegen Deutschland.

Von Wilflingen in der Nähe von Biberach brachte der Hubschrauber die beiden Staatsmänner und ihre Begleitung dann nach Konstanz auf einen kleinen Feldflugplatz. Die wenigen Kilometer zum Hotel direkt am Ufer des Sees fuhr der Kanzler mit Mitterrand im Wagen, begleitet nur von einer Dolmetscherin. Dem Rahmen des Arbeitsbesuchs angemessen war die Polizeieskorte mit nur sieben Motorrädern.

Hektisch dagegen wurde das Gedränge der Fotografen und Kameraleute am Eingang des repräsentativen Hotels. Mitterrand trug, wie gewohnt, sein verschlossenes Gesicht zur Schau, Kohl zeigte sich trotz des wüsten Gedränges gelassen. Beide begaben sich sofort in den „Roten Salon" im ersten Stock, ließen sich, umrahmt von zwei dolmetschenden Damen, auf einem Sofa mit Blick über den mit Regenwolken grau verhangenen See nieder und ertrugen geduldig den „Fototermin" der nahezu 400 Kameras. Der Kanzler schien schon bei dieser Gelegenheit intensiv mit seinem Gast zu konferieren, allerdings sehr leise. Ob es dabei bereits um Politik ging, war selbst aus nächster Nähe nicht auszumachen.

Dann schlossen sich die Türen des Salons für die „Familie Müller". Dies war der Trick des gewandten Hoteldirektors gewesen, der das Treffen zwischen den beiden Politikern in seiner vorbereitenden Planung als Familienfeier der Müllers geführt hatte. So schaffte es Hans Rues, das Treffen Kohl–Mitterrand selbst gegenüber dem Gros des eigenen Personals bis zuletzt geheimzuhalten. Und noch am Tage des Ereignisses stand auf der Ankündigungstafel nahe der Rezeption zu lesen: „12.00 und 12.30 Uhr Roter und Blauer Salon Familie Müller".

Fast eineinhalb Stunden berieten Kohl und Mitterrand im Roten Salon über Themen von höchster Brisanz – über die Frage, ob im Europa der Zwölf nun bald auch mit Mehrheitsentscheidungen der Kurs bestimmt werden solle, über die Möglichkeiten beider Länder, mit Hilfe einer engeren Kooperation in der Technologie den großen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, den USA und Japan, Paroli bieten zu können, und natürlich über die große Herausforderung des fernen Verbündeten in Washington, das Forschungsprogramm zur strategischen Verteidigung mit dem Kürzel SDI.

Zum leichten Menü Weine aus Baden und Franken

Vorher schon war in Bonn zu erfahren gewesen, daß Kohl sich vorgenommen hatte, mit dem französischen Staatspräsidenten für den Mailänder EG-Gipfel den engen Schulterschluß zu finden. So recht wird erst der Gipfel in Mailand zeigen, ob hier ein Schritt von historischer Tragweite eingeleitet wurde.

Der Ort war jedenfalls nicht ohne Historie. In Konstanz fand 1414 das einzige Konzil statt, bei dem ein Papst nördlich der Alpen gewählt wurde. Damals schmachtete Johannes Hus, der tschechische Reformator, in einem Türmchen des vormaligen Dominikaner-Klosters als Gefangener, bevor er auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde.

Nach ihrem intensiven Gespräch wechselten Kohl und Mitterrand vom Roten in den Blauen Salon gleich nebenan, wo unter einem Ölgemälde eines italienischen Meisters aus dem 17. Jahrhundert ein runder Tisch für sie, die beiden Dolmetscherinnen und die beiden Protokollführer gedeckt war. Es gab ein leichtes Fünf-Gänge-Menü mit Weinen aus dem Badischen und Fränkischen.



Politische Weichenstellungen am Bodensee: François Mitterrand und Helmut Kohl FOTO: DPA

Die CSU räumt einen Stolperstein nach dem anderen aus dem Weg

Von PETER SCHMALZ

Die Münchner Forderungen nach einer neuorientierten Bonner Regierungspolitik haben mit den Sorgen um die Bundestagswahl 1987 zu tun, müssen aber auch im Zusammenhang mit der bayerischen Landtagswahl gesehen werden. Wohl müssen sich die christsozialen Bayern keine Befürchtungen um ihre absolute Mehrheit machen und sind somit in einer weit besseren Position als Ernst Albrecht in Niedersachsen, dem jüngste, noch unveröffentlichte Umfragen einen Verlust von fast sechs Prozent und den Einzug der Grünen in den Landtag voraussagen. Der. Erfolg der CSU wird jedoch vielmehr an einer von Franz Josef Strauß geprägten Formel gemessen: Wird es ihr erneut gelingen, mit „55 Prozent plus x" abzuschneiden?

Mit 58,3 Prozent war die Partei, die seit 1957 den Ministerpräsidenten stellt und seit 1962 ununterbrochen mit absoluter Mehrheit regiert, zwar um einige Punkte vom Traumergebnis von 1974 – als 62,1 Prozent der Wähler für die CSU stimmten – entfernt, kann aber dennoch auf einer innenpolitischen Stabilität ruhen, wie sie in keinem anderen deutschen Flächenstaat bisher jemals erreicht wurde.

Regierungschef Strauß gibt sich denn auch zuversichtlich: „Es deutet nichts darauf hin, daß sich daran etwas ändert." Auch sein Generalsekretär Gerold Tandler, immer wieder als sein möglicher Nachfolger im Gespräch, streut Optimismus: „Wir schaffen ein gutes Ergebnis."

Hierzu sollen auch die Warnungen und Mahnung in Richtung Bonn mithelfen, egal ob sie dort auf fruchtbaren Boden fallen oder ignoriert werden. Ginge Kohl auf die Wünsche von Strauß ein, und würde er beispielsweise die Steuerreform doch noch in einem Zug realisieren (womit man aber auch in der Münchner Staatskanzlei kaum noch rechnet), könnte der Wahlkampftenor lauten: Wir haben den richtigen Weg gewiesen und auch Prügel nicht gescheut, ihn durchzusetzen. Bleibt der Kanzler aber taub gegenüber den Isar-Botschaften, dann kann man sich von den Strudeln der Bonner Politik fernhalten mit dem Argument: Wir haben den guten Rat gegeben, aber die dort oben wollten nicht auf uns hören.

Unsicher bleibt jedoch weiterhin das Verhalten der Bauern, die der CSU aus Verärgerung über die Brüsseler Agrarbeschlüsse bei der Europawahl im Juni vergangenen Jahres eine empfindliche Ohrfeige verpaßten. Regierung und Partei sind jedoch zuversichtlich, daß das erfolgreiche Drängen von Strauß,



Landwirtschaftsminister Kiechle möge bei der Getreiderunde standhaft bleiben, seine Wirkung nicht verfehlt.

Andere Stolpersteine für die CSU, von nervösen Beobachtern in den zurückliegenden Monaten als furchterregende Felsbrocken ausgemacht, sind ein um den anderen aus dem Weg geräumt. Die größte Gefahr drohte von der Absicht der „Freien Wähler", nach ihrem beachtlichen Erfolg bei der Kommunalwahl, als sie 38 Prozent aller Stadt- und Gemeinderäte eroberten und die CSU mit 35 Prozent auf Platz 2 verwiesen, nun erstmals bei einer Landtagswahl anzutreten. Eine Landesversammlung lehnte diesen Plan jedoch mit 212 von 342 Stimmen ab.

Und die Republikaner der abtrünnigen CSU-Bundestagsabgeordneten Handlos und Voigt, die sich vorgenommen haben, der CSU das Fürchten zu lehren („Wir werden einen Flächenbrand erzeugen"), haben sich selbst zum Gespött degradiert. Handlos überwarf sich mit seinem Stellvertreter Franz Schönhuber, der mit ehemaligen NPD-Mitgliedern einem strammen Rechtskurs zusteuert, trat aus und gründete mit einigen hundert Ex-Republikanern die „Freiheitliche Volkspartei". Wenig später legte auch Voigt „aus privaten und beruflichen Gründen" seine Parteiämter nieder. Nunmehr regiert der einst populäre Schönhuber, dem Selbstbewunderung nicht fremd ist, allein über die Rumpf-Republikaner, deren hervorstechendstes Merkmal ein Schuldenberg ist.

Ein internes CSU-Problem, von dem Parteichef Strauß schon „metastasenartige" Auswirkungen befürchtete und an dessen Lösung sich bereits Führungskräfte wie Stoiber und Landtagspräsident Heubl vergeblich versucht haben, kann demnächst beigelegt werden: In Augsburg scheint die Wiedervereinigung von CSU und „Christlich Soziale Mitte" (CSM) möglich. Aus Ärger über den damaligen Augsburger CSU-Bezirksvorsitzenden, Stadtrat und Landtagsabgeordneten Hermann Knipfer und dessen Konfrontationskurs gegen die SPD im Rathaus, hatten die CSU-Räte die CSM gegründet und wollten erst dann wieder zurückkehren, wenn Knipfer seinen Einfluß verloren hat. Die Spaltung war für die CSU fatal: Bei der Kommunalwahl bekam sie mit 20 Sitzen fast ein Drittel weniger, die CSM errang auf Anhieb zehn Sitze und führt seither mit der SPD die Fuggerstadt an der CSU vorbei.

Knipfer mußte inzwischen den regionalen Parteivorsitz räumen und wird künftig auch nicht mehr in den Landtag zurückkehren können: Sein Ortsverband Augsburg-Ost zog mit 25 zu 14 Stimmen den Stadtrat und Bauunternehmer Johann Maxreiter vor, der die Versöhnung mit der CSM sucht. Deren Sprecher haben die Möglichkeit, zur CSU zurückzukehren, bereits angedeutet.

Bleibt für Strauß und Tandler nur noch die SPD. Aber auch dabei ist der CSU-Generalsekretär zuversichtlich: Ob der neue Spitzenkandidat Hiersemann auf dem Land draußen ankommt, das müsse sich erst noch zeigen.

Kohl informiert sich über das Waldsterben

DW. Bonn/Freiburg

Bundeskanzler Helmut Kohl will angesichts der sich verstärkenden Klagen über das Waldsterben künftig stärkeren Kontakt zur Land- und Forstwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland halten. So wird er heute im Schwarzwald vor Ort Anschauungsunterricht über diese Problematik nehmen. Er hat die Einladung des Schwarzwald-Bauern Wilhelm Walter angenommen, der den Kanzler im vergangenen November beim Waldbauerntag in Köln aufs Land eingeladen hatte.

Im Vorgriff auf diesen Besuch hat die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände gestern in Bonn beklagt, daß sich das Waldsterben in der Bundesrepublik Deutschland ohne rasche Hilfe auf Besserung weiter fortsetzen werde. Der Vorsitzende dieser Organisation, Philipp Freiherr von Boeselager, erklärte, aus vielen Teilen des Bundesgebietes werde gemeldet, das Waldsterben setze sich rapide fort. Er erneuerte die Forderung nach gesetzlichen Regelungen: Bis spätestens 1993 müsse die Schadstoffbelastung der Wälder um mindestens 50 Prozent des Standes von 1983 reduziert sein, wenn noch „eine begründete Aussicht auf die Erhaltung wesentlicher Teile der Wälder in Deutschland bestehen solle". Die Waldbesitzer halten die Novellierung des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes für vordringlich.

Besorgt sind die Waldbesitzer auch über die immissionsbedingte Schadensentwicklung in den von den Herbststürmen 1984 betroffenen Forstgebieten. Hier habe der Sturm das schützende Kronendach der Bestände aufgerissen und somit den Luftschadstoffen eine größere Angriffsmöglichkeit eröffnet. Der neue Waldschadensbericht der Bundesregierung wird für den Herbst erwartet. Im Bericht des Jahres 1984 war festgestellt worden, daß bereits die Hälfte der Waldfläche Schäden aufweist.

Das Waldsterben, sagen die Waldbesitzer, werde auch zur Folge haben, daß mehr Holz zur Verfügung steht, als tatsächlich benötigt werde. Um Sekundärschäden durch holzschädigende Insekten oder Pilze zu vermeiden, müßten die am stärksten geschädigten Bäume frühzeitig geschlagen werden, um die Qualität des Holzes annähernd zu erhalten. Allerdings sei die Nachfrage nach Bauholz wegen der Schwierigkeiten in der Bauwirtschaft schwach.

All diese Probleme werden dem Bundeskanzler heute im Schwarzwald vorgetragen. Ihm sollen Waldschäden der verschiedensten Art gezeigt werden, dann will er mit Landwirten und Agrarexperten auf einem Bauernhof in Loßburg-Hinterrötenberg über die aufgetretenen Probleme sprechen. Bei dieser Aussprache soll die Presse nicht vertreten sein: „Dem Kanzler geht es um konkrete Maßnahmen und nicht um die Schau", heißt es in Kohls Umgebung.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Berliner Parteien verstärken Kritik an dem alliierten Berlin-Flugverkehr

Abgeordnete monieren Streichungen von Flügen und Lücken im Sommer-Flugplan

F. DIEDERICHS, Berlin

Sowohl die Berliner Regierungsparteien CDU und FDP als auch die oppositionelle SPD haben in der jüngsten Parlamentsdebatte des Abgeordnetenhauses teilweise deutliche Kritik an der Abwicklung des Berlin-Flugverkehrs anklingen lassen. Die an die Adresse der alliierten Fluggesellschaften gerichteten Äußerungen laufen parallel zu einer erstmals gestarteten „Luftverkehrsumfrage" der Berliner Industrie- und Handelskammer (IHK), die Berliner Unternehmen aufgefordert hat, sich zu Schwierigkeiten bei Flügen zwischen Berlin und dem Bundesgebiet zu äußern. Unter Hinweis auf die alliierten Befugnisse und Zuständigkeiten in Berlin hat gleichzeitig der Berliner Bundes- und Justizsenator Rupert Scholz (CDU) vor allzu „lauten Tönen" gegenüber den alliierten Fluggesellschaften gewarnt und die Notwendigkeit sachlicher Gespräche betont.

Lange Wartezeiten

Hintergrund des in der Parlamentsdebatte geäußerten Unmuts zahlreicher Landespolitiker waren unter anderem kurzfristige Streichungen von Flügen, größere Lücken im Sommerflugplan sowie lange Abfertigungs- und Wartezeiten bei der Gepäckausgabe. Erst nach längeren Diskussionen und dem zeitweisen Ausfall von Flügen auf der Strecke Berlin–Düsseldorf war kürzlich eine Kontroverse zwischen der französischen Gesellschaft Air France und der britischen Gesellschaft British Airways über die Gestaltung des Sommerflugplans beider Gesellschaften beigelegt worden. Zuvor hatten Warnstreiks der ÖTV unter dem fliegenden Personal, vor allem zu den Osterfeiertagen, für Mißstimmung unter den Passagieren gesorgt.

Mit ungewöhnlich deutlichen Worten war im Berliner Abgeordnetenhaus die Berliner SPD aufgetreten, die bereits Ende April der Fluggesellschaft Pan American eine „Ausdünnung" der Flugverbindungen, vor allem auf der Strecke Berlin–Frankfurt, vorgeworfen hatte. Pan American hatte diese Kritik mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß die Kapazität der Sitzplätze insgesamt durch den Einsatz des „Airbus" im Berlin-Flugverkehr erhöht worden sei. Anlaufschwierigkeiten mit dem Großraumflugzeug, vor allem bei der Abfertigung aufgetretene Wartezeiten, gelten heute nach Ansicht von Pan Am als beseitigt.

Am vergangenen Donnerstag forderte nun der verkehrspolitische Sprecher der Berliner SPD-Fraktion, Dietmar Staffelt, den Berliner Senat auf, die Interessen der Stadt gegenüber den Alliierten besser zu vertreten. Nach Worten des SPD-Politikers müsse „die Schonfrist ein Ende haben". Der Oppositionspolitiker appellierte gleichzeitig an die Alliierten, „für ein Minimum an Flugverbindungen" zu sorgen. Mit verminderter Schärfe, aber ebenso kritisch, schätzte während der Debatte der Verkehrsexperte der Berliner CDU-Fraktion Rainer Giesel, die derzeitige Situation im Berlin-Flugverkehr ein. Giesel erinnerte die Alliierten an „die politische Verantwortung für den Flugverkehr und das damit verbundene Image der Stadt".

Undankbare Aufgabe

Der CDU-Politiker richtete an die Adresse des Senats die Aufforderung, den beteiligten Fluggesellschaften die Notwendigkeit eines störungsfreien Flugverkehrs vorzutragen. Auch der Koalitionspartner FDP setzte sich für „mehr Zuverlässigkeit" bei der Abwicklung der Flüge zwischen Berlin und dem Bundesgebiet ein.

Dem Berliner Verkehrssenator Edmund Wronski (CDU) kommt nun nach der bislang noch nie so deutlich geäußerten Kritik die undankbare Aufgabe zu, auf diesem politisch brisanten Feld Gespräche mit den Zuständigen der alliierten Fluggesellschaften zu führen. Wronski kündigte bereits als ersten Schritt ein Treffen mit der Pan-Am-Direktion an. In Berlin wird jedoch die Einschätzung geäußert, den Alliierten sei aufgrund der kritischen Stimmen ein konsequentes Verharren auf ihrer alleinigen Zuständigkeit nicht zu verdenken, schon um keine Statusdiskussionen aufkommen zu lassen.

Die FDP soll sich den „Sorgen" von Genscher über SDI-Pläne anschließen

Antrag an den Bundeshauptausschuß / Thesenpapier zur Sanierung der Bundesbahn

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten werden am Samstag über die Sicherheitspolitik, die Raketenstationierung in der Bundesrepublik Deutschland und die SDI-Pläne von US-Präsident Ronald Reagan beraten. Dazu liegt den 125 Delegierten des Bundeshauptausschusses, dem höchsten Beschlußgremium der Liberalen zwischen den Parteitagen, ein Antrag des Bezirksverbands Nordschwarzwald vor. Er hat nach Ansicht von Insidern durchaus Chancen, wenn auch modifiziert, von dem in Neuss vertraulich tagenden Gremium gebilligt zu werden.

Nach dieser Vorlage soll die FDP „die Sorgen" von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher über die „Folgen der amerikanischen Weltraumpläne" teilen. Sie soll „mit Nachdruck" alle Vorstellungen ablehnen, deren Durchführung zu einer Verletzung des Antiraketen-Vertrags (ABM) zwischen der Sowjetunion und den USA von 1972 führen würde. Weiter wird einem neuen Wettrüsten eine Absage erteilt und die Forderung gestellt, die „bisherige Hochrüstung auf beiden Seiten" zu begrenzen und abzubauen. Zur Begründung heißt es, die von Reagan eingeleiteten Weltraumpläne öffneten neben dem konventionellen und atomaren Bereich „eine dritte Rüstungsebene". Deren Kosten seien „unabsehbar", eine Verwirklichung drohe mit dem ABM-Vertrag zu kollidieren und die Bedeutung für die Sicherheit sei „sowohl politisch als auch technisch fragwürdig". Um hier zusätzliche Klarheit zu erhalten, wird ein öffentliches Hearing des Bundestags über die rechtlichen, technischen und politischen Aspekte des SDI-Projekts verlangt.

Darüber hinaus sollen die Freien Demokraten sich nach dem Antrag gegen weitere Raketen in Westeuropa aussprechen. Denn mit der jetzt vorgenommenen Stationierung sei „die Grenze eines zusätzlichen Rüstungsbedarfs erreicht". Dem, so heißt es weiter, habe die FDP „auch nur im Hinblick auf eine Festigung der westlichen Verhandlungsposition zugestimmt". Schließlich sollen die Rüstungsausgaben höchstens noch um das Maß angehoben werden, wie auch die Inflationsrate steigt.

Neben den Beratungen über die Sicherheitspolitik stehen Fragen der Wirtschafts-, Europa- und Bildungspolitik im Vordergrund. Dem Hauptausschuß liegen insgesamt 26 Anträge vor. Unter ihnen sind 22, die auf der Hauptausschußsitzung 1984 und dem Saarbrücker Bundesparteitag im Februar 1985 nicht abschließend beraten werden konnten.

Nur wenige Tage nach dem Beschluß des Bundestags über die Steuersenkungen in „zwei Schritten" wird sich auch der Hauptausschuß wieder mit diesem Thema befassen. Nach dem Willen des Bezirksverbands Unterer Neckar soll sich die FDP für einen pauschalen Subventionsabbau um fünf Prozent einsetzen. Diese Einsparungen sollen für zusätzliche, über die jetzt beschlossenen Steuersenkungen hinaus verwandt werden. Dabei sollen sowohl der Grundfreibetrag erhöht als auch der Progressionsanstieg „in Richtung auf einen linearen Verlauf" angepaßt werden. Denn, so heißt es: „Die Politik der Koalition steht in Gefahr unglaubwürdig zu werden, weil der bisherige wirtschaftliche Fortschritt und die Haushaltssanierung wesentlich zu Lasten der unteren Einkommensgruppen stattgefunden haben."

Schließlich soll das Beschlußgremium ein Thesenpapier der niedersächsischen FDP zur Sanierung der trotz massiver, staatlicher Unterstützung hochverschuldeten Bundesbahn beraten. Auf fünf Seiten wird unter anderem gefordert, daß die Bahn als „Universal-Transportunternehmen" sich künftig auf solche Märkte konzentrieren soll, auf denen sie Vorteile als schnelles Massenverkehrsmittel mit hoher Verkehrssicherheit bietet und sich mit marktkonformen Preisen behaupten kann. Sie müsse ihr Netz auf eine betriebswirtschaftlich optimale Größe konzentrieren und für sie unwirtschaftliche Nebenstrecken „bevorzugt" an private Betreiber abtreten. Außerdem müsse ihre Organisation an privatwirtschaftlichen Maßstäben und Verfahren ausgerichtet werden.

Terence Prittie gestorben

SAD, London

Terence Prittie, einer der besten britischen Deutschlandkenner, ist im Alter von 71 Jahren in London gestorben. Prittie hatte jahrzehntelang als britischer Auslandskorrespondent in Deutschland gelebt. Er sprach fließend Deutsch. Millionen Fernsehzuschauer kannten ihn als wiederholten Gast am Tisch von Werner Höfers „Frühschoppen". Terence Prittie lernte Deutschland schon als Schüler und als Gast in einer Familie in Freiburg kennen. Sein letztes Buch hatte den Titel „My Germans" – „Meine Deutschen". Bis 1970 arbeitete Prittie als Korrespondent des „Guardian". Bücher schrieb er auch über die politischen Verhältnisse im Nahen Osten. Während des Zweiten Weltkrieges entkam der Brite sechsmal aus deutscher Kriegsgefangenschaft – meist, weil er wie ein Deutscher wirkte.

Ausschußarbeit „gesetzlich regeln"

hey. Bonn

Eine gesetzliche Regelung der Rechte und Pflichten von Untersuchungsausschüssen hat der Vorsitzende des Flick-Ausschusses, Manfred Langner (CDU), gefordert. „Wichtig" sei die Verpflichtung, den Untersuchungsauftrag klar abzugrenzen und präzise zu fassen. Damit werde unter anderem klargestellt, welche Aussageverpflichtungen Zeugen hätten. Die Mitgliederzahl der Ausschüsse solle wegen der Effektivität auf höchstens sieben begrenzt werden, wobei alle Fraktionen vertreten sein müßten. Außerdem müßten die Minderheitenrechte und wie diese gerichtlich durchzusetzen seien geregelt werden. Dazu solle über die Parallelität von Untersuchungs- und Strafverfahren „nachgedacht" werden. Schon 1977 habe über die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes im Bundestag Einigkeit bestanden.

Kurden-Protest gegen Stockholm

dpa, Hamburg

Kurden haben gestern in mehreren Städten der Bundesrepublik, aber auch in Den Haag und Paris gegen die Festnahme des Anwalts Hüseyin Yildirim am 21. Mai in Stockholm wegen Mordverdachts protestiert. In Frankfurt, Hamburg und Berlin besetzten etwa 150 Angehörige der kurdischen Volksgruppe für mehrere Stunden die schwedischen Generalkonsulate. In Bonn und Hannover protestierten sie vor der schwedischen Botschaft. Das „Kurdistan-Komitee" sprach davon, der Rechtsanwalt sei ohne Angabe von Gründen während der Vorbereitung einer Pressekonferenz, in der über die Unterdrückung durch den türkischen Staat berichtet werden sollte, verhaftet worden. In einer Protestresolution hieß es, Yildirim bemühe sich seit Jahren um die Anerkennung von Kurden als Asylanten in Schweden.

München liegt im Rennen um den Privatfunk vorn

Seit gestern strahlen drei Stationen ihr Programm aus

ULRICH REITZ, Bonn

Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hat sein Ziel, Niedersachsen die Vorreiterposition beim privaten Hörfunk einnehmen zu lassen, nicht erreicht. In München strahlen seit gestern private Hörfunkstationen ihre Programme aus. In Niedersachsen, so Albrecht zur WELT, werde es „in den nächsten Wochen" ein privates Hörfunkprogramm geben.

Nach Angaben des Sprechers der Münchner Pilot-Gesellschaft für Kabelkommunikation (MPK), Julian Gyger, haben sich für die drei zur Verfügung stehenden UKW-Frequenzen drei Anbietergemeinschaften aus insgesamt 23 Anbietern gebildet. Elf der privaten Anbieter, zu denen mit „Radio 89" auf der UKW-Frequenz 89 Megahertz auch der Axel Springer-Verlag gehört, sind bereits im Münchner Kabelprojekt mit Hörfunkprogrammen vertreten. Zwölf Anbieter kamen neu hinzu.

Der öffentlich-rechtliche Bayerische Rundfunk (BR) reagierte prompt auf die Initiative der Privaten und kündigte an, am 3. Juni mit einem Lokalsender für München zu folgen. Zudem habe, so Gyger, der BR sein Programm umstrukturiert, um seine Attraktivität zu steigern.

Albrecht hält, im Gegensatz zu Bayern, an der Ablehnung eines lokalen Hörfunks in privater Trägerschaft fest. Ein ausschließlich lokaler Rundfunk werde, so der Ministerpräsident, die Monopolisierung in der niedersächsischen Medienlandschaft, in der bereits die Zeitungen oftmals über ein regionales oder lokales Monopol verfügten, vergrößern. Zudem werde Lokalfunk den Lokalzeitungen die existenzsichernden Anzeigen wegnehmen, erklärte Albrecht und verwies auf das niedersächsische Landesrundfunkgesetz, das ausschließlich landesweite Werbung zulasse. Demgegenüber hat sich Bayern mit dem „besten Landesmediengesetz in der Bundesrepublik" (Gyger) gerade der Förderung der lokalen und regionalen Programme verschrieben, um auf diese Weise die Vielfalt in der bayerischen Medienlandschaft zu sichern.

Das niedersächsische Landesrundfunkgesetz, das die Zulassung privater Anbieter regelt, ist jedoch noch mit einer Unsicherheit belastet. Die SPD-Opposition im Landesparlament reichte gegen das Gesetz, das Albrecht im Mai vergangenen Jahres mit absoluter Mehrheit durchsetzte, Verfassungsklage ein. Die Sozialdemokraten fürchten eine „einseitige Ausrichtung des Programms", so der SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahlen im Juni kommenden Jahres, Gerhard Schröder. Der FDP-Medienexperte Walter Hirche glaubt jedoch nicht, daß die SPD-Klage in diesem Punkt erfolgreich sein wird. Die Landesregierung habe sich, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende gegenüber der WELT, für den von Karlsruhe sanktionierten Weg der Binnenpluralität entschieden.

Für aussichtsreich hält er hingegen die SPD-Klage gegen die Lizenzvergabe, „in der die Landesregierung eine ausschlaggebende Rolle spielt". In letzter Instanz könne die Staatskanzlei die Anbieter auswählen. Damit sei die notwendige Staatsferne nicht gewährleistet. Albrecht versicherte dagegen, bei der Zuteilung der Lizenzen werde es keinen politischen Einfluß geben.

Bessere Sprachkenntnisse in Russisch und eine schlechtere Verkehrsmoral

DIETER DOSE, Berlin

Die Feiern, die vor Monaten schon in der „DDR" im Hinblick auf den 8. Mai angekurbelt wurden, klingen langsam aus. In Ost-Berlin trafen sich jetzt 4500 „Junge Pioniere" und FDJ-Angehörige zum „zentralen Fest der russischen Sprache". Das fand im kleinen Rahmen an jeder Schule statt, endete nun mit einer großen Fete.

„Und so mancher Pionier oder FDJler wird das Fest mit dem Vorsatz verlassen haben, noch intensiver die Sprache des Friedens und der Freundschaft zu lernen", ist in der „deutschen Lehrerzeitung" zu lesen. Russisch für die Schulkinder in der „DDR" von der fünften Klasse an Pflichtfach.

Die Ostberliner Zeitschrift „Pädagogik" berichtet über Erfolge beim Russischlernen. So zeigen die Abschlußprüfungen in den letzten Jahren „kontinuierlich positive Tendenz". Der Anteil der guten und sehr guten Leistungen der Schüler habe im Schuljahr 1983/84 fast 60 Prozent betragen.

Ein beherrschendes Thema der „DDR"-Medien in den letzten Tagen war das 12. Parlament der Staatsjugend FDJ. Unter dem Motto: „Die Jugend und der Sozialismus, FDJ und SED gehören für immer untrennbar zusammen".

In der „Volksarmee" werden Armeeangehörige, die aus Anlaß des FDJ-Parlaments ihre Aufnahme in die SED beantragt haben, hervorgehoben. Zum Beispiel Unteroffizier Lorenz. „Die Note eins in allen Hauptausbildungszweigen kann er vorweisen, ebenso alle Soldatenauszeichnungen. Zweimal führte der 21jährige Geschäftsführer seine Bedienung zum besten Titel. Und mit solidem Wissen und Können in allen Funktionen der 122 mm Haubitze spornt er die Kanoniere an."

Die zunehmende Motorisierung – im letzten Jahrzehnt stieg die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge um 45,3 Prozent – hat auch die Unfallgefahren auf den Straßen der „DDR" erhöht. In der „Neuen Deutschen Presse" werden alle Redaktionen zur Teilnahme an einem Wettbewerb aufgerufen, um sich für Verkehrssicherheit durch redaktionelle Programme einzusetzen.

AUS DER PRESSE VON DRÜBEN

„Alle elf Minuten ereignet sich auf unseren Straßen ein Verkehrsunfall, alle 13 Minuten wird ein Mensch verletzt, alle 5,5 Stunden stirbt ein Mensch an den Folgen eines Verkehrsunfalls", schlägt das monatlich erscheinende Blatt Alarm. „Ständig sind 2300 Betten in Krankenhäusern mit Verletzten belegt, die einen Verkehrsunfall erlitten; nahezu zehn Prozent der Kapazität der Fachabteilungen Chirurgie und Intensivtherapie werden durch sie beansprucht.

Dadurch, daß jährlich etwa 15 000 Arbeitskräfte durch Verkehrsunfälle ihren Arbeitsplätzen fernbleiben, können 400 Millionen Mark Nationaleinkommen nicht produziert werden." Bis 1990, so heißt es weiter, soll in der „DDR" ein neues Verkehrssicherheitsprogramm ausgearbeitet werden, „mit dem sich jeder Bürger identifizieren kann".

In den „DDR"-Medien wirft bereits ein Ereignis seine Schatten voraus, dem Staats- und Parteiführung größte Bedeutung beimessen, um das internationale Ansehen der „DDR" aufzupolieren: die 90. Session (Vollversammlung) des Internationalen Olympischen Komitees vom 2. bis 6. Juni in Ost-Berlin. Nach dem Motto: „Die olympische Idee hat in der DDR eine wahre Heimstatt".

So klingt es auch im „Deutschen Sportecho", der fünfmal wöchentlich erscheinenden Sportzeitung in der „DDR". „Das Sportland DDR ist vom Friedensland DDR nicht zu trennen", wird Staats- und Parteichef Honecker zitiert. „Die Gäste aus aller Welt", fügte er (Honecker) hinzu, „können sich überzeugen, wie lebendig die hohen Ideale von Pierre de Coubertin im sozialistischen deutschen Staat sind."

In Ost-Berlin beim Kongreß der 90 IOC-Mitglieder aus 73 Ländern sollen Scherben gekittet werden, entstanden durch den auf Geheiß Moskaus erfolgten Ostblock-Boykott der Sommerspiele 1984 in Los Angeles. Für die 90 Gäste werden 50 000 Menschen auf Trab gebracht. Sie bestreiten zum Abschluß der IOC-Session einen „Friedenslauf". Distanz: so weit die Füße tragen – wer will und kann, läuft am 6. Juni die Marathonstrecke. Natürlich auch Frauen. Deren wichtige Rolle in der „DDR"-Gesellschaft wird in der Thüringer SED-Zeitung „Volkswacht" gefeiert.

„Ein Drittel aller Leitungsfunktionen in Staat und Wirtschaft der Republik wird von Frauen wahrgenommen", heißt es. „Gegenwärtig sind in der DDR 4,7 Millionen Frauen und Mädchen berufstätig, lernen oder studieren – 500 000 mehr als 1970. Rund 80 Prozent von ihnen können auf eine abgeschlossene Berufsausbildung verweisen." An den „DDR"-Universitäten sei das Grundrecht auf Gleichberechtigung erfüllt: Jeder zweite Student ist eine Frau.

Bangemann: Liberale Ziele verwirklichen

FDP-Chef zieht in Brief an die Mitglieder Bilanz

hey, Bonn

FDP-Chef Martin Bangemann hat sich indirekt kritisch zur Darstellung der Regierungsarbeit geäußert und die Eigenständigkeit der Liberalen betont. In einem Drei-Seiten-Brief an die FDP-Mitglieder bekennt er sich zwar klar zur Koalition mit der CDU/CSU, verteidigt aber gleichzeitig das damalige Bündnis mit der SPD. Weiter macht er schon erste Richtungsvorgaben für die Bundestagswahl 1987. Auszüge im Wortlaut:

● **Zur Lage der FDP:**

„Nach den letzten Landtagswahlen können wir wieder aufatmen: Die FDP ist im Aufwind. Keine 100 Tage sind vergangen, seit ich in Saarbrükken zum Vorsitzenden unserer Partei gewählt worden bin ... Für die Freie Demokratische Partei hat ein neuer Zeitabschnitt begonnen. Mit der Geschlossenheit des Saarbrücker Parteitages, mit unserem Liberalen Manifest, mit den Wahlerfolgen im Saarland, in Berlin und jetzt auch in Nordrhein-Westfalen haben wir gezeigt, daß wir wieder unumstritten die dritte politische Kraft sind ... Wir können zufrieden sein, dürfen uns aber nicht selbstzufrieden zurücklehnen. Wir dürfen und können zuversichtlich sein."

● **Zu den Forderungen der FDP:**

„Die Arbeitslosigkeit ist das drängendste Problem der nächsten Jahre. Helmut Haussmanns Vorschläge zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sind ein wichtiger und richtiger Beitrag zur Lösung dieses Problems. Das wird heute zunehmend eingesehen und zeigt: Wir dürfen uns nicht scheuen, auch unkonventionelle Vorschläge zu machen ... Mut zu weitreichenden und oft unbequemen Reformen brauchen wir künftig vor allem, wenn es darum geht, die Systeme unserer sozialen Sicherheit funktionsfähig zu erhalten."

● **Zur Regierungskoalition:**

„In der heutigen Koalition mit den Unionsparteien haben wir gute Arbeit geleistet, und wir können davon ausgehen, daß wir die Zusammenarbeit erfolgreich fortsetzen. Wir wollen aber nicht unsere Vergangenheit leugnen, die sozialliberale Koalition von 1969 war kein Betriebsunfall. Sie war gewollt, denn nur durch die Zusammenarbeit von FDP und SPD wurde es möglich, unsere Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn zu regeln. Unsere realistische Entspannungspolitik diente dem Frieden in Europa. Die Ziele des Friedens und der Freiheit standen schon immer auf der Fahne des Liberalismus. Deshalb werden wir in der Koalition mit der CDU/CSU eine neue Phase der Entspannungspolitik einleiten. Dabei wird die europäische Zusammenarbeit eine immer größere Bedeutung erlangen."

● **Zu den Bonner Perspektiven:**

„Für weitere Wahlerfolge brauchen wir eine erfolgreiche Bilanz dieser Regierung. Ich bin mir im klaren darüber, daß trotz unbestreitbarer Erfolge noch einiges von dem zu tun bleibt, was wir in dieser Legislaturperiode in der Koalition erreichen wollten. Wir müssen uns jetzt darauf konzentrieren, unsere liberalen Ziele in der Regierungsarbeit zu verwirklichen. Wo dies nicht möglich ist, müssen wir mit unseren Lösungsvorschlägen im Februar 1987 vor die Wähler treten und unsere liberale Politik den Wählern zur Abstimmung stellen."

Athens Opposition verspricht ‚neues Griechenland'

Hauptpunkte des Programms: Liberaler Wirtschaftskurs und prowestliche Außenpolitik / Gute Gewinnchancen

E. ANTONAROS, Athen

„Embros gia mia nea Ellada" – vorwärts für ein neues Griechenland. So lautet die Hauptlosung der liberalkonservativen Hauptoppositionspartei „Neue Demokratie" (ND), die gute Chancen hat, die Parlamentswahlen am kommenden Sonntag zu gewinnen. Das Wort „allaghi" (auf deutsch: Wechsel) nehmen die Wahlkampfmanager aber nicht in den Mund. Denn seit es den Sozialisten vor dreieinhalb Jahren als Hauptschlagwort im damaligen Wahlkampf diente, ist es so in Verruf geraten, daß es keine Wählerstimmen mehr anziehen kann.

„Wir haben nicht die Absicht, alles zu zerstören oder uns zu rächen", sagte Oppositionsführer Konstantin Mitsotakis unlängst bei einem Gespräch mit Journalisten. Die wenigen wirklich guten Reformen der Sozialisten, etwa die Einführung der Zivilehe oder die Anerkennung der linken Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg, will er im Falle eines Wahlsieges, den er für sicher hält, beibehalten. In erster Linie geht es ihm allerdings um Wichtigeres: um die Wiederherstellung der „Demokratie im griechischen Alltag", um die Liberalisierung der Wirtschaftsstruktur, um die Verfolgung einer deutlich prowestlichen Außenpolitik.

Die ersten Reformen hat Mitsotakis bereits innerhalb der Partei vollzogen, an deren Spitze er erst seit neun Monaten steht: Knapp vierzig Vertreter der alten – und weitgehend auch altmodischen – Politikergeneration mußten den Hut nehmen, in den Wahllisten tauchten auf einmal neue Namen auf. Mitsotakis: „Wir brauchen jüngere Leute mit moderneren Ideen."

In den letzten Tagen des kurzen, aber sehr heftigen Wahlkampfes hat der 66 Jahre alte Spitzenpolitiker den Tenor seiner Argumentation auf die innenpolitische Problematik verlagert: Er fordert auf Schritt und Tritt den Rücktritt von Staatschef Sartzetakis, dessen „ungültige" Wahl er im Fall eines Wahlsieges vor dem Obersten Verwaltungsgerichtshof anfechten will. Er prangert die nicht nur seiner Meinung nach einseitige, also sozialistenfreundliche Einstellung des Staatsfernsehens an, unter Anspielung auf Papandreous Weigerung, einem Fernsehduell mit dem Oppositionschef zuzustimmen. Er kritisiert die Neigung des Regierungschefs, „Monologe zu halten und unbegründete, frei erfundene Anschuldigungen gegen seine Gegner zu richten".

Es geht Mitsotakis auch um „die Wiederherstellung des politischen Anstandes und der demokratischen Grundeinstellung auch im Umgang der Parteien zueinander". Nicht nur der Oppositionschef hat im Laufe der letzten Jahre die immer spürbarer werdende Tendenz der Sozialisten zur Kenntnis genommen, ihre eigenen Parteigänger bei der Verteilung von Staatsämtern auf skandalöse Art zu begünstigen. Sogar die Aufsichtsgremien von staatlichen Krankenhäusern und landwirtschaftlichen Genossenschaften werden mit Papandreou-Sympathisanten besetzt. Ebenfalls will Mitsotakis das von Papandreou eingeführte Wahlgesetz ändern, das der Parteispitze das Recht einräumt, die Kandidatenlisten aufzustellen, und die Auswahlmöglichkeiten des Durchschnittswählers praktisch zunichte macht.

Ganz oben auf Mitsotakis' Prioritätenliste steht auch die Sanierung der Wirtschaftsstruktur: Die „Neue Demokratie", deren ideologische Ausrichtung von Mitsotakis als „liberal" bezeichnet wird, will die Sozialisierungspolitik Papandreous rückgängig machen, die Privatwirtschaft stärken, die Staatsfinanzen in Ordnung bringen, die Steuerpolitik reformieren. Im Laufe seiner Amtszeit hat Papandreou zwar anders als sein Gesinnungsgenosse Mitterrand von Direkt-Verstaatlichungen abgesehen. Aber durch die Übernahme von 35 hochverschuldeten Privatfirmen mit mehr als 25 000 Angestellten durch den Staat hat er dazu beigetragen, daß der Fiskus in Griechenland heute noch tiefer in den roten Zahlen steckt und das Land praktisch auf Pump leben muß.

Aber in diesem Bereich ist Mitsotakis' Absicht noch etwas ungenau: Den Griechen hat er zwar unter anderem auch die Streichung der Einfuhrzölle und sonstigen Abgaben für Importautos sowie die Senkung der Steuersätze versprochen. Seine innenpolitischen Gegner werfen ihm vor, ein Anhänger der Wirtschaftspolitik von Reagan und Thatcher zu sein. Aber er hat sein Sanierungsprogramm noch nicht auf den Tisch gelegt.

Kristallklar ist hingegen Mitsotakis in seinen außenpolitischen Absichten: Neben einem klaren Bekenntnis zur NATO und zur Europäischen Gemeinschaft ist Griechenlands Ex-Außenminister der festen Überzeugung, daß die US-Stützpunkte in Griechenland den griechischen Verteidigungsinteressen dienen. Ebenfalls befürwortet er die volle Anwendung des sogenannten Rogers-Abkommens, das die vollwertige Integration Griechenlands in die Allianz vorsieht. „Nicht außerhalb sondern innerhalb des Kreises unserer Verbündeten können wir unsere Standpunkte besser vertreten", sagt er. Ähnlich denkt er über die Beziehungen Athens zur Türkei. Anders als Papandreou, der jede Diskussion mit Ankara vom Abzug der türkischen Gruppen aus Zypern abhängig macht, stellt Mitsotakis nüchterne Bedingungen. Den Dialog mit der Türkei will er unter der Voraussetzung aufnehmen, daß die territoriale Integrität beider Länder unangetastet bleibt. (SAD)

Alfonsin gerät in arge Bedrängnis

Konfrontation mit Peronisten-Gewerkschaft spitzt sich zu / Wirtschaftlicher Niedergang

WERNER THOMAS, Buenos Aires

Der junge Gewerkschaftsboß, der gern Lederjacken trägt, wiederholte sein Ultimatum. „Demokratie mit Hunger ist keine Demokratie", rief Saul Ubaldini. „Wenn die Regierung den Wirtschaftskurs nicht korrigieren kann, soll sie gehen." Die 100 000 auf dem Plaza de Mayo vor dem Präsidentenpalast versammelten Arbeiter applaudierten begeistert.

Die Konfrontation zwischen der Alfonsin-Administration und den peronistischen Gewerkschaften, seit einiger Zeit befürchtet, spitzt sich plötzlich gefährlich zu. Der Generalstreik Ende letzter Woche verlief erfolgreicher als erwartet. Trotz der Entlassungsdrohungen der Regierung gegen streikende Staats-Bedienstete blieben auch viele Behördenbüros geschlossen. Pressekommentatoren vertraten die Ansicht, daß diese Protestaktion die tiefe Unzufriedenheit der Arbeitnehmer demonstriert habe – und den wachsenden Einfluß Ubaldinis. Der 41jährige ist der populärste Nachwuchspolitiker der peronistischen Bewegung. Er mobilisiert die Gewerkschaften gegen die Austerity-Politik der Regierung. Der traditionsreiche „Allgemeine Arbeiterverband" (CGT) werde keine weiteren Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeiterschaft mehr dulden.

Raul Alfonsin steht vor der bisher schwierigsten Entscheidung seiner Präsidentschaft. Er ist gezwungen, sich zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu entscheiden. „Wir befinden uns an einer wichtigen Kreuzung", analysierte der Politologe Marcelo Cavarozzi die Situation. „Wenn die Regierung nicht den richtigen Weg wählt, marschieren wir alle in eine verhängnisvolle Zukunft." Übereinstimmung herrscht lediglich über die Lagebeurteilung: Argentinien taumelt in der schlimmsten wirtschaftlichen Krise der jüngeren Vergangenheit. Alfonsin lieferte das Stichwort „Kriegswirtschaft". Die Wirtschaft wird 1985 um drei bis fünf Prozent schrumpfen, nach einem Wachstum von zwei Prozent im letzten Jahr. In den ersten drei Monaten dieses Jahres sank der Bedarf an Arbeitskräften um 30 Prozent. Die Umsätze der Automobil- und Textilbranche gingen um 50 beziehungsweise 40 Prozent zurück. Die Misere läßt sich am besten an der eleganten Einkaufsstraße Florida registrieren, wo die Geschäfte serienweise schließen.

Die Inflation ist Alfonsins gefährlichstes Problem. Allein im April stiegen die Lebenshaltungskosten um 29,5 Prozent, die höchste Monatsrate seit Alfonsins Amtsübernahme vor fast 18 Monaten. Das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik Alfonsins schwindet. „Nichts als leere Worte", kritisiert Jorge Triacca wütend, ein anderer CGT-Boß. Der Zusammenbruch der fünftgrößten Privatbank „Banco de Italia y Rio de la Plata" in der ersten Mai-Hälfte führte zu einem Sturm auf die Dollar-Konten. Die Regierung sperrte schließlich alle Sparanlagen in harter Währung für 120 Tage, um sich eine Atempause zu verschaffen. Was dann passiert, weiß niemand. Der Schwarzmarkt des Dollar stieg Anfang letzter Woche von 627 auf 647 Peso. Der offizielle Kurs liegt bei 517 Peso.

Der Präsident schickte dieser Tage wieder Mario Brodersohn nach Washington, seinen Unterhändler in Sachen Schuldenverhandlungen. Er soll mit dem Währungsfonds neue Austerity-Vereinbarungen treffen. Das alte Abkommen vom September vergangenen Jahres kann längst nicht mehr eingehalten werden. Die Regierung hatte damals eine Inflationsrate von 150 Prozent bis Ende 1985 versprochen. „Der Präsident fühlt sich der Austerität verpflichtet", versichert Brodersohn. So will die Regierung das Haushaltsdefizit drastisch von bisher zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf fünf Prozent halbieren. Argentinien braucht die Unterstützung des IWF, um seine gewaltigen Schuldenprobleme zu lösen, eine Last von fast 49 Milliarden Dollar. Die 350 Gläubiger-Banken möchten erst nach einer Einigung mit der Washingtoner Behörde Umschuldungsgespräche aufnehmen. Alfonsin lässt einen klaren Kurs vermissen. (SAD)

Unterirdische Festungen

Die PLO-Lager in Beirut und ihre Bewohner

PETER M. RANKE, Kairo

Die schweren Kämpfe zwischen Palästinensern und der schiitischen Amal-Miliz um die großen Flüchtlingslager im Süden Beiruts dauern an. Schiitische Soldaten der 6. Brigade setzen sogar Flammenwerfer gegen Stützpunkte der PLO ein. Die hohen Verluste von über 380 Toten und mehr als eintausend Verwundeten seit einer Woche sind vor allem damit zu erklären, daß die Lager in Wirklichkeit starke Befestigungsanlagen sind.

Alle drei „Lager" (Sabra, Schatila, Bursch el Braschneh) entstanden nach 1950 aus Flüchtlings-Camps der Palästinenser. Sie beherrschen die Straßen zum Flugplatz, längs der Küste und ins Gebirge. Sabra ist wie ein Krebsgeschwür in die Hochhäuser und Stadtviertel südlich der Masraastraße hineingewachsen.

Während Schatila in einem Pinienhain liegt und praktisch mit Sabra zusammengewachsen ist, wird das gesamte Gebiet zwischen dem Schiiten-Stadtteil Schia und dem östlichen Flugplatz-Gebiet von Bursch el Braschneh eingenommen. Wie in allen „Lagern" ducken sich ein- oder zweistöckige Häuser an engen ungepflasterten Gassen. Es gibt Moscheen, Geschäfte, Garagen mit Obst und Gemüse, Werkstätten für Autos, Busse oder Lkw und Mechanikerbetriebe für Waffen und Munition.

Während des Krieges von 1975/76 gegen die christlichen Viertel Beiruts und bis zum Vorstoß der Israelis auf Beirut im Sommer 1982 waren die Lager-Gebiete praktisch autonom. Die PLO stellte die Polizei, es gab eigene Gerichte und Gefängnisse. Vor allem aber wurde ausgebildet und exerziert, wofür die PLO auch das große Sportstadion „Camille Chamoun" benutzte.

Zur PLO-Ausbildung an Maschinen-Waffen bis zur leichten Flak und mit Handgranaten werden auch Frauen und Jungen ab neun Jahren gezwungen. Es sind die sogenannten „RPG-Kids", die die Israelis 1982 zu Hunderten gefangennahmen, oft erst nach wütendem Widerstand. RPG heißt „Rocket propelled granade", eine Art russische Panzerfaust für Straßenkämpfe. Wenn westliche Medien tote Frauen und Kinder in den Palästinenser-Lagern beschreiben, so handelt es sich oft genug um Gefallene, die zuvor mit der Waffe in der Hand gekämpft hatten. Das Massaker der Christenmiliz in Sabra und Schatila vom September 1982 brach erst aus, nachdem Knaben und Frauen in zivil auf die Milizionäre geschossen oder sie bei Hausdurchsuchungen ermordet hatten. Alle haben nach der PLO-Doktrin „Kämpfer" zu sein. Der Verantwortliche für diese „gemischte Kriegsführung" ist PLO-Chef Yassir Arafat.

Der Widerstand der Palästinenser in den weiten Lager-Gebieten könnte nicht so lange dauern, wenn nicht ein verzweigtes Tunnelsystem die Stützpunkte innerhalb der „Lager" verbinden würde. Es entstand schon in den sechziger Jahren, der Vietkong in Südostasien war das Vorbild. Die Tunnelgänge sind knapp mannshoch und aus vorgefertigten Betonröhren gebaut, die in Bursch el Braschneh hergestellt werden. An die Tunnel, drei bis fünf Meter unter der Oberfläche, sind Schutzkeller für die Bevölkerung und Beton-Bunker angeschlossen, die mit ihren Schieß-Scharten vor allem die Straßenecken beherrschen. Die Eingänge liegen immer innerhalb der Häuser unter Fußmatten oder Matratzen, so daß sie schwer zu entdecken und schwer zu erobern sind. In den Schutzräumen, wo Wasser und Verpflegung aufbewahrt werden, können bis zu fünfzig Personen unterkommen. Keines der drei Palästinenser-Viertel Sabra, Schatila und Bursch el Braschneh wurden je „entwaffnet". Sie beherbergen bis heute beträchtliche Waffen- und Munitions-Depots. Daher brauchte jetzt die Arafat-PLO ihre drei- bis fünftausend „Kämpfer" nicht neu auszurüsten, die Waffen lagen bereit. (SAD)

Agcas Coup vor Gericht

Der Kronzeuge sagt baldiges „Ende der Welt" voraus

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Im Prozeß gegen die mutmaßlichen bulgarischen und türkischen Hintermänner des Papst-Attentats sorgte der türkische Attentäter Mehmed Ali Agca schon am zweiten Tag für einen Coup, dessen Auswirkungen vorläufig noch unabsehbar sind. Er behauptete, daß der von ihm verübte Anschlag auf das Leben Johannes Pauls II. „mit dem dritten Geheimnis der Madonna von Fatima" zusammenhänge, forderte den Vatikan auf, dieses Geheimnis zu enthüllen, und verweigerte zunächst jede weitere Zusammenarbeit mit der Justiz.

Da Agca der Kronzeuge der Anklage gegen den inhaftierten Bulgaren Sergeij Antonoff und gegen zwei weitere Bulgaren ist, die sich noch vor der Anklageerhebung nach Sofia abgesetzt hatten, werden seine Erklärungen als schwere Hypothek für den weiteren Verlauf dieses Verfahrens angesehen. Im Zusammenhang mit seinen Äußerungen über das Geheimnis von Fatima sagte der 27jährige moslemische Türke, der sich am Vortage ausdrücklich dagegen gewehrt hatte, als geisteskrank bezeichnet zu werden, wörtlich: „Im Namen des allmächtigen Gottes verkünde ich das Ende der Welt. Ich bin die Reinkarnation von Jesus Christus. In dieser Generation wird die gesamte Welt zerstört werden. Die Jahre der menschlichen Zivilisation sind gezählt. Ich habe den Vatikan gebeten, das dritte Geheimnis der Madonna von Fatima zu enthüllen". Vor einer vatikanischen Antwort, so fügte er hinzu, werde er nicht weiter aussagen. Der Gerichtspräsident forderte ihn daraufhin auf, das alles noch einmal zu überdenken. Er unterbrach die Verhandlung für eine Viertelstunde. Agca akzeptierte und erhob sich mit der Bemerkung, daß er „mit Gott sprechen" müsse. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung blieb er jedoch bei seiner Aussageverweigerung. Damit war seine Einvernahme zunächst beendet. Der Gerichtsvorsitzende entließ ihn in seinen Käfig und setzte die Verhandlung mit der Einvernahme des Türken Omer Bagci fort, der angeklagt ist, für Agca die Pistole, mit der dieser auf den Papst schoß, nach Italien eingeschmuggelt zu haben.

In dem portugiesischen Fischerdorf Fatima war den drei Hirtenkindern Lucia Dos Santos, ihrem Vetter Francisco Marto und dessen Schwester Jacinta in den Jahren 1917/18 mehrmals die Mutter Gottes erschienen und hatte ihnen angeblich drei Prophezeiungen gemacht. Die erste bezog sich auf das damals bevorstehende Ende des Ersten Weltkrieges, die zweite auf den Ausbruch eines neuen Weltkrieges unter dem Pontifikat Pius XI., falls sich die Menschen nicht bessern sollten, die dritte, das sogenannte „dritte Geheimnis", ist zwar von Lucia niedergeschrieben und in einem versiegelten Umschlag an den Vatikan geschickt, von diesem aber bisher nicht enthüllt worden.

Neue Fernsehserie im ZDF: „Polizeirevier Hill Street"

Das Leben ist zu lasch

Kostümwechsel angesagt: Ab heute tragen die neuen Mittwochs-Helden im ZDF hochgeschlossene Uniformen statt tiefe Dekolletés, Schulterhalfter statt Straps, Jeans statt Smoking. Mit anderen Worten, die geschmeidigen „Denver"-Intriganten werden von einem mittelprächtigen Völkchen vom „Polizeirevier Hill Street" ersetzt.

In den USA wurden die bis jetzt gedrehten 125 Folgen dieser Serie mit 24 Emmys (den Fernseh-Oscars) dekoriert. Sie läuft im fünften Jahr – also ein ausgesprochener Renner, trotz der anspruchsvollen, ja ehrgeizigen Machart. Für den Erfolg haben nicht zuletzt die amerikanischen TV-Kritiker gekämpft. Denn die Fernsehzuschauer konnten sich zunächst überhaupt nicht für den „Hill Street Blues" begeistern (so der Originaltitel). Aber die Rezensenten wurden nicht müde, die Serie immer wieder in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken, und so entwickelte sich der „Hill Street Blues" schließlich auch innerhalb der TV-Gemeinde zum Hit. Zunächst 26 Folgen wurden *für das ZDF bearbeitet.*

„Polizeirevier Hill Street" ist eine relativ „blutarme" Krimi-Serie, zu spektakulären Kapitalverbrechen kommt es selten, doch auch hier gehören Gewalttaten zum Alltag, und der Alltag ist marode, gefährlich. Im

Polizeirevier Hill Street – ZDF, 22.00 Uhr

Unterschied zu „Einsatz in Manhattan" oder „Die Straßen von San Francisco" schlängeln sich Zufallsgauner und rabiate Gangster durch den „Dschungel" einer fiktiven Großstadt. Es gibt keine dramatisch umflammten Schauplätze, lediglich ein ganz normal verkommenes Problemviertel, wo jede Wohnungstür drei Schlösser schützen, das Fenster neben der Feuerleiter zentimeterdicke Eisenstangen sichern und die Bewohner (verarmte Weiße, Schwarze aller Schattierungen, Mexikaner und Chinesen) am Rande des Existenzminimums dahinvegetieren.

Michael Kozoll, Steven Bochco (Drehbuch) und Robert Butler (Regie) haben aus einer Vielfalt privater Schicksale das Familien-Porträt eines Polizeireviers aufgestellt: Jeden Morgen treffen sich in ihren kargen Umkleidekabinen schlecht gelaunte, kaum ausgeschlafene Männer, die sich täglich mit Problemen herumschlagen müssen, die ihnen über den Kopf gewachsen sind. Und doch hat ihr Job jeden einzelnen von ihnen mit Haut und Haaren geschluckt.

Zur gleichen Zeit erledigt Captain Frank Furillo (Daniel J. Travanti) in seinem Büro gewissenhaft den verhaßten Papierkram, und der stoische Sergeant Phillip Esterhaus (Michael Conrad) trommelt die Mannschaft zur Frühbesprechung zusammen. Auf seiner Liste stehen Raub, Prostitution, Rauschgifthandel, Korruption.

Seine Jungs sind weder prächtige Muskelmänner noch geniale Spürhunde, sondern tapsige Kerle, die sich mal ganz gern von einer der Asphalt-Bienen anmachen lassen. Die Hände mit Kriminellen voll zu tun, kann sie ein verwahrloster Köter so rührselig stimmen, daß sie ihn adoptieren. Und als sich ein Autodieb als Handwerksgenie entpuppt, darf er sich im Kittchen auf unbestimmte Zeit einnisten (da im Revier so manches reparaturbedürftig ist).

Aber zimperlich gehen sie nicht einmal miteinander um, und falls zornig, laden sie ihre Zwänge im Dienst ab, schlagen grundlos zu, terrorisieren arglose Bürger, wie der leicht reizbare Andy Renko (Charles Haid) und sein verbissener Streifenwagen-Kumpel Bobby Hill (Michael Warren) – beide mehrmals verletzt, beide berufsgeschädigte, von Angst geplagte Neurotiker.

Ihrem lässigen, stets gestreßten Chef Furillo ist Gewalt verhaßt. Seinem Glauben an die im Endeffekt siegreiche Gerechtigkeit konnte bis jetzt weder Vernunft noch Erfahrung etwas antun. Dieser Captain ist kein aalglatter Supermann, sondern ein einfühlsamer, leicht unzuverlässiger Boß in Geldnöten. Denn den größten Teil seines Lohnes beschlagnahmt regelmäßig seine hysterische Ex-Frau Fay (Barbara Bosson).

Viele der genau empfundenen und glänzend geschriebenen Szenen wirken wie ein Fernsehzitat einer prallen Männerwelt, in der Frauen höchstens als hübsche Beigaben mitmischen dürfen. Die Politik hingegen ist so intensiv in die privaten Sorgen der Polizisten aufgegangen, daß sie niemals zur belanglosen Nebensache schrumpfen kann.

So bedeuten die zehn Minuten, die sich der US-Präsident für einen Besuch in ihrem Slumdistrikt reserviert, für die Mannschaft kaum mehr als zusätzliche Belastung: Es muß ein „Gipfel" aller Anführer der Jugendbanden einberufen, ein „Waffenstillstand" ausgehandelt, es müssen Passierscheine für ihre Souveränitätsgebiete ausgetauscht werden, damit die *offiziellen, vom FBI organisierten* Sicherheitsmaßnahmen nicht ganz absurd ausfallen.

Für Furillos Männer gleicht die Rückkehr nach einem Routinetag einer Heimkehr. Da wird Revier-Romantik großgeschrieben, Zynismus auf Zehenspitzen serviert, Gefühle werden überspielt. In der Hill Street gilt eine einfache Moral: Wer strauchelt, muß aus eigener Kraft wieder aufstehen – oder liegenbleiben. So einfach ist es: „Gesetze sind prima, nur das Leben ist zu lasch", glaubt der Boß.

DANA HORAKOVA

KRITIK

Dem Recht zur Geltung verhelfen

Es läßt sich nicht vermeiden, den Fernsehfilm **Streng vertraulich** (ZDF) trotz seines Titels als notdürftig getarnte Dokumentation zu enttarnen; denn er schildert eine moderne Kohlhaas-Tragödie und hält sich an Fakten. Sein betrogener Held kämpft immer noch um sein Recht. Der reale Anlaß auch macht den Film bemerkenswert; Buch und Regie taten darüber hinaus nicht viel, um ihn interessant und spannend zu machen.

Vor zehn Jahren wollte ein loyaler Bürger und Europäer, leitender Angestellter in einem Schweizer Chemiekonzern, „dem Recht zur Geltung verhelfen". Er gab der Brüsseler EG-Kommission „streng vertrauliche" Informationen über illegale Machenschaften seiner Firma, die von Brüssel dann prompt nach Basel zurückgeleitet wurden.

Nun hatte man ja ohnehin nicht erwartet, daß Steven Dyer, der in Wahrheit Stanley Adams heißt, für seine gute Tat gleich den Karlspreis erhält. Aber was dann wirklich geschah, war noch weniger zu erwarten. Er wurde verhaftet, der Wirtschaftsspionage angeklagt, finanziell und gesellschaftlich ruiniert. Unter dem Eindruck der Polizeiverhöre nahm seine Frau sich das Leben; er selbst konnte noch vor der Gerichtsverhandlung ins Ausland entkommen. Denn just aus Brüssel wurde noch rechtzeitig die Kaution gestellt.

Die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Behörden, dem Konzern und der EG-Kommission funktionierte. Adams hätte das wissen müssen, und man kann ihm den Vorwurf nicht ersparen, seine ehrliche Sache reichlich naiv betrieben zu haben. Der Wirtschaftskrimi, der keiner war, erhellt ein dunkles Kapitel der Schweizer Justizgeschichte; es ist noch nicht abgeschlossen. In diesen Tagen soll der Europäische Gerichtshof in Luxemburg als letzte Instanz den Fall entscheiden.

EO PLUNIEN

Die vielen Seiten eines Sängers

Es ist schon schändlich, wie das Fernsehen jahrzehntelang einen mächtigen Bogen um ihn gemacht hat. Keine der populären Shows oder Talk-Runden lud Dietrich Fischer-Dieskau jemals zu Gesang oder Gespräch. „FiDi", wie er salopp genannt wird, mußte sechzig Jahre werden, ehe man sich in den TV-Chefetagen ernsthaft auf ihn, unseren bedeutendsten Liedsänger der Nachkriegszeit, besann und ihm – am Vorabend seines Geburtstags – ein animierendes Ein-Stunden-Porträt widmete.

„Vom Gewissen der Stimme" hatten Klaus Lindemann und Klaus Geitel ihr **Porträt Dietrich Fischer-Dieskau** genannt, das dem berühmten Sänger nicht nur bei einem Berliner Liederabend, sondern auch bei der Uraufführung von Reimanns „Lear" in München mit Dieskau in der Titelrolle folgte. Auch eine historische Aufnahme war eingeblendet: der Sänger als Don Giovanni, zur Wiedereröffnung der Deutschen Oper Berlin, mit Friscay am Pult und Erika Köth als Zerlina. Ein schönes Dokument deutschen Mozart-Gesanges.

Aber erfrischender, aufschlußreicher als diese von Geitel mit Emphase kommentierten Aufführungs-Ausschnitte waren jene Szenen, in denen man Fischer-Dieskau bei der Arbeit sah, bei Proben mit Alfred Brendel für die „Winterreise", bei denen die beiden sich mit einer fast komischen Höflichkeit aufeinander zu bewegten.

Oder – spannender noch – seine pädagogischen Exkurse. Wie er die jungen, noch ungelenken Baritone zu feinerem Verständnis anstachelte, mit ungespielter Spontaneität und einem tiefen, aus Ingenium und Erfahrung gespeisten Wissen, war köstlich anzuhören und anzusehen. So wurde denn dieser Ein-Stunden-Versuch einer Annäherung an das vielgestaltige Phänomen Fischer-Dieskau unversehens zu einer erhellenden Lektion in Liedgesang.

KLÄRE WARNECKE

STUDIO

Am 1. Juni startet der **Kabelfunk Dortmund** sein Programm – das einzige öffentlich-rechtliche Kabelpilotprojekt in der Bundesrepublik. Nach Angaben des Projektleiters Erdmann Linde ergeben sich „aus der öffentlich-rechtlichen Mutterschaft des WDR Programmschwerpunkte, mit denen versucht wird, den Integrations-Rundfunk für Dortmund zu verwirklichen".

Das Hauptgewicht im Programmangebot des Versuchsprojektes liegt in den Lokalprogrammen. Allabendlich, bis auf Samstag, gibt es von 19.00 Uhr an eine halbe Stunde aktueller Informationen und Nachrichten, eine weitere halbe Stunde lang eine Art „Tele-Illustrierte" und eine Stunde lang eine „bimediale" Sendung mit dem Obertitel „Dabei in Dortmund", die gleichzeitig in Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlt wird.

Zu den Versuchsprogrammen gehören weiterhin Spartenprogramme aus Sport, Unterhaltung, Kultur, ein Familien-, ein Weiterbildungs- und ein Wiederholungskanal, die alle auf aktuelle ARD-Sendungen oder Archivmaterial zurückgreifen. dpa

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kontroverse erwünscht

„Sind die Jäger dem deutschen Wald nicht grün?": WELT vom 6. Mai

Sind die Jäger dem deutschen Wald nicht grün? Diese von Dr. Dankwart *Guratzsch für seinen Bericht* über den Bundesjägertag 1985 in Kassel und Baunatal gewählte Headline ist schnell beantwortet: Die Jäger sind dem deutschen Wald mehr als grün – denn, stirbt der Wald, sterben auch die Wildtiere. Daß diese Problematik bei der Podiumsdiskussion zum Thema „Natur nützen – Natur schützen, ein Widerspruch?" zu kurz kam, wurde auch von vielen anwesenden Jägern bedauert.

So unwahrscheinlich es manchem auch klingen mag, vom Deutschen Jagdschutz-Verband (DJV) als Veranstalter war eine heiße, kontrovers geführte Diskussion sogar erwünscht. Doch leider sagten diejenigen, die man als in den Medien auftretende Kritiker der Jagd und „überhöhter" Wildbestände zur Diskussion einlud, ihre Teilnahme mit zum Teil unterschiedlichen Begründungen ab: Dr. Horst Stern, Ewald Struwe, Dr. Reiner Klinkholz und Dr. Hans Scholten. Damit blieb bereits im Vorfeld die Frage, ob ihre Vorwürfe einer coram publicum sachlich fundierten Gegenrede standhalten, unbeantwortet. Am Veranstalter jedenfalls lag es nicht, daß eines der am heftigsten diskutierten Themen unserer Tage in Baunatal „unterbelichtet" blieb.

Einer Differenzierung und Ergänzung bedarf die Aussage: „Die Jäger möchten in den Club der anerkannten Naturschutzverbände aufgenommen werden, und sie murren, daß Wildkatze, Mufflon, alle Greif- und weitere hochgefährdete Tierarten in das Naturschutzgesetz übernommen worden sind ...". Bereits seit Jahren ist der Deutsche Jagdschutz-Verband mit seinen über 230 000 Mitgliedern nach Paragraph 29 Bundesnaturschutzgesetz als Naturschutzverband anerkannt. Das gleiche gilt für seine Mitgliedsverbände Bayern, Hessen und Niedersachsen. Bei *den anderen* Landesjagdverbänden scheiterte dies bisher an formaljuristischen Gegebenheiten bzw. aus Definitionsgründen. So ergibt sich das Paradoxum, daß der Bundesverband und einige Landesverbände offiziell als Naturschutzorganisationen gelten und andere noch darum zu kämpfen haben, obwohl sie alle den gleichen Zielsetzungen, wie sie der DJV vertritt, verpflichtet sind.

Die Unterstellung der aufgeführten Wildtiere unter das Naturschutzgesetz sieht die Jägerschaft als Minderung deren Schutzes an. Der Grund: Vergehen gegen dem Jagdrecht unterliegende Wildtiere, die ja durchaus ganzjährig geschont werden können bzw. auch sind (Birk- und Auerwild, Greife, Wildkatze etc.), gelten als Straftat (u. a. Gefängnisstrafe); im Naturschutz gibt es z. Zt. nur die Ordnungswidrigkeit (Bußgeld).

Abschließend noch der Hinweis, daß die Dr. Dankwart Guratzsch zur Kritik veranlassende Jagdausstellung außerhalb der Verantwortung der Jägerschaft ablief und diese keinen Einfluß auf die teilnehmenden Aussteller und deren Angebot hatte. Die der Jägerschaft zur Verfügung gestellte Ausstellungsfläche nutzte sie zur Demonstration der in der Bundesrepublik heimischen Tierarten und ihres Lebensraumes. Ein Informationsangebot, das von den Besuchern als hervorragend beurteilt wurde. Nur hierfür und nicht für das „Drumherum" waren der DJV und LJV Hessen verantwortlich.

Olgierd Graf Kujawski,
Remscheid

Politische Wirklichkeit

„Über Verantwortung": WELT vom 9. Mai

Sehr geehrte Herren,

trotz aller Mißverständnisse und Emotionen, die der Streit um den 8. Mai im In- und Ausland zu Tage gefördert hat, bewerte ich diesen Prozeß nicht nur negativ. Deshalb begrüße ich auch die Diskussion über die Ansprache des Bundespräsidenten. Obwohl ich vielen Gedanken Richard von Weizsäckers über die Geschichte der nationalsozialistischen Epoche und ihr Erbe zu folgen vermag, schließe ich mich dem Vorbehalt Wilfried Hertz-Eichenrodes an, daß die gegenwartsbezogenen Teile der Rede keine Kontur gewonnen haben. Die Aussagen über die politische Wirklichkeit von heute waren zu blaß, zu akademisch und zu unverbindlich. Ein einziger Satz über den Beitrag der Bundesrepublik zum Atlantischen Bündnis reicht nicht aus, um unseren Standort zu bestimmen.

Wer aus der Geschichte des „Dritten Reiches" Lehren ziehen will, darf *sich nicht scheuen, den totalitären* Mächten unserer Tage den Spiegel vorzuhalten. Jede politische Ordnung, die aus einem vorgeblichen sakrosankten Dogma einen Herrschaftsanspruch ableitet, ist schon im Ansatz menschen- und freiheitsfeindlich. Die kriminelle Energie, die daraus erwächst, hängt nicht vom moralischen Anspruch des Dogmas, sondern von den Zeitumständen ab. Entscheidend ist die Überzeugung, daß der Erfolg die Mittel rechtfertigt. Gewiß ist dem Bundespräsidenten auf dem Feld der Außenpolitik Zurückhaltung angemessen. Aber er sollte keinen Zweifel aufkommen lassen, daß das Gewicht der Bundesrepublik auf der Seite der Freiheit in die Waagschale fallen muß, wenn totalitäre Macht von der Gegenmacht freier Völker in Schranken *gehalten* werden soll. Um so *sorgfältiger* sollte er die Gefahr im Auge behalten, daß das Friedensbedürfnis unserer Bürger als Hebel mißbraucht wird, um diese Schranken zum Einsturz zu bringen.

Mit freundlichem Gruß
W. Fleischer,
Hamburg 70

Der Ausweg

„Plötzlich deutet Minister Steger ein Einlenken an": WELT vom [illegible] Mai

Sehr geehrte Redaktion,

der Freistaat Bayern sollte sich bemühen, der leidgeplagten Reaktor-Brennelemente-*Union sowie* Nukem und Alkem eine „neue Heimat" zu bieten, zumal das nahe Unterfranken diese hessischen Betriebe und ihre Belegschaften zukunftsorientiert unterbringen könnte. Die Hanauer Produktionsanlagen ließen sich dann anderweitig gut nutzen, beispielsweise für Börners „Dachlattenfabrikation" bzw. zur „Fahrradherstellung" durch grüne Selbsthilfegruppen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Wolff,
Icking

Die Leitfigur

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine die Volksmassen mitreißende Leitfigur gehört zum Sozialismus jeglicher Schattierung. Wir-Gefühl, Solidarität, Kameradschaft, Volksgemeinschaft, oder welche Parolen sonst herhalten müssen, alles funktioniert nur unter dem verehrten, geliebten Vorsitzenden, Präsidenten, Landesvater, Generalissimus, Führer, zu dem man aufblickt. Er ist Programm.

Auch wir Deutschen kennen das. Zuletzt war es Willy Brandt. Schon bald könnte es der gute Vater aus Wuppertal sein, der Bruder Johannes. Wie sagten Sozialisten im NRW-Wahlkampf? Unser Programm ist 1. Johannes Rau, 2. Johannes Rau, 3. Johannes Rau.

Mit freundlichen Grüßen
D. Leitner,
Köln 90

Der Urheber

„Leserbrief: Nicht würdig": WELT vom 22. Mai

Göring soll, wenn man ihm Umgang mit Nichtariern vorwarf, jeweils repliziert haben: „Wer Jude ist, bestimme ich!" Ich weiß nicht, ob er das je gesagt hat, und wenn ja, ob er sich gebrüstet hat, der Urheber der Formulierung zu sein. Sie stammt aber nicht von ihm. So geistreich war er wirklich nicht!

Sie stammt von dem seinerzeit berühmten Wiener Bürgermeister Dr. Karl Lueger (1844–1910), der mit judenfeindlichen Parolen die Stimmen der Wiener gewann, dann aber wenig gegen den „jüdischen Einfluß" unternahm, und, *sooft* man ihm Kontakt mit Juden vorwarf, zu sagen pflegte: „Wer a Jud is, bestimm i!"

Wie kommt es, daß nie ein Wiener gegen diesen geistigen Diebstahl an einem prominenten Wiener Politiker protestiert? Scheuen heute lebende Wiener vor Hinweisen auf die antisemitische Vergangenheit ihrer Stadt zurück? Oder wissen sie einfach nichts mehr von Lueger, der immerhin durch Ausbau der Stadt und kluge Sozialmaßnahmen echte Verdienste erwarb? Letzteres scheint wahrscheinlich, sonst käme es nicht immer wieder vor, daß Luegers Namen im Fernsehen statt korrekt als „Lu'eger" als „Lüger" ausgesprochen würde!

Luegers berühmte, treffsichere Aussprüche sollte man aber wirklich nicht dem geistlosen Göring zuschreiben!

Dr. S. Landmann,
St. Gallen, Schweiz

Wort des Tages

» Wenn jeder damit anfinge, vor der eigenen Türe zu kehren, anstatt die ganze Epoche zu kritisieren, wären die Straßen bald sehr viel sauberer. «

Bertrand Russell; engl. Mathematiker und Philosoph (1872–1970)

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Verkehrsgericht
Vorsicht: Zwillinge unterwegs!
11.55 Umschau
12.10 Tränen der Liebe
Das Tadsch Mahal in Indien
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wanderungen durch die DDR
Bei Saale-Winzern
16.55 Chlorofilla vom blauen Himmel (3)
17.20 Schau ins Land
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Unverbesserlichen
Fernsehspiel von Robert Stromberger
Mit Joseph Offenbach, Inge Meysel, Gernot Endemann u. a.
Regie: Claus Peter Witt
Anläßlich des 75. Geburtstags von Inge Meysel am 30. Mai wiederholt die ARD dieses Fernsehspiel. Die Jubilarin begründete hierin in der Rolle der Käthe Scholz ihren Ruf als „Mutter der Nation". Als solche muß sie mit dem Totogewinn ihres Mannes Kurt fertigwerden, an dem jedes Familienmitglied beteiligt sein will.
21.40 Besuch bei Inge Meysel
Eine Sendung von Werner Baecker
22.30 Tagesschau
23.00 Wir sind bald alle total im Bild (2)
Um den Zuschauer von den schädlichen Auswirkungen der „neuen Medien" zu überzeugen, lädt der Kabarettist Herbert Bonewitz *heute* in das Wohnzimmer eines technikbesessenen Zeitgenossen ein. Außerdem beschäftigt sich der ehemalige Büttenredner mit der Abschiebung von Senioren und mit der modernen Datenerfassung, die so manchem Bürger ein Dorn im Auge ist.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Hinkelgockelgackelei
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
Robby findet eine Großmutter
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Treulich geführt
Als „mißratenes" Kind bereitet Elizabeth Bellamy ihren Eltern immer wieder neue Sorgen. Als sie nun den Dichter und Bohemien Lawrence Kirbridge als ihren Freund vorstellt, mit dem sie gerne „in Sünde" leben möchte, geraten die Bellamys völlig aus dem Häuschen.
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
20.15 Die Sport-Reportage
Aus Brüssel: Fußball-Europapokal der Landesmeister
FC Liverpool – Juventus Turin
(In der Pause gegen)
21.00 heute
22.00 Polizeirevier Hill Street
26teilige neue amerikanische Krimiserie
22.45 Treffpunkt
Haus der Begegnung in Ulm
„Ein Engel kommt nach Babylon"
23.15 Ratschlag für Kinogänger
„Der einzige Zeuge" von Peter Weir
Vorgestellt von Inge Bongers
23.20 heute



Ab heute 26 Mal auf dem Bildschirm zu sehen: Die Mannschaft des „Polizeireviers Hill Street" (ZDF, 22.00 Uhr) FOTO: DEFD

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Rheine
Informationen und Unterhaltung aus der Eissporthalle
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Shanghai-Expreß
Amerikanischer Spielfilm (1932)
Mit Marlene Dietrich u. a.
Regie: Josef von Sternberg
(Original mit deutschen Untertiteln)
23.50 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Les Cuisines Régionales Françaises
19.00 Auskunft
19.30 Das vergessene Vieh
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Ein Wirtschaftsmagazin
21.00 Französische Maler des 19. Jahrhunderts
Edgar Degas (1834–1917)
21.45 Fürs Vaterland zu sterben
Amerikanischer Spielfilm (1979)
0.05 Actualités
0.20 Nachrichten

HESSEN

18.00 Hector Servadacs Reise durch die Sonnenwelt
18.50 Der alte Hund
19.05 Was tun mit der Zeit
19.45 „18 Mark pro Kilo Katze"
Handel mit Versuchstieren
20.15 Sport und Natur
Konflikte und ihre Lösungen
21.00 Wild hinter Zäunen
21.30 Drei aktuell
22.00 Wieviel Gramm Wolle werden für die Strickjacke verarbeitet?
Auflösung der Preisfrage
22.10 Der Fangschuß
Spielfilm

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Die zweite Nabelschnur
20.15 Das erste Opfer ist die Wahrheit
Die Geschichte der Kriegsberichterstattung
21.00 Die den Hals riskieren
Amerikanischer Spielfilm (1969)
22.45 Vom Empire nach Europa
Großbritannien von 1900 bis zum Jahre 2000
Identität und Zukunft
0.00 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Formel Eins
19.45 Dingsda
20.15 Polizeiinspektion 1
20.40 Z. E. N.
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Der Prinzregent (6)
22.40 Der Osten im Westen
Wien – eine erste Station
23.25 Rundschau
23.30 News of the Week

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Chronik der Familie Rius
15.00 Die Bären sind los
15.30 Musicbox
16.30 Scooby Doo
Hexerei in Wimbledon
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Wüstenfisch und Klapperschlange
Dokumentation
Im „Tal des Todes" in Kalifornien hat sich das Leben den extremsten Verhältnissen angepaßt. In South Carolina und in Florida werden Diamantklapperschlangen gefangen und gemolken; aus dem gewonnenen Gift wird Schlangengiftserum hergestellt.
18.00 Es darf gelacht werden
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
Fußball: Großer Vorbericht zum Westfalen-Derby in der Bundesliga zwischen Schalke 04 und Borussia Dortmund am 1. Juli / Rallye: Rückblick auf die vier bisherigen WM-Läufe, Ausblick auf die *Akropolis-Rallye*
Moderation: Peter Glauche
20.00 Offen gesagt
Güher und Süher Pekinel im Gespräch mit dem Maler und Zeichner Ferry Ahrlé
Realisation: Gerd Labudda
20.30 Love Boat
Anschl. Ihr Wochen-Horoskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Recht und Leidenschaft
Italienischer Spielfilm (1970)
Mit Alessio Orano, Ornella Muti, Gaetano Cimarosa u. a.
Regie: Damiano Damiani
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Der Sklave Calvisius
12. Detektive auf den Spuren von gestern – Archäologen bei der Arbeit
Schulbus 13
12. Lesen ist lustig
19.00 heute
19.30 Costa Cordalis
Auf der Straße meiner Lieder
20.30 Die Akrobaten kommen
Zirkus und Akrobatik in China
Im alten China gehörten Zirkus und Artistik zu den traditionellen Unterhaltungsformen. Seit 1949, nur unterbrochen durch die Jahre der *Kulturrevolution, wird diese Tradition auf* speziellen Fachschulen in den Metropolen Chinas wiederbelebt.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Vor 10 Jahren: Nadia Comaneci wird vierfache Europameisterin im Turnen
23.30 3SAT-Nachrichten

Personalien

JUBILÄUM

Heinz Pabst, Vorsitzender des Betriebsrates des VW-Werks Braunschweig und Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Volkswagenwerk AG, beging sein 35jähriges Dienstjubiläum. Der gelernte Maschinenschlosser gehört seit 1982 als Vertreter der Arbeitnehmer dem Aufsichtsrat des Unternehmens an. An der Spitze des Betriebsrats im Braunschweiger Werk steht Heinz Pabst seit 1980. Die Gewerkschaftsarbeit dort trägt seine Handschrift. Vor allem die Berufausbildung sowie die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter haben für ihn einen hohen Stellenwert.

EHRUNGEN

Heinrich Windelen, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, ist für seine Verdienste das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen worden.

*

Harry Wollenschläger, Vorsitzender des Berliner Schaustellerverbandes, hat von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** das Große Bundesverdienstkreuz erhalten. Wollenschläger ist auch Präsident des Deutschen Schaustellerbundes und Präsident der Europäischen Schausteller-Union.

*

Die erste Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, die Pädagogin **Barbara John**, erhielt das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Bei der Ordensverleihung erinnerte Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** daran, daß Frau John *für die Ausländerpolitik* wesentliche Schwerpunkte gesetzt habe.

*

Dr. **Helmut Jung**, Landarzt aus Wilnsdorf-Oberdiel, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden. Der ergraute *Landarzt* betreut seit mehr als 50 Jahren seine Patienten auch unter schwierigsten Bedingungen.

*

Adolf Hartmann, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten, Arbeiter und Angestellten im Deutschen Beamtenbund, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Hartmann ist auch Mitglied des Verwaltungsrates und des Bildungsbeirats der Deutschen Bundesbahn. In den zurückliegenden *Jahren galt sein besonderes In*teresse der Förderung des Versehrtensports.

*

Professor Dr. e. h. **Ferry Porsche**, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Porsche AG, Stuttgart, wurde Ehrensenator der *Universität Stuttgart*. Er erhielt die Auszeichnung in „Anerkennung seiner großen Verdienste um die Entwicklung der modernen Kraftfahrzeugtechnik und in Würdigung seiner großen Leistungen beim Aufbau eines leistungsfähigen Entwicklungszentrums für Fahrzeuge, Motoren und Getriebe und der eigenen Fertigung moderner Sportwagen sowie wegen seiner sehr wirksamen Förderung der Forschung und Lehre der Universität Stuttgart". Ferry Porsche, 1909 in Wiener Neustadt geboren, trat 1930 *in das* Stuttgarter Konstruktionsbüro seines Vaters ein. Nach Ende des Krieges schuf er den legendären Porsche 356, einen Sportwagen auf Volkswagen-Basis. Die 1949 begonnene Serienproduktion war der Beginn der heute blühenden Sportwagenproduktion Porsches.

BERUFUNG

Professor Dr. **Takashi Oshio** (54) übernahm die Leitung des Japanischen Kulturinstituts in Köln. Der beurlaubte Professor der Philosophie und Germanistik an der Chuo-Universität in Tokio befaßt sich seit Jahrzehnten mit der deutschen Kultur. Von 1962 bis 1964 war er als Forschungsstipendiat (Dozent) der Alexander-von-Humboldt-Stiftung an der Universität Marburg. Als Fernsehdozent und -veranstalter des Gesamtjapanischen Rundfunks unterrichtete er die Japaner in der deutschen Sprache, Musik und Kultur. Eine tiefe Freundschaft verbindet ihn mit der Familie **Thomas Mann**. Die von ihm fertiggestellte japanische Übersetzung „Josef und seine Brüder" in vier Bänden wird demnächst in Japan erscheinen. Für seine großen Verdienste um die deutsch-japanische Freundschaft wurde Oshio 1978 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen. Professor Oshio ist gleichzeitig als Gesandter der Japanischen Botschaft in Deutschland akkreditiert. Diese Kombination ist bisher einmalig in der japanischen Außenpolitik. Das Japanische Kulturinstitut möchte durch Vorträge und Ausstellungen die Kultur seines Landes an die Deutschen vermitteln.

SPORTPOLITIK

Samaranch hörte auf Willi Daume

dpa, Lausanne

Eine Woche vor der Eröffnung der 90. Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Ost-Berlin scheint es, als sei das brisanteste Thema dieser Sitzungen bereits im Vorfeld entschärft. „Ich habe Samaranch dringend davon abgeraten, über die Altersbegrenzung in einigen Sportarten bei Olympischen Spielen schon jetzt abstimmen zu lassen", sagt Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland. Samaranch sei damit einverstanden.

Nicht nur für Daume überraschend hatte das IOC-Exekutivkomitee Anfang des Jahres in Calgary beschlossen, die Spiele 1988 in Seoul und Calgary im Fußball, Tennis und Eishokkey für Profis bis zu 23 Jahren zu öffnen. Samaranch wollte diese Entscheidung schon in Ost-Berlin durch die Vollversammlung absegnen lassen. „Die Dinge müssen erst ausreifen", meint dagegen Daume. Es sei auch eine Frage der unterschiedlichen Interessenlage der verschiedenen Fachverbände.

VOLLEYBALL

Bei EM wieder einmal nicht dabei

dpa, München

Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Herren wird abermals nicht an der Europameisterschaft teilnehmen. Mit einer 2:3-Niederlage gegen Rumänien verpaßte das junge Team von Bundestrainer Zbiegniew Jasiukiewicz in der Qualifikation in Wien einen der beiden notwendigen vorderen Plätze. Rumänien und Griechenland nehmen im Herbst an der EM in Holland teil.

„Das ist wirklich keine Schande gegen Mannschaften wie Rumänien zu verlieren", kommentierte Verbands-Präsident Roland Mader das erneute Scheitern, „ich ärgere mich nur wie verrückt, daß unsere Mannschaft schon im Auftaktspiel mit der nicht eingeplanten 2:3-Niederlage gegen die Türkei ihre Chance vertan hat." Kein Vorwurf traf den polnischen Bundestrainer, der in knapp zwei Jahren auch keine Wunder bewirken konnte.

EUROPAPOKAL

Juventus lockt mit Super-Prämie

dpa/sid, Brüssel

Ganz Europa schaut zu, Südamerikas Fernsehstationen sind ebenso dabei wie die Australiens, das 60 000 Besucher fassende Heysel-Stadion in Brüssel ist selbstverständlich ausverkauft: Das Endspiel im Fußball-Europapokal der Landesmeister heute abend (20.15 Uhr) ist ein Traumfinale, das neue Maßstäbe setzt. Juventus Turin, die teuerste Mannschaft der Welt, fordert den Pokal-Verteidiger FC Liverpool.

Seit 1977 gewannen die Engländer viermal die begehrteste Trophäe des europäischen Fußballs. Die Italiener erhoffen nach zwei gescheiterten Anläufen 1973 und 1983 den ersten Triumph. Mit einem neuerlichen Erfolg wäre Liverpool endgültig Europas Fußball-Hauptstadt. Denn der lokale Erzrivale FC Everton gewann bereits den Pokal der Pokalsieger – und die englische Meisterschaft dazu. Zwei Europacupsieger aus einer Stadt – das gab es noch nie.

Dieses Novum will Turin um jeden Preis verhindern. 80 000 Mark Siegprämie soll die hinter Juventus stehende Agnelli-Familie (Fiat) für jeden Spieler ausgesetzt haben. Die Hoffnungen liegen besonders auf dem Ausländer-Duo Michel Platini aus Frankreich und Zbigniew Boniek aus Polen. „In guter Form terrorisieren die beiden jeden Gegner", konstatierte Chalana, der portugiesische Star des französischen Meisters Girondins Bordeaux, nach dem verlorenen Europacup-Halbfinale.

Für Boniek ist dieses Finale voraussichtlich das letzte Spiel für Turin. Er wird von Real Madrid umworben. Die Italiener ihrerseits sollen schon 15 Millionen Mark für Liverpools Torjäger Ian Rush geboten, sich zumindest das Vorkaufsrecht gesichert haben. Aber noch ist der 23jährige für seinen englischen Klub tätig und Turins Trainer Giovanni Trapattoni bekundet Respekt: „Ihn fürchten wir am meisten."

Bei Londons führenden Buchmachern ist Juventus Turin leichter Favorit, und 30 000 italienische Schlachtenbummler wollen ihren Klub in dieser Rolle unterstützen. Mehr Sorgen bereiten den Organisatoren die 7000 als besonders rabiat geltenden englischen Fans. Während des Finales wird deshalb ein Haftrichter im Heysel-Stadion sitzen, um an Ort und Stelle über Festnahmen zu entscheiden.

LEICHTATHLETIK / 800-m-Weltmeister versucht heute ein Comeback auf einer neuen Distanz

Willi Wülbeck hat sich den Erfordernissen des Arbeitsmarktes angepaßt – nun läuft er 1500 m

Willi Wülbeck gehörte 1983 bei der ersten Weltmeisterschaft der Leichtathleten in Helsinki zu den Gewinnern, mit denen niemand gerechnet hatte. Zehn Mal wurde er deutscher Meister über 800 Meter in Folge, der international größte Erfolg gelang ihm aber erst in Helsinki. Auf eine Teilnahme an den Olympischen Spielen mußte der Oberhausener notgedrungen wegen einer Verletzung verzichten. Schlimmer noch: Seine Karriere schien beendet. Nun aber kehrt der Läufer von den Arztpraxen auf die Tartanbahn zurück. In Aachen versucht er heute ein Comeback auf internationaler Ebene. Allerdings auf der 1500-m-Strecke. Er trifft auf den Holländer Rob Druppers, der in Helsinki die Silbermedaille gewann.

ULLA HOLTHOFF, Bonn

Er läuft wieder. Monatelang von Schmerzen und Ungewißheit gequält, zwischen Hoffen und Bangen in den ausgelaugten Körper hineingehorcht, die Olympischen Spiele wehmütig von der Tribüne aus verfolgt – doch jetzt kehrt Willi Wülbeck aus den Arztpraxen auf die Tartanbahn zurück. Fast zwei Jahre lang hat er keinen ernsthaften Wettkampf bestreiten können. Doch jetzt, inzwischen 30 Jahre alt, nimmt der Läufer Willi Wülbeck neuen Anlauf. In gewohnter Umgebung, aber auf neuer Distanz. Der Weltmeister von 1983 über 800 m will künftig 1500 m laufen, denn „die Leistungsexplosion über 800 m hat mich erschreckt". Während der langen Verletzungspause (Achillessehnenreizung, Kniebeschwerden), ist ihm die Konkurrenz mit Riesenschritten enteilt – mit dieser Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Mittelstreckenlauf hat der Weltmeister nicht Schritt halten können.

Um der drohenden Arbeitslosigkeit zu entgehen, hat er sich nach einem neuen Betätigungsfeld umgesehen. Mit der nötigen Flexibilität, die im modernen Berufsleben gefordert ist. Weil die Aussichten im ursprünglich angestrebten bürgerlichen Beruf als Sport- und Biologielehrer ebenso desillusionierend sind wie im jahrzehntelang praktizierten Beruf als 800-m-Läufer, ist Willi Wülbeck umgestiegen. Er hat sich den Erfordernissen des Arbeitsmarktes angepaßt, so wie es typisch ist für die Menschen aus seiner Region.

Aus dem Ruhrgebiet stammt er. Geboren und wohnhaft in Oberhausen-Sterkrade, startberechtigt für den TV Wattenscheid. Das Revier zwischen Zechen und Hochöfen ist seine Heimat, Trainingsplatz und Arbeitsstätte. Doch ebenso wie Willi Wülbeck, hat auch das Ruhrgebiet Probleme. Identitätsprobleme. Verursacht durch Zechensterben, Arbeitslosigkeit und Stahlkrise. Das Revier verlor in den letzten Jahren nicht nur einen Teil seiner Wirtschaftskraft, sondern auch den Menschen, der zum Symbol der Region wurde: den Kumpel. Er hieß Anton oder Willi, war Bergarbeiter auf Sachsen oder Helene, züchtete Tauben oder Kaninchen, ging regelmäßig auf Schalke oder Borussia und war außerdem bescheiden, ehrlich, pünktlich und fleißig. Rund 500 000 Kumpel lebten zur Wirtschaftsblüte im Revier, heute sind es noch knapp 90 000. Und ihre Zahl nimmt weiter ab. Mit jedem Kumpel verliert das Ruhrgebiet einen Teil seiner Unverwechselbarkeit.

Doch seine Einwohner wissen Rat. Sie machten aus der Not eine Tugend, trachteten sie doch schon lange danach, dem Ruhrgebiet ein neues, angemessenes positives Image zu verleihen. Wobei sich der Kommunalverband Ruhr (KVR) und der Verein „pro Ruhrgebiet" besonders hervortun. Es gilt zu zeigen, daß das Ruhrgebiet mehr zu bieten hat als Bergbau, Bier und Borussia. Was durch Bürger wie Willi Wülbeck bewiesen wird.

Er ist ein typischer Charakter dieser Region, eine „starke Persönlichkeit in fast antikem Sinne", befanden die Trendsetter des Reviers und verliehen ihm als erstem Sportler den Titel „Bürger des Ruhrgebiets".

Seit 1981 wird diese Auszeichnung verliehen. An Bürger, die „im und für das Revier leben" und als „beispielhaft für den Menschenschlag dieser Region" gelten. Willi Wülbeck ist ein Beispiel, gar ein Vorbild. Zehnmal in ununterbrochener Folge Deutscher Meister über 800 m, zweimal Weltcup-Sieger, einmal Weltmeister. Und trotzdem noch „ein Mensch wie du und ich", einer, der „auf dem Teppich bleibt, auch wenn er ganz oben ist. Ein Idol und der nette Kollege von nebenan", wie Hermann Heinemann, der Chef des mächtigen SPD-Bezirks Westliches Westfalen, in seiner Laudatio formulierte.

Unauffällig, schlaksig, blaß, stets freundlich, aber ein wenig wortkarg, das Herz auf dem rechten Fleck, ausdauernd, zäh und strebsam – so entspricht Willi Wülbeck den Idealvorstellungen eines fairen Sportlers und des typischen Reviermenschen. Bodenständig und sich selbst treu. Willi Wülbeck ist keiner von denen, die frischen Ruhm im Sportwagen spazierenfahren und unter Sonnenbankbräune mit gestählten Muskeln protzen wie Jürgen Hingsen aus der Nachbarstadt Duisburg.

Auch als Weltmeister trainiert Willi Wülbeck weiterhin im Stadtwald in Essen, in der Haard in Recklinghausen, im Gebiet der Sechs-Seen-Platte, im Wedau-Park in Duisburg oder daheim im Revierpark Mattlerbusch. Im Training hat er die idyllischen Gegenden des Ruhrgebiets kennengelernt und engagiert sich für deren Erhaltung. Er plädiert für umsichtigen Umgang mit der Natur, interessiert sich für Aktionen zur Walderhaltung und machte den Vorschlag, daß jeder Autokäufer gleichzeitig einen neuen Baum spenden sollte. Darüber hinaus hat er sich vom KVR einspannen lassen, möchte als Sportler seinen Beitrag dazu leisten, Vorurteile über das Ruhrgebiet abzubauen und will für die Idee werben, Olympische Spiele im Ruhrgebiet auszutragen.

Als Repräsentant des KVR und einer Sportartikelfirma ist sein Lebensunterhalt vorerst gesichert. Später will er sich noch um den sportlichen Nachwuchs im Ruhrgebiet kümmern. Doch zunächst steht das Comeback als Läufer an, auf das er sich „mit einer gewissen Konsequenz vorbereitet" hat. „Wenn es um die Wurst geht, muß ich vorne dabeisein. Sonst mache ich das nicht mehr." Er kniet sich nochmal richtig rein. Weil er es sich und anderen schuldig ist als typischer „Bürger des Ruhrgebiets".

STAND ● PUNKT / *Happels harte Welle – Kaltz und Groh raus*

Das 1:2 des Hamburger SV gegen Fortuna Düsseldorf hatte bei den Verantwortlichen das Faß zum Überlaufen gebracht. Auf Konsequenzen angesprochen, meinte Manager Günter Netzer gereizt: „Fragen Sie den Präsidenten." Der ließ sich nicht zweimal bitten: Lieber sollen Spieler mit langfristigen Verträgen fürs Nichtstun bezahlt werden, als ihnen weiter zu ermöglichen, das Publikum zu verprellen.

Wie immer fühlte sich selbstverständlich keiner von den Stars angesprochen. Manfred Kaltz, seit 1971 Profi in Hamburg, reagierte so, als sei es eine Frechheit, daß er gemeint sein könne: „Wer? Ich? Wieso ich?" Gestern wurde das, was sich Kaltz nicht im Traum vorstellen konnte, Wirklichkeit: Er und Jürgen Groh werden bei den beiden letzten Saisonspielen in Frankfurt und gegen Schalke nicht mehr dabeisein.

Endlich hat sich Trainer Ernst Happel einmal dazu durchgerungen, den doch satten Stars des Hamburger SV den Kampf anzusagen.

Präsident Klein formulierte es so: „Die Veränderung des Gesichts der Mannschaft ist schon deshalb notwendig, weil sich mit neuen Leuten auch die Erwartungshaltung der Leute verändert – das kann für uns im Moment nur gut sein. Wir machen einen Schnitt, der radikaler ist, als ihn sich manche Herren vorstellen."

Manfred Kaltz gehört ganz bestimmt zu denjenigen. Wenn er klug genug ist, kommt er bald zu der Feststellung, daß es eben nicht reicht, nur seinen Namen spazierenzuführen. Gerade bei seinem Gehalt und bei seinem Können müßte er Vorbild sein und nicht das Beispiel dafür, daß der Niedergang des HSV noch nicht gebremst ist. DW.

NACHRICHTEN

Heute: Fußball-Bundesliga

Kaiserslautern (dpa) – Im letzten Nachholspiel der Fußball-Bundesliga muß heute der deutsche Pokalsieger Bayer 05 Uerdingen beim 1. FC Kaiserslautern antreten. Das Spiel beginnt bereits um 18.00 Uhr.

Schalke will Kienast

Wien (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Schalke 04 ist an der Verpflichtung von Reinhard Kienast vom Europapokal-Finalisten Rapid Wien interessiert. Der 26 Jahre alte Vorstopper bestritt vier Länderspiele für Österreich.

Outsider führt weiterhin

Helgoland (sid) – Die „Outsider", eine vom Hamburger Joachim Griese gesteuerte Jacht des Kielers Tilmer Hansen, verteidigte auch bei der dritten Qualifikations-Regatta für den diesjährigen Admiral's Cup ihre Führung im Gesamtklassement erfolgreich. An zweiter Position liegt die „Rubin" des Hamburgers Hans-Otto Schürmann.

Zielonka ausgeschieden

Budapest (sid) – Der Olympia-Dritte Manfred Zielonka aus Düren ist im Achtelfinale der Europameisterschaften der Amateur-Boxer in Budapest ausgeschieden. Der 25jährige Halbmittelgewichtler unterlag mit 0:5 Richterstimmen gegen den Bulgaren Mihail Takov.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Frankreich in Paris, erste Runde, Herren: Becker (Deutschland) – Gerulaitis (USA) 6:3, 6:7, 6:1, 6:1, Carlsson (Schweden) – Westphal (Deutschland) 6:2, 6:1, 6:3. – Damen, erste Runde: Sukova (CSSR) – Pfaff (Deutschland) 6:2, 6:1.

GOLF

Deutsche Junioren-und Jugend-Meisterschaften in Hamburg-Ahrensburg (Par 71): Junioren (bis 21 Jahre): 1. Schieffer (Hubbelrath) 70+73+70+74=287, 2. Strüver (Hittfeld) 74+76+77+72=299, 3. Eckstein (St. Dionys) 76+77+71+80=304. – Juniorinnen: 1. Koch (Hannover) 70+73+76=219, 2. Lampert (Kronberg) 74+77+76=227, 3. Möllhoff (Recklinghausen) 77+78+79=234.

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Dynamo Dresden – Waldhof Mannheim 3:1.

GEWINNZAHLEN

„**6 aus 45**": 6, 14, 15, 19, 21, 43, Zusatzspiel: 9. (Ohne Gewähr)

Hans Schackow

* 16. 11. 1911 † 25. 5. 1985

Fast 30 Jahre lang hat Hans Schackow als Teilhaber und Geschäftsführer die Entwicklung unseres Unternehmens entscheidend geprägt.

Seine ständige Sorge galt dem Wohl der Firma und ihrer Mitarbeiter; Führen hieß für ihn Vorbild sein.

Er war im besten Sinne ein unternehmender Mensch, seine unbändige Schaffenskraft, sein Optimismus und seine schöpferische Vielseitigkeit wirkten inspirierend.

Wir verlieren in Hans Schackow einen Partner und Freund, dem wir alle viel verdanken.

RÖHLIG & Co. (GmbH & Co.)
Bremen – Hamburg
Gesellschafter, Geschäftsleitung und Mitarbeiter

In seinem Sinne wäre eine Spende an den Verein Komitee Cap Anamur/Deutsche Notärzte e. V., Stadtsparkasse Köln, Konto 222 2222, BLZ 370 501 98.

Die Trauerfeier ist am Freitag, dem 31. Mai 1985, um 12.30 Uhr in der Kapelle des Riensberger Friedhofes in Bremen.

Wolfgang Ohle
† 9. Mai 1985

Aufrichtigen Dank sagen wir allen, die meinem lieben Mann durch Blumen, Kränze, Karten und Worte ihre Anteilnahme bekundeten.

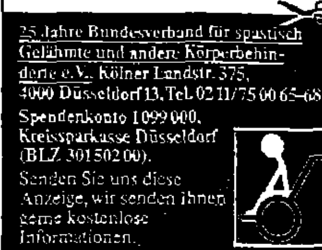
Lilli Ohle
und Familie

2000 Wedel/Holstein
im Mai 1985









Warschau geht gegen mißliebige Forscher vor

Reaktion auf Solidarisierung mit entlassenem Historiker

DW. Warschau

In Polen wird zur Zeit ein neues Kapitel restriktiver Kulturpolitik geschrieben. Für mehrere hundert polnische Gelehrte sind die Forschungsaufträge im Ausland für unbestimmte Zeit gestrichen worden, weil sie einen Protest gegen die Entlassung des Historikers Professor Bronislaw Geremek, eines Walesa-Beraters, unterzeichnet hatten. Die französische Nachrichtenagentur AFP berichtete aus zuverlässiger Quelle, die Leiter mehrerer Forschungsinstitute in Warschau seien in einem Rundschreiben aus der Hand des Sekretärs der Akademie der Wissenschaften, Zdzislaw Kaczmarek, von der Maßnahme unterrichtet worden. 300 bis 400 Forscher dürften von dieser bislang beispiellosen Sanktion betroffen sein, hieß es in Universitätskreisen.

Das Schreiben Kaczmareks, von dem eine Abschrift AFP zuging, ist unmißverständlich. „Nach einer politischen Aktion mit Kundgebungscharakter an Ihrem Institut, die in der Unterzeichnung eines Protestes gegen die Entlassung Doktor Geremeks bestand, teile ich Ihnen mit, daß alle Forschungsaufträge im Ausland für die Institutsmitglieder, die an dieser Aktion beteiligt waren, suspendiert wurden", heißt es in dem Schreiben. Eine Abschrift davon ging auch an die Dienststelle für Auslandskooperation, die die Dienstreisepässe verteilt. Wie aus derselben Quelle verlautete, wurde der stellvertretende Leiter eines Geschichtsinstituts, Professor Tazbaczynski, wegen der Unterzeichnung des Protests entlassen. Doch geht, wie bekannt wurde, die Unterschriftensammlung an den Warschauer Forschungsinstituten unbeirrt weiter.

Professor Geremek, weltbekannter Spezialist für mittelalterliche Geschichte, hatte sein Entlassungsschreiben „ohne Begründung" am 26. April erhalten, dem Tag, an dem der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow in Polen zu Besuch war. Regierungssprecher Jerzy Urban erklärte später, Geremek sei seines Postens am Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften enthoben worden, weil er in einem Vortrag „antisowjetische Äußerungen" gemacht habe. Die Entlassung des Gelehrten nach nicht weniger als 30 Dienstjahren löste in Universitätskreisen, namentlich im gewählten Senat der Universität Warschau, eine Protestwelle aus.

Der Schritt des Regimes gegen den Historiker war offensichtlich die Reaktion auf die Tatsache, daß sich Geremek mit dem britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe während dessen Polen-Besuch im April getroffen hatte. Er galt seit langem als Kritiker der polnischen Führung. 1968 war Geremek aus Protest gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die CSSR aus der Kommunistischen Partei ausgetreten. Viele Vertreter des Regimes, darunter Vizepremier Rakowski, sahen und sehen in ihm einen geistigen Kopf von „Solidarität". Unmittelbar nach Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 wurde von stalinistischen Kräften eine eindeutig antisemitisch geprägte Diffamierungskampagne gegen ihn in Gang gesetzt: Der 53 Jahre alte Wissenschaftler ist Jude.

Im Mai 1983 wurde Geremek in seiner Wohnung in der Warschauer Altstadt verhaftet, ein Vorgang, der von der Regierung zwei Tage lang geheimgehalten wurde. Mit seiner Verhaftung, so hieß es damals, habe ein Intellektueller ohne persönliche Schutzmacht getroffen werden sollen. Eine andere Version besagte, die Festnahme des international angesehenen Historikers nur wenige Tage vor dem zweiten Papstbesuch in Polen sei als „vorübergehende Sanktion" zu betrachten. Man habe damit andere Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes beruhigen wollen, die wegen der Papstvisite verstimmt gewesen seien. Auch von einer „Stellvertreter-Rolle" Geremeks war die Rede. Denn eine Verhaftung des „Solidarität"-Führers Lech Walesa wäre vermutlich ein für Warschau unangenehmer und spektakulärer Vorgang gewesen. Also, so diese These, habe eine Persönlichkeit aus dem Beraterkreis des Arbeiterführers herhalten müssen. Bereits damals wurde ein verschärfter Druck auf die Intellektuellen vorausgesagt. Er fand später in den Angriffen des Regimes auf die Autonomie der Hochschulen Ausdruck.

China: Kraftwerk im Tausch gegen Entsorgung?

AP/DW. Düsseldorf

Die deutsche Atomindustrie ist zuversichtlich, bis zum Ende dieses Jahres mit China einen langfristigen Entsorgungsvertrag für ihren Atommüll abschließen zu können. Nach Gesprächen mit einer Delegation des chinesischen Nuklearministeriums, die sich bis zum vergangenen Samstag drei Wochen lang in der Bundesrepublik Deutschland aufhielt, erklärte die Geschäftsführung der Firma Internuklear gestern in Düsseldorf, sie rechne in den nächsten Tagen als Vorstufe zu den Entsorgungsverträgen mit „konkreten Absichtserklärungen". Die Internuklear ist nach eigenen Angaben eine neugegründete Servicegesellschaft für internationale Entsorgung.

Der stellvertretende Geschäftsführer Gustav Hildenbrandt sagte, bei der geplanten Entsorgung des deutschen Atommülls durch die Chinesen handele es sich um ein Kompensationsgeschäft. Als Gegenleistung sei die Lieferung eines Kernkraftwerkes nach China durch die Kernkraftwerks Union (KWU) im Gespräch. Die Größenordnung dieses Auftrages beläuft sich nach Angaben der Internuklear auf rund vier Milliarden Mark.

Wegen ihres offenkundigen Devisenmangels hätten die Chinesen zur Begleichung dieses Betrages neben der Lieferung von Natururanen und Buntmetallen bei ihren jüngsten Gesprächen in der Bundesrepublik Deutschland auch die Entsorgung von bestrahlten Brennelementen angeboten, berichtete Hildenbrandt. Zwischen der Lieferung des Kernkraftwerkes und dem angestrebten Entsorgungsvertrag bestehe ein unmittelbarer Zusammenhang. „Das eine geht nicht ohne das andere", erklärte der Geschäftsführer der Internuklear.

Bei dem bevorstehenden Besuch des chinesischen Premierministers Zhao Ziyang in Bonn vom 8. bis 16. Juni soll auch über die Kooperation im Kernenergiebereich verhandelt werden. Im Vordergrund der chinesischen Nuklearpläne steht zunächst der Bau von zwei Kernkraftwerksblöcken in Ostchina.

Reagan gibt den Startschuß zur „zweiten amerikanischen Revolution"

Umfangreiche Pläne zur Steuerreform / Tauziehen mit den Demokraten um den Mittelstand

FRITZ WIRTH, Washington

Präsident Ronald Reagan hat in einer Fernsehrede Pläne für eine Steuerreform vorgelegt. Sie soll eine der wichtigsten innenpolitischen Initiativen seiner zweiten Amtszeit werden. Reagan selbst hat diese Reform wiederholt den „Startschuß zur zweiten amerikanischen Revolution" genannt, die er vor vier Monaten in seiner Inaugurationsrede angekündigt hatte.

Hauptziel dieser Reform ist es, das gegenwärtige, höchst komplizierte amerikanische Steuersystem einfacher und fairer zu machen. Die Reform, die Reagan bekanntgab, ist eine bereits revidierte Form einer neuen Steuergesetzgebung, die die amerikanische „Treasury" vor einem knappen halben Jahr vorlegte.

Sie wird mindestens für den Rest dieses Jahres den amerikanischen Kongreß beherrschen, der im Mittelpunkt einer gigantischen Lobby-Attacke jener Industrien stehen wird, die durch diese Reform am schwersten getroffen werden, vor allem der Öl-, Versicherungs- und Bauindustrie.

Das „Timing" dieser Reform, die fast alle Präsidenten der letzten drei Jahrzehnte angestrebt hatten und weitgehend damit scheiterten, ist bedeutsam. Sie gibt Präsident Reagan, der in den letzten Monaten in einer Reihe von politischen Auseinandersetzungen wie der Bitburg-Affäre, der Debatte über das MX-Raketenprogramm und der von ihm angestrebten Militärhilfe für die „Contras" in Nicaragua in die Defensive gedrängt worden war, die Möglichkeit, wieder in die Offensive zu gehen.

Er will sich noch im Laufe dieser Woche in zwei öffentlichen Auftritten direkt an den amerikanischen Bürger wenden und damit die Demokraten, die seit der letzten Präsidentenwahl ein gestörtes Verhältnis zu Steuerfragen haben, daran hindern, diese Reform zu ihrem Thema zu machen.

Der Erfolg dieser Reform ist bedeutsam, weil im nächsten Jahr Wahlen für den Kongreß bevorstehen. Obwohl Einzelheiten der Reform erst heute in einem 400-Seiten-Dokument vorgelegt werden, ist bereits deutlich geworden, daß diese Reform zugleich ein Kampf um den amerikanischen Mittelstandsbürger ist. Er zählt neben jenen, die an der Armutsgrenze leben und künftig von Einkommensteuern befreit werden sollen, zu den Nutznießern dieser Reform.

Die große Frage ist, in welchem Maße es dem Kongreß gelingt, bei den bevorstehenden Diskussionen dieser Reform, die voraussichtlich bis zum Ende dieses Jahres dauern werden, bevor die Vorschläge Gesetzesreife haben, dem Druck jener Industrielobbyisten standzuhalten, die angetreten sind, die Grundstruktur dieser Reform zu ändern.

Die Demokraten selbst befinden sich in einer schwierigen Situation. Sie haben das Image einer „Besteuerungspartei", die im letzten Jahr mit Mondales Ankündigung, die Steuern zu erhöhen, eine Wahlkatastrophe erlitt. Sie sind deshalb bestrebt, in den kommenden Monaten in der Debatte über die Reform dieses Image loszuwerden. Ihre Grundeinstellung zu der Reform ist deshalb positiv.

Zu einer Schlüsselfigur der Demokraten in den Auseinandersetzungen dürfte Dan Rostenkowski, der Vorsitzende des Finanzausschusses im Repräsentantenhaus, werden. Er sieht dies als eine Chance, sich selbst für das Amt des Sprechers des Repräsentantenhauses zu profilieren, wenn der gegenwärtige Sprecher Thomas O'Neill abtreten wird.

Rostenkowski ist für Ronald Reagan in den kommenden Monaten ein robuster Gegner, dem jedoch taktisches Geschick fehlt und der in der Vergangenheit bei Steuerdiskussionen von der Reagan-Administration wiederholt ausmanövriert wurde.

Fortschritte bei Korea-Gesprächen

dpa, Seoul

Zum ersten Mal seit zwölf Jahren haben Delegationen des Roten Kreuzes aus beiden Teilen Koreas in Seoul über Möglichkeiten der Familienzusammenführung gesprochen. Beide Seiten unterbreiteten Vorschläge, den etwa zehn Millionen Koreanern, die ihre Verwandten seit dem Ende des Korea-Krieges 1953 nicht mehr gesehen haben, Kontakte zu ermöglichen. Während Südkorea vorschlug, in Panmunjon einen Treffplatz zu eröffnen, an dem Verwandte miteinander sprechen können, forderte Nordkorea „freie Reisemöglichkeiten" über die Grenze hinweg.

Peking druckt Lob Schmidts für Deng

dpa, Peking

Im Vorfeld des Besuchs von Ministerpräsident Zhao Ziyang im Juni in Bonn hat die parteiamtliche „Volkszeitung" gestern einen Zeitungsartikel des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD) über den wirtschaftlichen Reformkurs in China nachgedruckt. Darin bezeichnet Schmidt die von Chinas starkem Mann, Deng Xiaoping, eingeleiteten Reformen als „das größte Experiment aller bisherigen Wirtschaftsgeschichte" und spricht sich für eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Aufbauprogramm der Wirtschaft aus.

„Prawda" würdigt Stalinisten

DW. Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat das „Werk" von Nikolai Krylenko, dem Hauptankläger der stalinistischen Schauprozessen in den 20er und 30er Jahren, gewürdigt. Krylenko habe, so das Blatt, einen „großen Beitrag für die sozialistische Justiz" geleistet. Aus dem Kommentar geht auch hervor, daß in Moskau aus Anlaß des 100. Geburtstages von Krylenko eine Feierstunde veranstaltet worden ist. „Prawda" erwähnt nicht, daß Krylenko, der zwischen 1918 und 1922 auch Ankläger bei den Revolutionsgerichten war, der großen Säuberung 1938 zum Opfer fiel.

In Hongkong bleiben Zweifel an Pekings Zusagen

gtm, London

Mit der Ratifizierung des Ende vergangenen Jahres zwischen London und Peking ausgehandelten Hongkong-Vertrages ist nun für die britische Kronkolonie die letzte Etappe vor deren Rückkehr zur chinesischen Oberhoheit im Jahre 1997 eingeleitet worden. Damit dürften auch die besten Voraussetzungen für den Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang vom 2. bis 8. Juni in London geschaffen worden sein.

In der jetzt anlaufenden Übergangsphase werden zwei gemischte Ausschüsse die Einhaltung des Vertrages überwachen. Die wichtigste, die zehnköpfige Kontaktgruppe, wird sich im Juli erstmals in London treffen. Die Berufung eines britischen Mitgliedes – Eric Ho, Hongkongs Handels- und Industrieminister – war in Peking auf Widerstand gestoßen. Ho besaß lediglich einen Hongkong-Paß (und einen neuseeländischen) aber keinen britischen. Da die Chinesen keine Hongkong-Bürger als Verhandlungspartner anerkennen – sie betrachten sich selbst als deren Repräsentanten – konnten sie Eric Ho auch in der britischen Delegation nicht dulden, während London auf ihn als Gatt-Spezialisten nicht verzichten wollte. Um das Problem zu lösen, gab ihm der Innenminister nun auch noch einen dritten, britischen Paß.

Der Fall Ho ließ in der Kolonie erneut Zweifel wach werden, ob Peking bereit und in der Lage ist, Hongkong, von 1997 an „Spezielle Verwaltungsregion Chinas", mit Beibehaltung seiner kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu administrieren. In den vergangenen Monaten erlebten Börse und Immobilienmarkt zwar einen erneuten Aufschwung, gleichzeitig mehren sich hier jedoch die Stimmen, die Hongkongs Zukunft als drittgrößtes Finanzzentrum der Welt ernsthaft in Gefahr sehen.

Vorige Woche erklärte Portugals Präsident Ramalho Eanes, daß Lissabon 1986 mit Peking Verhandlungen über die Rückgabe der portugiesischen Kolonie Macao aufnehmen wird. Die Chinesen streben einen ähnlichen Zeitplan wie für Hongkong an. Eanes ist das erste Staatsoberhaupt Portugals, das der Kolonie einen Besuch abstattete.





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tageschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 28,30 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Markt der Arbeit

hdt. – Auch bei der derzeitigen Lage auf dem Arbeitsmarkt mit seiner unverändert hohen Zahl von Arbeitslosen gibt es immer wieder Unternehmen, die offensichtlich lieber Überstunden machen, anstatt zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Bei der Kritik wird jedoch übersehen, daß der Zwang der Verhältnisse oft keine andere Lösung zuläßt.

Ein Beispiel dafür ist die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt im ostwestfälischen Bielefeld. Hier steht einer derzeitigen Arbeitslosenquote von 10,9 Prozent eine teilweise sogar sehr gute Beschäftigungslage der Metallindustrie gegenüber. Manche dieser Betriebe wären durchaus bereit, neue Facharbeiter einzustellen, wenn es sie gäbe.

Die Ursachen für diese Misere liegen nicht zuletzt in der Struktur der Arbeitslosen, von denen in der Region zwar zwei Drittel gewerbliche Arbeitnehmer sind, davon jedoch fast die Hälfte Ungelernte. Auch die altersmäßige Struktur der Arbeitslosen spielt eine Rolle und zusätzlich zumindest nach Meinung der Arbeitgeber auch der Faktor Entwöhnung. Daher versuchen immer mehr Unternehmen, ihren zusätzlichen Mitarbeiterbedarf über den Stellenmarkt in den Tageszeitungen abzudecken, letztlich also durch Abwerbung aus anderen Betrieben, die Arbeitslosen „stehen weiterhin draußen vor".

Wenig positiven Einfluß hat übrigens die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden ausgeübt. Mehr versprechen sich die Arbeitgeber dagegen von der neuen Möglichkeit, in Zukunft befristete Arbeitsverträge abzuschließen, von denen manche zu unbefristeten führen könnten.

Trauriger Rekord

hg – Alle reden von Aufschwung, doch für manche kommt er zu spät: Die Zahl der Konkurse hat, wie die Hermes Kreditversicherung mitteilt, im vergangenen Jahr einen „traurigen Rekord" erreicht. Noch ist kein Ende in Sicht. Besonders betroffen ist das Bauhauptgewerbe; hier stieg die Zahl der Firmenpleiten im ersten Quartal 1985 um 25 Prozent auf 684 Fälle. Nun will die Bundesregierung zwar helfen, aber ob das viel nützt, ist eine andere Frage: Erstens kann sie keine Gemeinde zwingen, die Haushaltsumsätze für Bauinvestitionen voll auszuschöpfen, und zweitens hat bisher noch kein Programm, sei es nun für Zukunftsinvestitionen oder in der Stadterneuerung oder beim Umweltschutz, auf Dauer Arbeitsplätze gesichert. Nach kurzem Aufflackern wird sich der Trend wieder durchsetzen, und der weist eindeutig auf Kapazitätsabbau. Leider folgt auf fast jede Baupleite eine Neugründung, oft sogar noch öffentlich gefördert. Der Staat täte schon viel, wenn er dies unterließe.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT / Eine Untersuchung des Instituts der Wirtschaft

Die deutschen Unternehmen sind am höchsten mit Steuern belastet

PETER JENTSCH, Bonn

Im internationalen Wettbewerb sind die deutschen Unternehmen durch die hohe Steuerbelastung in der Bundesrepublik erheblich benachteiligt. Mit einer Gewinnsteuerbelastung von knapp 70 Prozent haben sie gegenüber ihren acht wichtigsten Auslandskonkurrenten die höchste Steuerbürde zu tragen. Das stellte jetzt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in einer Analyse der Unternehmensbesteuerung in den acht wichtigsten Industrieländern fest.

Das im internationalen Vergleich „konkurrenzlos hohe Niveau" der steuerlichen Belastung deutscher Kapitalgesellschaften erklärt das IW mit der Kumulationswirkung teilweise in anderen Staaten unbekannter Unternehmenssteuern sowie mit der relativ hohen Körperschaftssteuer. Hinzu komme, daß die Bundesrepublik als einziges Land einbehaltene Gewinne höher belaste als ausgeschüttete.

Aus der Studie ergibt sich, daß deutsche Unternehmen bei der Thesaurierung der Gewinne mit 56 Prozent die mit Abstand höchste Körperschaftssteuerbelastung zu tragen haben. Der geringste Wert wird mit 34,9 Prozent für die Schweiz registriert. Zwar schneide die Bundesrepublik im Belastungsvergleich bei Vollausschüttung der Gewinne mit einem Steuersatz von 50 Prozent am günstigsten ab. Diese steuerliche Bevorzugung der Ausschüttung sei aber nur so lange kein Nachteil, wie der Kapitalmarkt effizient arbeite. Bei Engpässen insbesondere in konjunkturell schwierigen Zeiten stehe die höhere steuerliche Belastung der einbehaltenen Gewinne einem angemessenen und schnellen Kapitalrückfluß in die Unternehmen im Wege. Bei der derzeit schlechten Eigenkapitalausstattung und zugleich hohem internationalen Zinsniveau wirke sich das erheblich nachteilig auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit aus.

Unter Berücksichtigung der Kumulationswirkung typischer Unternehmenssteuern und unter Beachtung ihrer partiellen Anrechenbarkeit untereinander kommt das IW zu folgendem Ergebnis: Die Kumulation verschiedener Steuern (Vermögens-, Gewerbekapital-, Gewerbeertrags- und Körperschaftssteuer) reduziere den Nettogewinn nach Steuern auf 30,33 Prozent. Anders ausgedrückt: Die Gewinnsteuerbelastung deutscher Unternehmen beträgt 69,67 Prozent – eine Spitzenbelastung im internationalen Vergleich (Frankreich 64 Prozent, Japan 60,27, Schweiz 60,96, Schweden 57,4, USA 53,8, Niederlande 48 und Großbritannien 45 Prozent).

Unter den verglichenen acht Industriestaaten liegt die Bundesrepublik nach der IW-Analyse mit einer Steuerquote von 23,7 Prozent nur auf Rang fünf. Berücksichtigt man aber die unterschiedliche Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (das Gesundheitswesen in Großbritannien wird ausschließlich über Steuern finanziert) und vergleicht man die Gesamtabgabenquoten (Lohnnebenkosten der Betriebe), so erreicht die Bundesrepublik mit 39,8 Prozent die vierthöchste Quote. Die Spanne reicht von 27 Prozent in Japan bis 52,6 Prozent in Schweden.

Auch der Vergleich der unter Rentabilitäts- und Liquiditätsgesichtspunkten wichtigen Abschreibung für unbewegliches und bewegliches Anlagevermögen macht nach Darstellung des IW deutlich, daß deutschen Unternehmen bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns kein Ausgleich für die hohe Tarifbelastung gewährt wird. So liegt etwa das Steuerbelastungsniveau für die Investition von Betriebsgebäuden in Großbritannien um 51,7 Prozent unter dem deutschen Stand, die effektive Steuerbelastung bei beweglichen Anlagegütern um 72,6 Prozent über der Großbritanniens (gemessen an einer Maschine mit einer Nutzungsdauer von zehn Jahren).

Das IW zieht aus der vergleichenden Analyse den Schluß, daß die Bundesrepublik als „Höchststeuerland" einzustufen ist, und nennt Forderungen, die Tarifbelastung zu senken und die Unternehmenssteuerbelastung umzustrukturieren, berechtigt.

EG-AGRARPOLITIK

Auffassungen der Minister gehen noch weit auseinander

WILHELM HADLER, Brüssel

Denkanstöße für eine langfristige Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik hat ein informelles Treffen der Landwirtschaftsminister der EG geliefert. Die Beratungen in der toskanischen Stadt Siena ließen allerdings auch erkennen, daß die Auffassungen über die Zukunftsperspektiven der Landwirtschaft noch weit auseinandergehen.

Während Frankreich den Nachdruck auf Anstrengungen legt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrarexporte auf den Weltmärkten zu verstärken, betonte Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle vor allem die Notwendigkeit, die bäuerlichen Familienbetriebe in der EG zu unterstützen: Nach seiner Meinung wird es auch künftig darauf ankommen, die richtige Kombination von Preis- und Marktpolitik zu wählen. Die Aussage ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der deutschen Weigerung zu sehen, die Getreidepreise nennenswert zu senken.

Der italienische Ratspräsident Felippo Pandolfi hatte seinen Kollegen ein achtseitiges Grundsatzpapier vorgelegt. Darin wird die Notwendigkeit neuer mittel- und langfristiger Orientierungen für die Landwirtschaftspolitik u. a. damit begründert, daß die derzeitige Brüsseler Politik zu schweren Schwächen und Ungleichgewichten geführt habe. Es bestehe deshalb die Gefahr einer zunehmenden Renationalisierung der gemeinsamen Agrarpolitik, heißt es in dem Dokument. Die Anpassung sei eine notwendige Vorbedingung dafür, daß das Problem der Agrarausgaben „in einer eher verteidigungswürdigen Perspektive" gesehen werden könne.

Eingehendere Gedanken über die Ausrichtung der bevorstehenden Reformen hat sich bereits die EG-Kommission gemacht. Ihr für Agrarfragen zuständiger Vizepräsident Frans Andriessen berichtete über die ersten Überlegungen von sechs Arbeitsgruppen, die sich u. a. mit der Eingliederung der landwirtschaftlichen Gesellschaft, neue Verwendungsmöglichkeiten für Agrarerzeugnisse, alternative Produktionen sowie Umwelt- und Außenhandelsproblemen beschäftigt haben.

Die Kommission ist der Meinung, daß die Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik an die veränderten Notwendigkeiten ein kontinuierlicher Prozeß ist. Sie denkt nicht daran, die Grundlagen der bisherigen Politik in Frage zu stellen. „Die Richtung des Wechsels", heißt es in ihrem Bericht, „ist bereits durch die vom Rat in den letzten Jahren beschlossenen Maßnahmen vorgezeichnet worden."

Nach dem grundsätzlich positiven Echo der Minister will die Kommission bis zum Juni ein „Grünbuch" mit ersten Optionen für die Reform vorlegen, das mit den Berufsverbänden und den anderen EG-Institutionen diskutiert werden soll. Der Rat könnte sich dann frühestens am Jahresende mit den komplexen Problemen befassen.

Maklers Erwachen

Von HANS BAUMANN

Es war dem 50. Deutschen Maklertag vorbehalten, diesem Berufsstand die Augen endgültig zu öffnen. Die Zeiten sind vorbei, da man die Inflationsrate als Mittel der Navigation durch ein Jahr für Jahr anschwellendes Meer der Nachfrage nutzte. Nicht mehr der ganz normale Wunsch der Bürger, ein eigenes Dach über dem Kopf zu haben und vielleicht auch noch den Lebensabend ein wenig abzusichern, war fast jahrzehntelang Maxime des Immobilienmaklers, sondern Kapitalumschlag mit schneller – und möglichst hoher – Rendite. Makelei bekam in den vielen Jahren des Verkäufermarktes den Hautgout von Spekulation.

Der Schock ist komplett, daß Makelei kein Fischen mehr in ewig vollen Teichen ist. Die Inflation finanziert keine Objekte mehr. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen sind nicht mehr wie früher über Jahre hinweg zweistellig kalkulierbar. Die Überstunden von einst gehen nicht mehr in das Haushaltsbudget als sicherer Posten ein und Omas Rente wirft oft auch nichts für die Finanzierung der eigenen vier Wände ab.

So wurde auf dem Maklertag eine Frage gestellt, über die man vor wenigen Jahren noch gelacht hätte: Lohnt es sich überhaupt ein Haus zu kaufen, lohnt es sich, zu bauen? Der Präsident des Rings Deutscher Makler, Rudolf Hübenthal, stellte sie seinen Kollegen. Er gab auch gleich die allen Anwesenden bekannte Antwort: 70 Prozent würden das eigene Haus als die bevorzugte Wohnform wählen.

Und warum dann die simple Frage, die landauf, landab von den Bürgern gestellt wird? Sie sind verunsichert, weil der Markt ziemlich unverhofft eine Kehrtwendung machte, weil die Immobilie kein gottgewollter Wachstumswert mehr ist, bei dem man nur noch zuzugreifen braucht, um ihn in wenigen Jahren zu „besitzen". Nach drei Dezennien nimmermüden Preisauftriebs für Grundstücke wie für die Immobilie selbst, kam es am übersättigten Markt zu einer Vollbremsung, die so manches hoffnungsfroh begonnene Objekt unter den Hammer brachte. Die Preise standen still, der Inflationsschub verschwand, und nun orientieren sich die Preise deutlich neu.

Es ist ein sehr einfaches, aber doch sehr sprechendes Kriterium, daß auch die Makler selbst verunsichert sind, daß die Mark nicht mehr so schnell ins Haus kommt wie einst: Die Zahl der Beteiligten an den Maklertagen nimmt ab. Das große jährliche „Familienfest" des Berufsstandes mit einem geschätzten Umsatzvolumen von rund 40 Milliarden Mark in seinen besten Jahren zählt weniger Gäste.

Und wo der Gürtel enger geschnallt werden muß, wird die Idee des Wettbewerbs relevanter. Logisch also, daß die Makler nun gegen jene zu Felde ziehen, die meinen, daß sie das Maklergeschäft so wie am Rande mitnehmen könnten: Kreditinstitute. Da der Kuchen kleiner geworden ist, spürt man, daß die Finanziers wie im Tafelgeschäft Immobilien über den Tisch handeln. Und da sie über die Konten relativ nahe am interessierten Kunden sind, haben sie möglicherweise auch noch Aquisitionsvorteile.

Doch der Klageruf der Makler verhallt im Wald des Wettbewerbs, dem sie sich ja alle verschrieben haben. Jetzt können sie zeigen, ob sie in unserer arbeitsteiligen Wirtschaft besser sind als nebenbei makelnde Banker. Denn auch hier gilt die Weisheit, daß es den Alleskönner nicht gibt, und geriert sich einer doch als ein solcher, so stellt sich schnell heraus, daß er alles nur schlecht kann. Der Makler muß sich also dem härteren Wettbewerb im Käufermarkt stellen, er muß dem Interessenten, der in der Regel nur einmal im Leben zum Makler geht, klarmachen, daß er den Markt beherrscht und daß er sich bei ihm wie bei einem Notar aufgehoben fühlt.

Dies sollten die Makler nicht als Schelte verstehen, sondern als Aufruf, nun ihr Kennen und Können und ihren Service zum Wohle des Kunden spielen zu lassen. Denn wir haben es ja vermerkt, daß es lediglich die Verunsicherung ist, die den Markt blokckiert. Der Wunsch nach dem eigenen Heim geistert unvermindert durch des Bürgers Kopf.

Allerdings sind auch die Kreditinstitute aufgerufen, dort ihre Makelei einzustellen, wo sie sich mit der Finanzierung vermengt. Hier lauert die Gefahr der nicht mehr sachdienlichen Beratung und daher des Interessenkonfliktes. Selbstbeschränkung könnte hier die hellhörig gewordene Legislative wieder beruhigen.

AUF EIN WORT



„In unserem Jubiläumsjahr wollen wir mit der Präsentation des Intercity Experimental den Durchbruch zu einer neuen Geschwindigkeit einleiten. Reisen erhält eine neue Dimension. Die Eisenbahn schafft Verbindungen in neuer Qualität."

Dr. Reiner Gohlke, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn, Frankfurt FOTO: W. P. PRANGE

Leistungen sind gestiegen

pje. Bonn

Die Leistungen der Bundesrepublik an Entwicklungsländer sind 1984 netto um 612 Millionen Mark auf 18,5 Milliarden Mark gestiegen. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt betrug damit 1,06 Prozent (1983: 1,07 Prozent). Die von den Vereinten Nationen vorgegebene Marge von einem Prozent Entwicklungshilfe wurde damit auch 1984 übertroffen. Die Ausgaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit erhöhten sich im vergangenen Jahr um 2,5 Prozent. Dieser Steigerung standen von der Regierung nicht beeinflußbare Faktoren gegenüber, etwa die um 130 Millionen Mark höheren Tilgungen.

FLICK-PROZESS

Von aktuellen Projekten will Gericht nichts hören

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Die Entwicklung der Flick/Grace-Kooperation nach Rücknahme der „Steuerfreischeine" werde für die Entscheidung des Gerichts nicht wichtig sein, sagte Vorsitzender Richter Rüdiger Storch im Verwaltungsgerichtsprozeß Flick kontra Bundesrepublik am ersten Prozeßtag (WELT v. 28. 5.). Flick-Anwalt Wunderlich konnte nur andeuten, daß jeweils mit Grace die Flick-Tochter Dynamit Nobel 1984 eine US-Großinvestition in der Siliziumchemie begonnen und die Flick-Tochter Feldmühle gerade jetzt eine deutsche Großinvestition zum Bau einer Fabrik für Keramik-Abgaskatalysatoren in Kraftwerken beschlossen hat. „Die Kooperationsaktivität ist also da."

Sie hat allerdings vorwiegend andere Felder als die von Flick einst bei seinen Anträgen auf steuerneutrale Buchgewinn-Wiederanlage gemäß Paragraph 4 Auslandsinvestitionsgesetz aufgeführten Ideen mit dem US-Mischkonzern Grace. Daß jene allesamt nicht realisiert wurden, trug der Anwalt der Bundesregierung, Konrad Redeker, als Generalpunkt dafür vor, daß Bonn den für Flick 456 Millionen DM teuren Widerruf zum steuerneutralen Erwerb von Grace-Aktien zu Recht gemacht habe.

Zur Kardinalfrage, wie lange Kooperationsprojekte bis zur Realisierung dauern dürfen, ließ das Gericht noch keine Meinungsbildung erkennen. Statt dessen unternahm es ausführliche Tastversuche zur Klärung der ungeklärt gebliebenen Frage, was „internationale Arbeitsteilung oder verstärkte weltwirtschaftliche Verflechtung" im Sinne des hier relevanten Steueränderungsgesetzes von 1969 bedeuten oder nicht bedeuten.

GROSSBRITANNIEN

Japanische Handelspolitik stößt weiter auf Ablehnung

WILHELM FURLER, London

Unter britischen Politikern macht sich immer deutlicher eine antijapanische Stimmung breit. Einer der schärfsten Kritiker der zurückhaltenden japanischen Einstellung gegenüber Importen aus dem Ausland ist Handels- und Industrieminister Norman Tebbit. In einer Rede zum Jahres-Dinner des britischen Unternehmerverbandes CBI warnte der Minister Tokio, daß Japan noch vor dem Ende dieses Jahres mit protektionistischen Maßnahmen gegen seine Exporte zu rechnen habe, falls nicht umgehend „quantifizierbare Importziele" gesetzt würden.

Minister Tebbit beschuldigte Japan, „auf dem Rücken des offenen Handels-Systems" zu reiten und weit weniger dem offenen Handel zurückzugeben, als dies von den westlichen Industrieländern als fair erachtet würde. Behauptungen der Regierung in Tokio, sie sei um eine Reduzierung des Handelsüberschusses bemüht, seien schwerlich zu vereinbaren mit dem massiven Einsatz von direkten und indirekten Finanzhilfen wie „soft loans" beim Wettbewerb um internationale Aufträge.

Der Minister beschwor die japanische Regierung, klare Ziele für eine Reduzierung des Handelsüberschusses zu setzen. Ohne rasche Fortschritte bei dieser Zielsetzung könnte der Druck in den USA für einseitige Aktionen gegen japanische Waren noch im Laufe dieses Jahres unwiderstehlich werden. Ein solches Vorgehen gegen Japan würde wiederum „Parallel-Maßnahmen" in der Europäischen Gemeinschaft zur Folge haben; damit würde nämlich versucht werden zu verhindern, daß japanische Waren, deren Zugang zum amerikanischen Markt blockiert wäre, nach Europa umgeleitet werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mehr Insolvenzen

Hamburg (dpa/VWD) – Die Zahl der Konkurse und Vergleiche hat 1984 zugenommen. Nach Angaben der Hermes Kreditversicherungs AG, Hamburg, sind 1984 bei den Amtsgerichten 16 760 entsprechende Anträge - rund vier Prozent mehr als ein Jahr zuvor - eingegangen.

Rohstoffhandel ungünstig

München (dpa/VWD) – Der Welthandel mit Rohstoffen ist nach einer Untersuchung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, von der Menge als auch vom Preis her ungünstig. Die Nachfrage nach Rohstoffen nehme sehr viel langsamer zu als die Nachfrage verarbeiteter Produkte.

Neue Teuerungen in Israel

Jerusalem (dpa/VWD) – Die israelische Regierung hat eine drastische Benzinpreiserhöhung beschlossen. Außerdem wurde eine Reihe von Subventionen gekürzt. Mit diesen Maßnahmen soll Kaufkraft abgeschöpft werden, um die galoppierende Inflation in den Griff zu bekommen.

Norwegisches Öl billiger

Oslo (AFP) – Die staatliche norwegische Erdölgesellschaft Statoil hat eine Senkung der Erdölpreise bis zu einem halben Dollar pro Barrel beschlossen. Dies wurde in Oslo bekanntgegeben.

Agrareinkommen steigen

Bonn (pje.) – Die Einkommen der deutschen Landwirte werden sich durch den Brüsseler Agrarkompromiß von Mitte Mai rechnerisch um zwei bis drei Prozent verbessern. Nach Darstellung des Bundesernährungsministeriums steigt das landwirtschaftliche Stützpreisniveau durch die Beschlüsse um etwa ein halbes Prozent. Durch flankierende Maßnahmen wie die Senkung der Mitverantwortungsabgabe bei Milch ergebe sich aber ein Anhebungseffekt für das Erzeugerpreisniveau um 0,9 Prozent. Die tatsächliche Einkommensentwicklung könne jedoch von diesen Werten abweichen, weil die Marktkräfte den Preisverlauf entscheidend beeinflussten.

Italiens Schattenwirtschaft

Mailand (dpa/VWD) – Die „untergetauchte" oder Schattenwirtschaft ist am italienischen Bruttosozialprodukt mit rund einem Fünftel beteiligt, schreibt die Mailänder Wirtschaftswochenzeitung „Mondo Economico".

Börsenzulassung ruht

München (VWD) – Bis auf weiteres ruht die Börsenzulassung des Bankhauses Schneider & Münzing, München. Dies teilte der Vorstand der Bayrischen Börse mit. Die Entscheidung steht im Zusammenhang mit dem vorläufigen Veräusserungs- und Zahlungsverbot und die verfügte Schliessung des Kreditinstituts für den Verkehr mit der Kundschaft durch das Berliner Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen.

TV-Exportrekord Japans

Tokio (dpa/VWD) – Japan hat im April mit 833 000 ausgeführten Farbfernsehern seinen Export dieses Produkts um 71,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigern können. Die Lieferungen nach China stiegen um das 5,6fache auf 341 000, die in die USA um 41,2 Prozent auf 130 000. Die Lieferungen in die EG gingen nach einer Statistik des Herstellerverbandes um ein Prozent auf 60 000 zurück.

675 Mill. Frauen arbeiten

Paris (AFP) – Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) beziffert die Zahl der weiblichen Beschäftigten weltweit auf 675 Millionen. Das sind 34,6 Prozent der Arbeitskräfte insgesamt.

SCHMALENBACH-TAGUNG

Bilanzreform darf nicht die Abgabenlast erhöhen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit ungewöhnlichem regem Besuch und erwartungsgemäß zum guten Teil kontrovers haben die Mitglieder der Schmalenbach-Gesellschaft – Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft – auf ihrer Düsseldorfer Tagung die Folgen der neuen Rechnungslegungsvorschriften (4. und 7. EG-Richtlinie) für die deutschen Unternehmen diskutiert. Restlos einig war man sich nur in der (bisher berechtigten) Hoffnung, daß die Bilanzreform auch in ihrer endgültigen, vermutlich noch dieses Jahr kommenden Bonner Ausformulierung kein Anlaß zur Erhöhung steuerlicher Abgabepflichten werden dürfe.

Relative Einigkeit herrschte auch in dem Urteil, daß die neuen Richtlinien für Banken, Kapitalgeber und Anleger verbesserte Information für die Unternehmen schaffen. Kontrovers dagegen wurde insbesondere auch die Frage der Passivierungspflicht von Pensionsrückstellungen diskutiert. Für die Wirtschaftsprüfer forderte sie Prof. Karl-Hein Forster (Vorstand Treuarbeit AG) dringlich mit dem Hinweis, daß dabei allen Unternehmen einem (geschätzten) Soll von 160 Milliarden DM erst eine Rückstellungssumme von 120 Milliarden DM entspreche, und der Pensionssicherungsverein der Wirtschaft derzeit bereits 2,3 Milliarden DM Pensionspflichten kranker Unternehmen übernehmen mußte.

Kompromißformel der Tagung: Ringe sich da der Gesetzgeber nicht noch zu einer (bisher nicht vorgesehenen) Passivierungspflicht durch, so solle er das lieber überhaupt nicht gesetzlich regeln und der Rechtsfortentwicklung durch den Bundesgerichtshof überlassen.

TÜRKEI / Überraschend wurden die Verhandlungen mit dem IWF abgebrochen

Weitere Bankkredite jetzt ungewiß

E. ANTONAROS, Ankara

Die über zwei Monate dauernden Verhandlungen zwischen der Türkei und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über den Abschluß eines neuen zweijährigen Beistandsabkommens sind ergebnislos abgebrochen worden. Nun ist es so gut wie ausgeschlossen, daß die Türken, die seit 1980 mit dem Währungsfonds harmonisch zusammengearbeitet haben, in den Genuß eines Beistandskredits für 1985 kommen.

Die Gespräche in Ankara scheiterten, weil die Regierung von Turgut Özal nicht bereit war, die Wünsche der IWF-Experten zu erfüllen. Insbesondere ging es dabei um eine erhebliche Reduzierung des Haushaltsdefizits, das 1984 umgerechnet etwa 54 Mrd. DM, also knapp fünf Prozent des Bruttosozialproduktes, betragen hat, sowie um die Festsetzung von bescheidenen Wachstumserwartungen, weil durch Ankaras ehrgeizige Zielsetzung nach Ansicht des IWF die Inflation in die Höhe getrieben wird. 1984 hatte die Teuerungsrate 53 Prozent betragen.

Ankara hat dem IWF-Wunsch nach niedrigeren Wachstumsraten nicht nachkommen wollen, weil Özal die Ansicht vertritt, daß nur mit Hilfe eines forcierten Wachstumsrhythmus die sozialen Probleme der Türkei, insbesondere die 2,3 Prozent betragende Geburtenrate und die teilweise daraus resultierende Arbeitslosigkeit (zur Zeit bei knapp 20 Prozent), bewältigt werden können.

Der Streit zwischen der Türkei und dem Weltwährungsfonds hat zahlreiche westliche Beobachter in Ankara überrascht, weil Regierungschef Özal bisher als ein nahezu vorbehaltsloser Befürworter der IWF-Sanierungspraktiken galt.

Der Verlust des zunächst ins Auge gefaßten Beistandskredits in Höhe von 225 Mill. Dollar kann von Ankara mühelos verkraftet werden, weil die türkischen Staatsfinanzen sich inzwischen gut erholt haben.

Zwar mögen die Auslandsschulden weiterhin bei knapp 20 Mrd. und das Leistungsbilanzdefizit bei 1,4 Mrd. Dollar liegen. Ankara verzeichnet allerdings eine ständige Zunahme seiner Devisenreserven, die Mitte April 2,68 Milliarden Dollar (Ende 1982: 1,98 Mrd.) betrugen.

Dennoch hätte der Abschluß des Beistandsabkommens eine wichtige psychologische Bedeutung gehabt, und dies ist gerade der Hauptgrund gewesen, wieso die türkischen Wirtschaftsplaner die Einigung mit dem IWF wünschten: sie würde nämlich den kommerziellen Bankinstituten und zahlreichen westlichen Regierungen das grüne Licht für neue Kreditgewährungen an die Türkei geben.

(SAD)

US-ÖLINDUSTRIE / Kurzfristiges Gewinnstreben

Bohrungen eingeschränkt

dpa/VWD, New York

Die Mineralölgesellschaften der USA pumpen Milliarden Dollar in die Taschen ihrer Aktionäre; doch das kurzfristige Gewinnstreben, warnen Analysten, könnte den Weg in eine neue Energiekrise ebnen. Schnell nehmen die führenden Ölgesellschaften Restrukturierungen vor, indem sie sich gegenseitig schlucken, die eigenen Aktien zurückkaufen, unrentable Bereiche abstoßen und die Öl- und Gassuche drosseln.

Ziel ist, die Anteilseigner durch Dividendenerhöhung und Wertsteigerung zu umgarnen. Denn zufriedene Aktionäre stimmten den Wünschen des Managements eher zu und lehnten unerwünschte Übernahmeversuche ab. Die Strategie hat sich für die Anleger ausgezahlt. Obwohl mit weiteren Öl- und Gaspreissenkungen zu rechnen ist, haben Mineralölaktien in diesem Jahr mit 17 Prozent Anstieg weit über dem Börsendurchschnitt abgeschnitten.

Allerdings entstehen durch das Vorgehen der Konzerne auch Nachteile. Die Restrukturierung der Ölindustrie bei gleichzeitig niedrigeren Preisen hat zur Folge, daß die Bohrtätigkeit im Verlauf dieses Jahres bereits um 33 Prozent nachgelassen hat. Analysten befürchten, die Amerikaner werden deswegen gegen Ende des Jahrzehnts für ihre Energieversorgung wieder in größerem Umfang von den Ländern am Persischen Golf abhängig sein. Die heimische Produktion hatte 1970 ihren Höhepunkt erreicht, und ohne eine Beschleunigung der Bohrtätigkeit dürfte die Förderung scharf zurückgehen.

Die Ölgesellschaften warten bei ihren Entscheidungen über Restrukturierungen nicht unbedingt auf einen Übernahmeversuch, wie das Beispiel Atlantic Richfield (Arco) gezeigt hat: Der siebtgrößte US-Ölkonzern wird Produktion und Vertrieb östlich des Mississippi aufgeben, die für 1985 vorgesehenen Investitionen von 3,6 Mrd. Dollar auf 2,8 Mrd. Dollar kürzen und seinen Erzbergwerkbetrieb verkaufen. Für die Aktionäre bedeutet dies eine Anhebung der Dividende um einen auf vier Dollar. Arco will in den beiden nächsten Jahren außerdem vier Milliarden Dollar in den Rückkauf eigener Aktien investieren.

Auch Branchenführer Exxon Corporation kaufte vor zwei Jahren eigene Aktien für mehr als 4,3 Mrd. Dollar zurück, stellte die Entwicklung synthetischer Brennstoffe ein und zog sich aus der Büroautomatisierung zurück. Das Ergebnis ist, daß Exxon-Aktien heute auf Rekordhöhe stehen. Ähnlich operieren andere Energiekonzerne: Mobil Corp., rangmäßig an zweiter Stelle, gab bekannt, daß sie sich von ihrer mit Verlusten arbeitenden Kaufhaustochter Montgomery Ward trennen wird.

HUSSEL / Umsatzplus im ersten Tertial enttäuschte – Gewinn vor Steuern gesteigert

Erfolg mit Parfümerien und Drogerien

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Sehnsucht nach Entlastung der mittleren Einkommensgruppen durch Steuersenkung in einem Schritt äußert Jörn Kreke als Vorstandsvorsitzender der Hagener Hussel Holding AG zur Vorlage des wiederum guten 1984er Abschlusses (Hauptversammlung am 21. Juni). Das würde die gedrückte Stimmung im Einzelhandel und bei den Verbrauchern merklich bessern, und „dann würden wir auch wieder Leute einstellen".

Die Sehnsucht gilt vor allem dem aktuellen Geschäft, das auch dieser erfolggewohnten Gruppe von Fachgeschäft- und Fachmärkte-Ketten im ersten Tertial 1985 mit einer auf vier Prozent gedämpften Umsatzplusrate Enttäuschendes brachte, sie jedenfalls von dem für 1985 angestrebten weiteren Umsatzwachstum von zehn Prozent weit entfernt hielt.

Keinen Kummer im Wachstum von Umsatz und Ertrag brachte hingegen 1984. Es wurden 1,24 (1,11) Mrd. DM Bruttoumsatz mit 6507 (5804) Beschäftigten in 781 (764) Filialen erzielt. Ohne den Effekt weiterer Umstrukturierung (Verkauf der Berliner Stilke-Bahnhofsbuchhandlungen und Zukauf der Voswinkel-Sportartikelgruppe) wuchs der „vergleichbare" Umsatz um 7,1 (8,9) Prozent und auf unveränderten Verkaufsflächen um drei (sechs) Prozent.

Das brachte, zieht man vom Vorjahresergebnis 4,5 Mill. DM Sondergewinn aus Beteiligungsverkauf ab, im Konzern eine Verbesserung des Gewinns vor Steuern auf 64,3 (55,5) Mill. DM, des DVFA-Nettoergebnisses auf 16 (15,75) DM je Aktie und des Brutto-Cash-flows auf 95 (83) Mill. DM.

Auch ohne Abzug besagten Sondergewinns hielt sich der Konzern-Jahresüberschuß mit 28,2 (28,3) Mill. DM auf Vorjahreshöhe. Die Hälfte davon schüttet die Holding mit konstanten 8 DM Dividende aus (80 Mill. DM Aktienkapital bei 2500 Eigentümern, darunter als Großaktionäre die Familiengruppen Eklöh und Kreke).

Glanzlichter unter den sechs Hussel-Sparten waren auch 1984 die nach Krekes Worten auch im Ertrag „außerordentlich positiven" Douglas-Parfümerien mit 414 (367) Mill. DM Umsatz und die Drogerie-Fachmärkte mit 354 (341) Mill. DM Umsatz. Bei der Süßwarensparte waren es noch 125 (151) Mill. DM Umsatz, nachdem hier die 1983 weggefallene Sügro-Hussel GmbH erstmals ein volles Jahr fehlte.

Verluste von insgesamt etwa 4 Mill. DM, die man aber 1985 zu überwinden hofft, brachten Bücher/Zeitschriften (207 nach 202 Mill. DM), Schmuck/Uhren (51 nach 52 Mill. DM) und die mit dem Voswinkel-Erwerb hinzugekommene Sparte Sportartikel/Schuhe mit 93 Mill. DM Umsatz.

„Fast keinen Einfluß" auf das gut rentierende Parfümeriegeschäft registriert Kreke aus dem hier durch „graue Märkte" und Discounter angezettelten Preiskampf mit Markenware. Einen besonderen Einfluß allerdings doch: Der nun auftretende (Einbruch-) „Diebstahl auf Bestellung" in den Douglas-Läden signalisiere, daß im grauen Markt der Warenzufluß austrockne.

In Bestehendes und vorerst ohne neue größere Expansionspläne will der Konzern auch 1985 seine „Normalinvestitionen" von 40 Mill. DM stecken. Dafür reicht die Innenfinanzierungskraft weiterhin überreichlich aus. Trotzdem und trotz 38,9 (37,6) Mill. DM Konzern-Bankguthaben bei nur 13,2 (11,7) Mill. DM langfristigen Schulden will sich der Vorstand nun eine Optionsanleihe von 50 Mill. DM (mit 12,5 Mill. DM genehmigtem Kapital) genehmigen lassen. Man wolle für eine allfällig sinnvolle Aquisition rechtzeitig gerüstet sein, werde einen solchen Betrag aber gewiß nicht in den weiteren Ausbau von Auslandsaktivitäten stecken, die 1984 vor allem aus der Parfümerie-Sparte 76,8 (66,2) Mill. DM zum Konzernumsatz beisteuerten und behutsam weiter ausgebaut werden.

REICHELT / Konzentrationsprozeß geht weiter

Neue bittere Pillen geschluckt

JAN BRECH, Hamburg

Die Pharma-Großhandlung F. Reichelt AG, Hamburg, ist im Berichtsjahr 1984 noch tiefer in rote Zahlen gerutscht. Wie es im Geschäftsbericht des Unternehmens heißt, hätten hohe außerordentliche Mehraufwendungen und die erstmals für ein volles Geschäftsjahr wirkenden Belastungen aus dem Investitionsprogramm 1983/84 in Höhe von 35 Mill. DM das Ergebnis negativ beeinflußt. Die AG weist einen Fehlbetrag von 4,4 (2,8) Mill. aus, der Konzern von 5,2 (3,1) Mill. DM. Bei der AG werden die in den beiden letzten Jahren aufgelaufenen Verluste durch Auflösung von 7,1 Mill. DM freier Rücklagen getilgt, im Konzern verbleibt ein Verlustvortrag von 1,8 Mill. DM.

Nach dem Abschluß der Investitionen für Neubauten in Hamburg und Oldenburg sind Mitte 1984 die Betriebe in Goslar und Heide geschlossen worden. Zum Jahresende hat Reichelt außerdem den Betrieb der bipharm GmbH in Osnabrück aufgegeben. Die Zahl der Niederlassungen ist damit auf 6 zurückgegangen.

Da die Umsätze der geschlossenen Häuser nur zum Teil auf bestehende Betriebe des Unternehmens übertragen werden konnten, ist das Geschäftsvolumen des Reichelt-Konzerns unterproportional zur Branche gewachsen. Die Gruppe weist 625 Mill. DM aus; das entspricht einem Plus von 4,1 Prozent. In der AG wirkte sich die Übernahme von Teilumsätzen der bi-pharm in Osnabrück dagegen positiv aus, so daß der Umsatz um 8,7 Prozent auf 244 Mill. DM stieg.

Die Entwicklung der Gruppe in diesem Jahr wird vorsichtig beurteilt. In den ersten Monaten hat nach Angaben des Vorstands das Umsatzwachstum nicht der allgemeinen Marktentwicklung entsprochen. Die durchgeführte Konzentration zu größeren Betrieben schaffe jedoch die Voraussetzung für eine künftige Verbesserung der Ergebnisse.

Hoffnungen, daß das Grundkapital von 18,29 Mill. DM in absehbarer Zeit wieder bedient werden könnte, zerstreut die Verwaltung jedoch. Solche Erträge, so heißt es, sollten zunächst wieder der notwendigen Stärkung der Rücklagen dienen. Reichelt, das eine Phase langer und kostspieliger Sanierung hinter sich hat, hat letztmals für 1973 eine Dividende gezahlt.

Auch hinsichtlich der allgemeinen Aussichten des Pharma-Großhandels gibt sich der Vorstand zurückhaltend. Die Bestrebungen der Sozialversicherungsträger zur Kostensenkung im Arzneimittelbereich seien in ihren Wirkungen noch nicht abzuschätzen. Die Konzentration in der Branche werde sich fortsetzen. Die Ertragsentwicklung werde entscheidend von der notwendigen Verbesserung der Netto-Spanne abhängen.

Sinclair benötigt Finanzspritze

fu. London

Die britische Elektronikfirma Sinclair Research ist in wirtschaftlich schwieriges Fahrwasser geraten. Das Unternehmen, das sich vor allem mit der Herstellung von Heimcomputern international einen Namen machte, steckt in einer Liquiditätskrise, die bislang durch die Verlängerung von Krediten der beiden wichtigsten Zulieferer Thorn EMI und Timex überdeckt wurde. Inzwischen wird aber deutlich, daß nur eine Finanzspritze in Höhe von zehn bis 15 Mill. Pfund (39 bis 59 Mill. DM) helfen kann.

Um ein entsprechendes Refinanzierungspaket zu schnüren, sind bereits Verhandlungen aufgenommen worden. Noch immer richten sich die Hoffnungen darauf, daß sich ein großes Industrieunternehmen zur Übernahme eines Paketes an Sinclair Research bereit erklärt. Doch scheint bereits festzustehen, daß der aufgrund seiner Verdienste um die neue Technologie geadelte Gründer des Unternehmens, Sir Clive Sinclair, den größten Teil seines Anteils abgeben und seinen Posten als Geschäftsführer räumen muß.

Nordmilch durch Quoten beeinträchtigt

dos. Zeven

Die Einführung der Milchquoten hat auch bei der Nordmilch eG in Zeven, die zu den führenden deutschen Milchverarbeitern zählt, ihre Spuren hinterlassen. Manfred Tag, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Nordmilch, beziffert den Rückgang der 1984 gelieferten Milchmenge auf 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr; das bedeutet eine Reduzierung auf 753 (806) Mill. kg. Für 1985 müsse mit einem weiteren Minus gerechnet werden.

Die geringeren Milchanlieferungen ließen den Umsatz der Nordmilch um 3,5 Prozent auf 697 (722) Mill. DM sinken. Vor allem die Produktgruppen Milchpulver und Butter waren davon betroffen. In die Intervention gingen noch 18 (20) Prozent des Gesamtumsatzes. Der Exportanteil erreichte 13,5 Prozent. Die Mengenbegrenzung der Milcherzeugung macht nach den Worten Tags kurzfristig eine „Anpassung in den technischen, personellen und organisatorischen Bereichen" erforderlich. Einzelheiten dazu wollte die Genossenschaft nicht mitteilen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Ausbau in Berlin

Berlin (Wz.) – Die Philip Morris GmbH, drittgrößter Zigarettenhersteller in der Bundesrepublik, wird zum Ausbau der Produktionskapazität in ihrem Berliner Werk rund 40 Mill. DM investieren. Damit sollen, so das Unternehmen, die tausend bestehenden Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Unveränderte Dividende

Hamburg (VWD) – Eine unveränderte Dividende von 7 DM je 50 DM-Aktie schüttet die Tchibo Frisch-Röstkaffee AG, Hamburg, für 1984 aus. Dafür steht ein Bilanzgewinn von 35,8 (36,4) Mill. DM zur Verfügung. Das Grundkapital von 216 Mill. DM befindet sich im Besitz der Familie Herz.

Hornschuch gibt 5 DM

Weissbach (VWD) – Die Konrad Hornschuch AG, Weissbach, deren Aktien Anfang 1984 an der Börse eingeführt wurden, schlägt für das Geschäftsjahr 1984 erstmals die Verteilung einer Dividende von 5 DM je 50-DM-Aktie vor (HV am 17. Juli). Der Umsatz stieg 1984 um 8,4 Prozent auf 210,1 (193,8) Mill. DM. Der Jahresüberschuß 1984 ging auf 2,06 (4,3) Mill. DM zurück. Einschließlich eines Gewinnvortrags aus dem Vorjahr wird ein Bilanzgewinn von 5,76 (3,7) Mill. DM ausgewiesen, von dem 3,08 Mill. für die Dividende verwendet und der Rest auf neue Rechnung vorgetragen wird. Das Grundkapital von 30,8 Mill. DM liegt zu 51 Prozent bei der Holzverarbeitungsgruppe Kunz, Gschwend, der Rest ist Streubesitz.

AEG-Manager hilft

Hamburg (zy) – Das Ende Februar bei AEG-Telefunken ausgeschiedene Vorstandsmitglied Claus Müller ist zum Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft für Wirtschaftsförderung bestellt worden. Müller wird seine Tätigkeit am 1. Juli aufnehmen.

Zeag erhöht

Heilbronn (VWD) – Die Verwaltung der Zeag Zementwerk Lauffen – Elektrizitätswerk Heilbronn AG, Heilbronn, schlägt der HV am 8. Juli die Erhöhung des Grundkapitals im Verhältnis vier zu eins um 5 Mill. DM auf 25,575 Mill. DM durch Umwandlung von freien Rücklagen vor. Außerdem soll für das Geschäftsjahr 1984 eine auf 10 (9) DM je 50-DM-Aktie angehobene Dividende auf das erhöhte Grundkapital von 25,575 Mill. DM verteilt werden.

GROSSBRITANNIEN / Probleme mit öffentlichen Tarifen

Beamte wollen mehr Geld

WILHELM FURLER, London

Der Regierung in London stehen schwierigste Verhandlungen über die Bezüge im öffentlichen Dienst, möglicherweise sogar Streikaktionen bevor. Noch in seinem Budget hat Schatzkanzler Lawson betont, daß Beamten-Bezüge und Gehälter im öffentlichen Dienst in diesem Finanzjahr drei Prozent steigen sollen. In Praxis würde dies, wie die Erfahrungen der vergangenen Jahre gezeigt haben, eine Erhöhung um zwischen vier und fünf Prozent bedeuten.

Doch bereits jetzt sickert durch, daß die Empfehlungen unabhängiger Kommissionen eine Anhebung der Bezüge etwa für die britischen Verteidigungskräfte oder für die Mitarbeiter im Nationalen Gesundheitsdienst wie Ärzte, Zahnärzte, Krankenpflege-Personal und Hebammen um zwischen sieben und acht Prozent befürworten. Diese Empfehlungen werden in der nächsten Woche offiziell vorgelegt. Schon seit Wochen führt die britische Lehrer-Gewerkschaft schwerpunktartige Streikaktionen durch, weil sie sich mit dem Angebot einer Erhöhung der Lehrerbezüge um fünf Prozent nicht zufriedengeben will.

Die Beschränkung der Bezüge im öffentlichen Dienst soll ermöglichen, die Ausgaben der öffentlichen Hand auf insgesamt 132 Mrd. Pfund (knapp 515 Mrd. DM) zu begrenzen. Doch dies liegt schon jetzt nicht mehr im Rahmen des Möglichen. Hauptgrund dafür ist die Fehlkalkulation der Thatcher-Administration im Bereich der Inflations-Entwicklung. So ist die Preissteigerungsrate im letzten Monat auf 6,9 Prozent auf Jahresbasis gestiegen und dürfte in diesem Monat die Sieben-Prozent-Marke noch überschreiten. Dagegen ging die Regierung bislang davon aus, die Inflationsrate auf 4,5 bis fünf Prozent beschränken zu können.

BERGMANN-HOLDING / Höhere Dividende

Mehr Bedeutung für Export

PETER WEERTZ, Berlin

Für die in der Holdinggesellschaft Bergmann-Elektricitäts-Werke AG, Berlin, zusammengefaßten Unternehmen haben Export und Investitionsgüternachfrage zunehmend an Bedeutung gewonnen. Dies gilt für Kommunikationstechnik ebenso wie für die beiden anderen Hauptgebiete des Produktionsprogramms, Energietechnik/Prozeßautomation sowie Meß-, Regel- und Steuerungstechnik. Der Vorstand des Unternehmens erwartet, daß die Nachfrage nach neuen Fertigungstechnologien sowie die weitere Integration der Kommunikationstechnik und die zunehmende Bedeutung des Umweltschutzes die Entwicklung der angeschlossenen Unternehmen auch in diesem Jahr positiv beeinflussen werden.

Im vergangenen Jahr hat die Bergmann-Gruppe ihren Umsatz leicht auf 1,377 (Vorjahr 1,37) Mrd. DM erhöht. Daran war der Export mit 210 (207) Mill. DM beteiligt. Gleichzeitig wuchs der Auftragseingang auf 1,4 (1,32) Mrd. DM. Zur Bergmann-Gruppe, die 1984 12 192 (11 899) Mitarbeiter beschäftigte, gehören als größte Beteiligungen u.a. Bergmann Elektro GmbH, Berlin; Schorch GmbH, Mönchengladbach; DeTeWe, Berlin; Bergmann Kabelwerke AG, Berlin und Brake; Gossen GmbH, Erlangen und die Heliowatt Elektrizitäts-GmbH, Berlin. Mit Schwerpunkt in den Fertigungsbereichen hat die Gruppe 90 (88) Mill. DM investiert, davon über ein Drittel in Berlin.

Die Ertragslage hat sich im Konzern und in der AG weiter positiv entwickelt. Nach Angaben des Vorstands wurden wieder alle Möglichkeiten zu Sonderabschreibungen genutzt. Zusätzliche Rückstellungen wurden für die Altersversorgung und die Risikovorsorge in Höhe von 61,8 Mill. gebildet. In der AG betrug der Jahresüberschuß 13,7 Mill. DM nach 12,3 Mill. DM im Vorjahr. Nach einer Rücklagendotierung von wieder 2,5 Mill. DM wird der Hauptversammlung am 4. Juli eine auf 8 (7) DM erhöhte Dividende auf das Aktienkapital von unverändert 70 Mill. DM vorgeschlagen. Großaktionäre sind die Bayerische Vereinsbank, die Deutsche Bank und Siemens mit jeweils mehr als einem Viertel Anteil.

JAGENBERG / Börseneinführung verschoben

Verbesserte Liqiudität

dpa/VWD, Düsseldorf

Die zum Rheinmetall-Konzern gehörende Jagenberg AG, Düsseldorf, hält sich mit dem ursprünglich für die zweite Jahreshälfte 1985 erwogenen Gang an die Börse noch zurück. Wie Vorstandschef Hans U. Brauner erklärte, habe sich die Liquiditätslage bei dem Maschinenbauer deutlich verbessert; so daß zur Zeit keine Notwendigkeit für einen solchen Schritt bestehe.

Der Mitte 1986 vorliegende dritte Weltabschluß der Jagenberg-Gruppe könnte aber nach Brauner „eine solide Basis" dafür sein, daß die Obergesellschaft Rheinmetall Berlin AG mit einem Teil ihrer Beteiligung von 84 Prozent an der Jagenberg AG den Schritt an die Börse macht.

Im Geschäftsjahr 1984 hat die Jagenberg-Gruppe ihre Aufwärtsentwicklung den Angaben zufolge fortsetzen können. Der Umsatz wuchs um 6,2 Prozent auf 1,02 Mrd. DM und der Jahresüberschuß auf 17,1 (10,1) Mill. DM. Unterstützt wurde die Geschäftsentwicklung nicht zuletzt durch den „erfreulichen Absatz" bei Maschinen für die Papierindustrie.

In den letzten Monaten hat sich Jagenberg, wie weiter erklärt wurde, von mehreren Gesellschaften, deren Wachstums- und Ertragspotential nicht ausgereicht habe, getrennt. Diese Firmen hätten zusammen rund 262 Beschäftigte gehabt und etwa 30 Mill. DM umgesetzt. Trotz der Verkaeufe rechnet Jagenberg damit, das für 1985 gesteckte Umsatzziel von 1,05 Mrd. DM zu erreichen. Den Auftragsbestand bezifferte der Vorstand auf 398 Mill. DM. Beschäftigt waren in der Gruppe Ende 1984 rund 5 450 Mitarbeiter (minus 2,5 Prozent).

Die Jagenberg AG mit 16 Prozent freien Aktionären zahlt aus dem Bilanzgewinn von 14,2 Mill. DM wieder eine Dividende von 6 DM je 50 DM-Aktie auf 37,5 Mill. DM Grundkapital. Auf die vom 1. Oktober 1984 an dividendenberechtigten 22,5 Mill. DM aus der Kapitalerhöhung (auf 60 Mill. DM) sollen 1,50 DM verteilt werden.

ALLIANZ / Holding bleibt mitbestimmt – Ausreichende Kapitalausstattung

Neue Struktur fördert Auslandsgeschäft

HARALD POSNY, München

Die Umstrukturierung des Allianz-Versicherungskonzerns, vor fast einem Monat angekündigt und am 27. Juni von der Hauptversammlung zu beschließen, birgt noch etliche Fragezeichen, zumindest, was den erneut von Allianz-Chef Wolfgang Schieren eröffneten „größeren unternehmerischen und finanziellen Spielraum für Beteiligungen" und die „weltweit größere Beweglichkeit im Wettbewerb" angeht. Schieren: „Es gibt noch keine konkreten Vorstellungen." Auf jeden Fall werde man sich auf das Versicherungsgeschäft konzentrieren, dabei aber „Dienstleistungen rund um das Versicherungspaket" wie bisher nicht ausschließen. Zu mehr bestünden jedoch keine Pläne, auch nicht für Verbindungen zur Deutschen Bank.

Ausführlicher fiel dagegen bei der Bilanz-Pressekonferenz der Allianz Versicherungs-AG, München, Schierens Korrektur wiederkehrender Mißverständnisse aus. Nachdrücklich widersprach er der Meinung, die Umstrukturierung (Gründung der Allianz AG Holding, in der das Beteiligungs- und Rückversicherungsgeschäft vereinigt wird, Übertragung des direkten Inlands-Geschäfts auf eine umzugründende Allianz Versicherungs-AG sowie Neuordnung der internationalen Aktivitäten innerhalb der Sachgruppe) bedeute für die Holding den Entzug der Mitbestimmung. Der Aufsichtsrat der Holding bleibe paritätisch besetzt und werde einen Arbeitsdirektor bestellen.

Das gesamte Geschäft aller Allianz-Sachgesellschaften und der Lebensversicherung stehe uneingeschränkt unter der Aufsicht des BAV: die Beitragseinnahmen von 8 Mrd. DM (Sachgruppe) und 5,6 Mrd. DM (Leben) sowie die Kapitalanlagen von 9,5 Mrd. DM (Sach) und 41 Mrd. DM (Leben.). Auf die Holding entfallen 6,2 Mrd. DM Anlagevolumen. Das zeige, wie unsachlich der Vorwurf sei, durch die Neugliederung würden Gelder, die zur Deckung von Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft bestimmt sind, „in riesigem Umfang und zum Nachteil der Versicherten in die Holding verlagert".

Als Rückversicherung werde die Holding der für diesen Geschäftszweig geltenden eingeschränkten Aufsicht unterliegen. Dabei könne das Aufsichtsamt den Gruppenunternehmen untersagen, bei fehlender Bonität ihre Rückversicherung bei der Holding zu nehmen. Nicht einmal gedanklich sei erwogen worden, aus dem Rückversicherungsgeschäft „auszusteigen", um aufsichtsfrei zu werden. Das Gegenteil sei vielmehr eine Bedingung für die Aufsicht.

Die Kapitalausstattung der Holding (48 Prozent der verdienten Prämie) gehe nicht zu Lasten der Allianz Versicherung (neu) mit 36 Prozent. Die verlangte EG-Quote sieht 16 Prozent vor, der Marktdurchschnitt liege unter Allianz-Niveau. Die Vinkulierung der Holding-Aktie werde man – notfalls auch gerichtlich – verteidigen. Kritik erwarte man aus Aktionärskreisen zu den Strukturmaßnahmen nicht, auch keine negativen Auswirkungen auf den Aktienkurs. Solchen Spekulationen hätte man sicher keine Dividendenerhöhung auf 11 (10) DM je 50-DM-Aktie für 1984 entgegengesetzt. Das Ergebnis je Aktie wird für die AG mit 27,10 (24,90) DM, für den Konzern mit 31,60 (27,65) DM ohne Steuergutschrift angegeben.

Etwas erhellender fielen Schierens Ausführungen zu weiteren Auslandsengagements, auch in den USA, aus. Längst zeigte der im letzten Jahrzehnt von 2,7 auf 19,1 Prozent gestiegene Auslandsanteil am Konzern-Prämienaufkommen von 16,5 (15,4) Mrd. DM, wohin die Reise geht: den im Inland immer engeren Wachstumsspielraum (1984 plus 3,6 Prozent) durch verstärkte Auslandsaktivitäten (plus 18,4 Prozent) zu kompensieren. Wenn die bis jetzt nicht in die Konsolidierung einbezogene italienische RAS-Gruppe (4,6 Mrd. DM Prämienaufkommen) mitzählt, wird der Anteil des Auslandsgeschäfts bei 30 Prozent liegen. Für die 51 (30) Prozent RAS-Anteil (1987) wurden von der Allianz 1,1 Mrd. DM gezahlt.

Dennoch scheint Europa, namentlich der EG, mit 16,6 Prozent am 3,1 Mrd. DM Auslands-Prämienvolumen beteiligt, nicht das Hauptinteresse zu gehören, obwohl hier zumindest durch das allgemeine Geschäft ansehnliche Gewinne entstehen. Das Hauptaugenmerk liegt auf Amerika, vor allem auf den USA (61 Prozent), obwohl es für den technischen Verlust des gesamten Auslandsgeschäfts verantwortlich ist. Die US-Aktivitäten werden künftig in der Holding Allianz of America als eigenständiger Verantwortungsbereich „Nordamerika" dargestellt.

Die europäischen Allianz-Gesellschaften (Prämienaufkommen 5,5 Mrd. DM) werden in einem einheitlichen Führungsbereich, einer Europa-Holding unter Detlev von der Burg (bisher Allianz-Vorstandsmitglied), zusammengefaßt. Einen dritten geschlossenen Verantwortungsbereich bildet der „Rest der Welt", eine Overseas-Holding (zur Zeit 200 Mill. DM Prämie) unter Hans-Jürgen Schwepcke (bisher Allianz-Vorstandsmitglied).

Das technische Ergebnis der Allianz AG wie das der Sachgruppe wurde durch höhere Schadenbelastung und stabile Kostensituation bestimmt. Einer geringeren Zahl von gemeldeten Schäden (durch den neuen Selbstbehalt bei Kfz-Teilkaskoversicherungen) stand eine kräftige Zunahme des Schadendurchschnitts gegenüber.

Das Gesamtergebnis wurde durch den Münchener Hagelsturm bei der Münchener Allianz besonders belastet; ohne die 315 Mill. DM an Schäden hätte das Allianz-Ergebnis vor Steuern (547 nach 561 Mill. DM) um 130 Mill. DM besser ausgesehen. Der Jahresüberschuß blieb mit 256 (255) Mill. DM fast unverändert. Für die Ausschüttung werden 110 (100) Mill. DM benötigt. In die Rücklagen fließen rund 140 (146) Mill. DM.

Für 1985 wird für Allianz AG (neu) und Holding ein befriedigendes technisches und nichttechnisches Ergebnis erwartet. Wenig überschaubar erscheinen dagegen die Auslandsengagements. Im ersten Tertial 1985 stiegen die Beitragseinnahmen im selbstabgeschlossenen Geschäft der Sachgruppe Inland um 8,3 Prozent. Bis zum Jahresende dürfte das Prämienvolumen um rund 7 Prozent auf rund 8 Mrd. DM wachsen. Auf der Schadenseite nahm die Zahl der Schäden um 2,4, die der Aufwendungen um 13,3 Prozent zu.

Allianz Versich. AG	1984	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	7 821	+ 6,6
Nettoprämie[1]	5 475	+ 6,6
Aufw. f. Vers. Fälle	3 570	+ 8,6
Vers. Techn. Ergebnis[2]	111,0	- 38,6
Kapitalanlagen[3]	12 638	+ 13,4
Kapitalerträge[4]	577	+ 11,1

in % d.verd.Beitr.	1984	1983	1982
Selbstbeh.Quot.(%)	70,0	70,0	69,3
Schadenquote	65,9	64,7	63,9
Verw.-Kostenquote	24,8	24,9	24,9
Rückstg.-Quote[5]	214,1	206,3	205,9
Eigenkapitalquote	38,5	37,7	30,5

[1]Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; [2]nach Zuführung von 59,6 (42,7) Mill. DM zur Schwankungsrückst.; [3]oh. Depotford.; [4]netto; Durchschnittsrendite: 6,8 (7,1) Prozent; [5]vers. techn. Rückstellg.

DLW / Noch finanzieller Spielraum zur Diversifikation

Linoleum-Kapazität erweitert

WERNER NEITZEL, Bietigheim

„In der Bodenbelagsbranche geht es jetzt an die Feinpolitur. Wer noch große Sprünge zu machen versucht, hat geschlafen." Hans Ruf, Vorstandsvorsitzender der DLW AG, Bietigheim-Bissingen, darf für sich in Anspruch nehmen, das Unternehmen im Hinblick auf den Einbruch in die Bauwirtschaft und die Folgen für die nachgeordneten Bereiche durch rechtzeitige Rationalisierungsmaßnahmen, selbstbewußte Produkt- und Marketingpolitik und zielstrebige Diversifikation auf einen stabilen Boden gestellt zu haben.

Der bemerkenswert große finanzielle Spielraum versetzt überdies die DLW in die Lage, in aller Ruhe und mit großer Umsicht nach weiteren Engagements „außerhalb des Bauens" Ausschau zu halten. „Wir haben genaue Vorstellungen davon, was wir wollen", deutet Ruf an, ohne diese Aussage zu präzisieren. Unterdessen hat die DLW für den Zeitraum bis Mitte 1986 ein Investitionsprogramm im Volumen von insgesamt 80 Mill. DM anlaufen lassen. Hiervon wird jeweils die Hälfte in der Sparte der Bodenbeläge und in den Diversifikationsbereichen eingesetzt.

Unter anderem soll das Linoleumgeschäft kräftig ausgeweitet werden, nachdem dieser Sektor durch die Belebung der Nachfrage und dem Ausscheiden einiger Marktteilnehmer immer interessanter zu werden verspricht. Die DLW, die mit Linoleum 1984 einen Umsatz zwischen 60 und 70 Mill. DM erzielte, will in diesem Segment bis Ende des Jahres mit einem Aufwand von rund 10 Mill. DM die Kapazität verdoppeln. Auch sollen die zum Konzern gehörenden Büromöbelfabriken, die beträchtliche Erfolge vorweisen können, kräftig ausgebaut werden.

Im Geschäftsjahr 1984 steigerte der DLW-Konzern den Außenumsatz um 3,8 Prozent auf 720 (1983: 693) Mill. DM. Das Wachstum fand in allen Sparten statt. Der Anteil der Bodenbeläge am Umsatz vergrößerte sich auf 57 (51) Prozent. Knapp 30 Prozent entfallen auf den Möbelsektor, der Rest auf das Automobilzuliefergeschäft und sonstige Produkte. Der Exportanteil am Konzernumsatz nahm auf 24 (23) Prozent zu.

Das Stammhaus verbuchte einen Umsatz von 413 Mill. DM (plus 2,5 Prozent), wovon zwischen 40 und 50 Prozent auf den Export entfielen. Rufs Ziel ist es, diese Quote auf über 50 Prozent zu bringen. In einem augenfälligen Gegensatz zu den Stagnationstendenzen in der Bodenbelagbranche bei teilweise ruinösem Preiswettbewerb spricht man bei der DLW, die vom Trend zu den höherwertigen Belägen profitiert, von einem erfreulichen Ergebnis in dieser Sparte. Vor allem bereiteten die Möbel-Töchter Freude. In den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1985 habe der Konzernumsatz leicht über dem Vorjahr gelegen. Man gebe sich freilich im Bodenbelaggeschäft keinen Illusionen hin. Es werde erheblich schwieriger werden.

Den Gewinn je Aktie im Berichtsjahr gibt Ruf mit 23 (22,50) DM an, der Cash flow je Aktie verbesserte sich leicht auf 54,50 (53,50) DM. Die Pensionskasse wurde nachhaltig dotiert, außerdem wieder sehr starkes Gewicht auf Risikovorsorge gelegt. Ausgewiesen wird bei der AG ein Jahresüberschuß von wieder 16,9 Mill. DM, aus dem nach Stärkung der Rücklagen um 4 Mill. DM eine Dividende von unverändert 22 Prozent auf das ziemlich breit gestreute Aktienkapital von 58,5 Mill. DM ausgeschüttet wird. In Sachanlagen investiert wurden im Konzern 23,0 (23,7) Mill. DM und abgeschrieben 25,5 (27,2) Mill. DM. Der Konzern beschäftigt 3828 (3982) Mitarbeiter.

NAMEN

Manfred Clausen, bisher Vorstandsmitglied der Deutschen Bausparkasse, Darmstadt, wurde in die Vorstände der Deutscher Lloyd-Lebensversicherung AG, München, und der Deutscher Lloyd Versicherung AG, Berlin und München, berufen.

Dieter Ulken, Vorstandsmitglied der Hapag-Lloyd AG, Hamburg, wurde Arbeitsdirektor. Er behält das Ressort Technik und gibt das Ressort Touristik an Vorstandssprecher **Hans Jakob Kruse** ab. Den Bereich Hafen- und Küstendienste übernimmt **Claus-Peter Kuhlenkampff-Boedekker** von Dr. **Karl-Hartmann Necker**, der zum 31. Juli 1985 ausscheidet und für den kein weiteres Vorstandsmitglied berufen wurde.

Aktien nicht ganz einheitlich

Wachsende Nachfrage nach Papieren der Großchemie

DW. – Nach dem Pfingstfest lief das Geschäft nur schleppend an. Anfangs lagen nur geringe Kaufaufträge aus dem Ausland vor. Bei den Favoriten der Vorwoche kam es zu kursdrückkenden Gewinnmitnahmen. In der zweiten Börsenstunde sorgten aber wieder die Aktivitäten einiger Großanleger für eine spürbare Geschäftsbelebung. Das Ordervolumen konnte wegen der nach wie vor herrschenden Neigung, Kursgewinne sicherzustellen, zu Notierungen abgewickelt werden, die nicht weit von denen der Freitagbörse blieben.

Konstante Käufe zu leicht heraufgesetzten Kursen waren in den Titeln der Großchemie zu beobachten. Die Analysen der 1984er Abschlüsse sowie die Prognosen für 1985 scheinen das Interesse für diese Papiere wachzuhalten. Von den Elektrowerten profitierten AEG von einigen Meinungskäufen. Zu Rückschlägen kam es bei Autoaktien, die in der Vorwoche stärker gestiegen waren. Ausgenommen blieben davon die VW-Aktien, die an der Hausse der Vorwoche wegen der schweren Belastungen, die von der Beteiligungsgesellschaft Triumph Adler zu übernehmen sind, nicht teilgenommen hatten. Bankaktien tendierten meist stabil. Die bevorstehende Bekanntgabe der Konditionen für die Commerzbank-Genußrechte sorgte zwar für etwas Phantasie, bewegte den Commerzbank-Kurs nur wenig.

Frankfurt: Strabag stiegen um 16 DM, Heidelberger Zement um 10 DM und Grünzweig u. Hartmann um 6 DM. Hoechst festigten sich um 3 DM und Bayer um 2 DM. Mainzer Aktienbrauerei St. gaben um 15 DM nach.

Düsseldorf: Kochs Adler verloren 4,50 DM, Deutsche Atlanten und Alexander 5 DM. Gewinne von je 5 DM verbuchten Dyckerhoff St. und Heinrich. Um 7 DM stiegen Küppersbusch. Kromschröder stockten um 9 DM auf.

Hamburg: Phoenix Gummi verbesserten sich um 1 DM und Hapag Lloyd um 2,50 DM. Beiersdorf gaben um 1 DM nach. HEW lagen bei 99,70 DM behauptet und NWK-Vz. bei 221,50 DM unverändert. Holsten Brauerei wurden mit 240 DM (minus 0,10 DM) gehandelt.

Berlin: Berliner Bank, DUB-Schultheiss und Herlitz St. lagen um je 1 DM freundlicher. DeTeWe büßten 3 DM und Berliner Elektro 2 DM ein. Orenstein bröckelten um 1,50 DM ab.

München: Bay. Lloyd erhöhten um 16 DM und Spinnerei Kolbermoor um 25 DM. Audi AG und AKS verbesserten sich je um 5 DM. Deckel AG stockten um 4 DM und Dywidag um 3 DM auf. Nachgeben mußten Leonische Draht um 8 DM.

Stuttgart: Kolbenschmidt setzten ihre Aufwärtsbewegung um 2,50 DM fort. DLW legten 3,50 DM zu. Schwäbische Zellstoff verteuerten sich um 2 DM. WMF Stämme gaben um 3,30 DM und die Vorzüge um 4,80 DM nach. Daimler büßten 5 DM und Mercedes 3 DM ein.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 187,4 (187,6)
WELT-Umsatzindex: 5410 (5470)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		28.5.	24.5.
H	Aach M Bet.9-2,50	1179	1180
H	Aach. M. Vers. 7	485G	472bG
D	Aach. Rück. 9	1280G	1280G
D	Aseag *4	460T	460T
M	Act.-Gögg. 4	121bG	121,4
H	Adca 0	136	137
D	Adler 9	300G	300G
F	Adt 0	12,6	12,5
F	AEG-Telef. 0	125,9	124,7
D	AEG-Kabel 8	283bG	285bG
S	Aesculap 8	428bG	428,5
F	AGAB 5	118	118

		28.5.	24.5.
H	Br.H.Hypo 10	330G	330G
Hn	Brsch.Jute *0	160G	100G
H	Breitenb.-C. *28	600G	600G
H	Br. Straßb. *0	440bG	450T
H	Br. Vulkan 0	76,5	75,5
H	Br. Wollk. 6	169	167
F	BBC 6	215	212
S	BSU Textil % 20	1300G	1300G
D	Buckau-W. 4,1	132G	133bB
D	Buderus *12	385G	385G
M	Bgl.Br.Ing. *12+2	780G	780G
S	Bgl.Brh.Rav. *0	360G	360G
S	Calw D. **30+18	781bG	781G

		28.5.	24.5.
M	En. Oberfr. 4,5	264G	264bG
M	En. Ostb. 5+1	224bB	219bG
H	Elkraft 0	528	56
B	Engelhardt 7	205G	205G
D	Enka 6,67	325	325
M	Erlus 12,5	3331G	327bG
M	Erste Kulmb. 9	1320bB	1320bB
S	esbi *0	9,3bG	9bB
S	Essl. Masch. *6	288G	287
M	Esterer **5%	550G	550bG
D	Farb. Liqu. RM 0	4,85	4,9
F	Flachglas 8	248	237
D	Ford *19,36	860T	860T
B	Forst. Ebn. *4 %	3050G	3050

		28.5.	24.5.
S	Hohner *6	261bG	260
H	Holsten-Br. 6	240	240,1
F	Holzmann 10+1	442	444
D	Horten 6	177	180
B	Hw. Kayser *12	260G	255G
D	Hussel 8	295,5	298,5
D	Huta Heg. 0	–	–
M	Hutschenr. 9	242	245
H	Hypo Hbg. 10+2,5	436	435G
D	IKB 7,5	204	206,5bG
S	IWKA 0	309	310
M	Isar-Amper 7,5	356bG	356bG
D	Isenbeck 4,75	160T	157G
H	Jacobsen *8	620G	620G

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1440,00	1824,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1255,00	1519,40
5 US-Dollar (Liberty)	515,00	658,05
1 £ Sovereign alt	223,50	277,59
1 £ Sovereign Elizabeth II.	222,75	276,74
20 belgische Franken	173,25	226,01
10 Rubel Tscherwonez	234,25	294,41
2 südafrikanische Rand	219,25	271,61
Krüger Rand, neu	990,50	1169,07
Maple Leaf	991,50	1170,21
Platin Noble Man	849,30	1008,33

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	223,25	294,41
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,00	231,42
20 franz. Franken „Napoléon"	178,00	231,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	914,75	1106,66
20 österr. Kronen (Neuprägung)	182,00	230,28
10 österr. Kronen (Neuprägung)	94,75	125,12
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	425,75	519,56
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	136,80

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 5. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅝–7⅞	5½–5⅝	5¼–5⅜
3 Monate	7¾–8	5½–5⅝	5¼–5⅜
6 Monate	8–8¼	5⅝–5¾	5¼–5½
12 Monate	8½–8¾	5⅝–5⅞	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisenmärkte

Obwohl die Dollar-Zinssätze schwächer und die D-Mark-Zinssätze höher genannt wurden, blieb am 28. 5. die klassische Reaktion des Dollarkurses aus. Im Gegenteil, man übersprang 3,1150 und erreichte eine amtliche Notiz von 3,1127. Die Umsätze bewegten sich allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau. Interesse bestand auch an den Währungen Schwedens und Japans. Sie verteuerten sich in bezug auf das sonstige Marktgeschehen überproportional um 4,3 Promille auf 34,68 bzw. 5,7 Promille auf 1,2375. US-Dollar in: Amsterdam 3,5105; Brüssel 62,6475; Paris 9,4900; Mailand 1984,25; Wien 21,8810; Zürich 2,6155; Ir. Pfund/DM 3,130; Pfund/Dollar 1,2526; Pfund/DM 3,899.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 24. Mai: In D-Mark 2,24209 (Parität 2,24184); in Dollar 0,728253 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 24. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Verringerte Dollar-Deports aufgrund rückläufiger Euro-Dollar-Zinsen (⅛ Prozent).

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,57/0,47	1,80/1,70	3,95/3,75
Pfund/Dollar	0,51/0,49	1,48/1,45	2,53/2,48
Pfund/DM	2,9/1,5	7,4/6,0	13,0/11,6
FF/DM	20/4	45/29	82/66

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 5.: Tagesgeld 5,85–5,95 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 28. 5.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 28. 5.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 16. April 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (7,00) – 7,00 (7,50) – 7,25 (8,00) – 7,50 (8,25) – 8,50 (8,50). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00) – 5,73 (5,97) – 6,13 (6,45) – 6,38 (6,80) – 6,58 (7,05) – 6,84 (7,25). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,45, 2 Jahre 6,10. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,85.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Renten kaum verändert

Da sich die Meinung festigt, daß die Bundesbank vorerst auf eine Senkung der Leitzinsen verzichtet, sagt man dem Rentenmarkt eine längere Konsolidierungspause voraus. Immerhin wurde als positiv empfunden, daß der steigende Dollar am Dienstag ohne Einfluß auf die Tendenz geblieben ist. Die Kurse öffentlicher Anleihen schwankten nur wenig. Auch bei den DM-Auslandsanleihen gab es keine wesentlichen Veränderungen. Die anfängliche Euphorie für die siebenjährige China-Anleihe hat sich etwas gelegt.

M 7 dgl. Pf 20	100,5G	100,5G	D 6 dgl. Pf 28	98G	98G	F 7½ Karstadt 71	100,25G	100,25G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G	D 6½ dgl. Pf 67	90G	90G	F 7½ Kaufhof 71	100,25T	100,25T
B 7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5G	D 5½ dgl. KO 3+E	126G	126G	F 7½ dgl. 71	100,5T	100,5T
B 6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G	D 7½ dgl. KO 77	100G	100G	F 7½ dgl. 76	100,5T	100,5T
B 6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G	S 8 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G	F 7½ Klöckner W. 71	100,25G	100,25G
			S 5½ dgl. Pf 109	77G	77G	F 8 dgl. 72	100,7G	100,7G
Ha 5 BrHans. Hypo. Pf 1	118G	118G	S 7 dgl. Pf 125	101,25G	101,25G	F 6 NWK 61	99,8G	99,8G
Hn 7 dgl. Pf 88	96,25G	96,25G	S 7 dgl. Pf 128	97G	97G	F 6 dgl. 62	98,65G	98,65G
Hn 7½ dgl. Pf 97	101,5G	101,5G	S 8 dgl. Pf 177	101,6G	101,6G	F 6 Ob.Don.Krwk. 64	98,5T	98,5T
Hn 6 dgl. KS 29	87,5G	87,5bG	S 6 dgl. KS 77	86G	86G	F 6 Rh.Brkw. 63	97,75T	97,75T
Hn 7 dgl. KS 30	101,15G	101,15G	Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G	F 6 dgl. 65	97,75G	97,75G
D 5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G	Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G	F 6 RWE 63	99,25T	99,5T
D 5 dgl. Pf 54	116G	116G	Br 5 dgl. Pf 36	–	98,6G	F 6 dgl. 65	97,6T	97,6T

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM



Warenpreise – Termine

Unverändert, mit Ausnahme des leicht befestigten Kassa-Monats, schlossen am Donnerstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Nur bruchteilige Veluste wies Silber auf. Etwas schwächer notierte Kupfer. Während Kaffee sich befestigen konnte, kam es bei Kakao zu kleinen Verlusten.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	24. 5.	23. 5.
Juli	316,50	319,50
Sept.	319,50	322,00
Dez.	330,50	322,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	23. 5.	22. 5.
Wheat Board cif,		
St. Lawrence 1 CW	241,94	144,64
Amber Durum	236,46	237,84

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	123,10	123,70
Juli	126,00	125,50
Okt.	131,00	131,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	119,90	120,20
Juli	120,00	120,00
Okt.	115,80	115,80

Hafer Chicago (c/bush)	24. 5.	23. 5.
Juli	152,50	152,25
Sept.	152,00	152,00
Dez.	-	157,00

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	274,25	257,50
Sept.	261,00	262,00
Dez.	258,00	258,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	23. 5.	22. 5.
Mai	135,80	137,20
Juli	129,00	128,90
Okt.	119,80	119,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	24. 5.	23. 5.
Terminkontr. Juli	146,80	146,40
Sept	147,00	147,10
Dez.	146,40	146,30

Kakao New York ($/t)	24. 5.	23. 5.
Terminkontr. Juli	2093	2076
Sept.	2069	2048
Dez.	2036	2015
Umsatz	-	1424

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	3,08	3,06
Sept.	3,21	3,22
Okt.	3,39	3,38
Jan.	4,25	3,76
März	4,42	4,24
Umsatz	-	7525

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	24. 5.	23. 5.
	-	2,79

Kaffee London (£/t) Robusta-	24. 5.	23. 5.
Kontrakt Mai	2054–2056	2069–2075
Juli	2093–2096	2114–2115
Sept.	2137–2138	2162–2164
Umsatz	2148	2526

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1767–1774	1760–1765
Juli	1796–1798	1787–1789
Sept.	1786–1787	1776–1778
Umsatz	2145	1859

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	96,80–97,00	96,60–96,80
Okt.	99,80	99,60–99,80
Dez.	103,00–104,00	105,60–106,60
Umsatz	1660	2187

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	24. 5.	23. 5.
schw. Sarawak spez.	740,00	740,00
weißer Sarawak	860,00	860,00
weißer Muntok	870,00	870,00

Orangensaft New York (c/lb)	23. 5.	22. 5.
Mai	144,00	145,00
Juli	143,00	143,80
Sept.	142,00	142,20
Nov.	141,85	142,00
Jan.	141,85	142,00
Umsatz	450	500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	23. 5.	22. 5.
Südstaaten fob Werk	44,00	44,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,75	30,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	30,77	30,90
Juli	29,47	29,55
Aug.	28,48	28,60
Sept.	27,57	27,80
Okt.	26,25	26,75
Dez.	26,25	26,35
Jan.	-	25,95

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	33,00	32,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	19,50	19,50
Choise white hog 4% fr. F.	18,00	18,00

Talg New York (c/lb)		
top white	18,75	18,75
fancy	18,25	18,25
bleichfähig	18,75	16,75
yellow max. 10% fr. F.	15,25	15,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	48,55	48,65
Juli	51,00	50,90
Aug.	50,52	50,35

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	66,02	65,60
Juli	65,95	66,40
Aug.	73,25	66,40

Häute Chicago (c/lb)	23. 5.	22. 5.
Ochsen unb. schwere River Northern	57,50	58,00
Kühe unb. schwere River Northern	42,00	42,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	568,75	571,25
Aug.	568,50	571,00
Sept.	568,00	558,50
Nov.	575,00	577,50
Jan.	584,75	587,50
März	595,00	598,00
Mai	-	606,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	120,90	121,30
Aug.	123,90	124,30
Sept.	126,90	127,30
Okt.	129,80	130,00
Dez.	135,20	135,60
Jan.	138,20	138,00
März	-	143,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	23. 5.	22. 5.
Mai	360,80	363,00
Juli	361,40	365,20
Okt.	365,30	367,60

Kokosöl New York (c/lb)	23. 5.	22. 5.
Westküste fob Werk	36,00	38,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	28. 5.	24. 5.
jegl. Herk. cif	1040,00	1030,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	720,00	740,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	605,00	600,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	224,00	224,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	650,00	655,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	-	297,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	24. 5.	23. 5.
Juli	63,92	64,85
Okt.	62,98	63,56
Dez.	63,05	63,57
März	64,10	64,60
Mai	-	-
Juli	-	-

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	-	40,75

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	24. 5.	23. 5.
Mai	-	520
Aug.	532-535	532-534
Okt.	532-534	533-534
Umsatz	31	8

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	24. 5.	23. 5.
Mai	55,50	55,10
Juli	55,60	55,50
Okt.	55,70	55,60
Dez.	56,10	55,60
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	24. 5.	23. 5.
Juli	627,00-632,00	630,00-631,00
Okt.	620,00-632,00	-
Dez.	624,00-626,00	-
Umsatz	11	3

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	24. 5.	23. 5.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	24. 5.	23. 5.
Mai	12 019	12 020
Juni	12 090	12 118

Kautschuk London (p/kg)	24. 5.	23. 5.
Nr. 1 RSS loco	63,00–66,00	63,00–66,00
Juni	69,00–71,50	69,00–71,50
Juli	70,00–72,50	70,00–72,50
Aug.	71,00–73,50	71,00–73,50
		Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	24. 5.	23. 5.
Juni	194,00–194,50	195,00–196,00
Juli	193,25–194,00	194,00–195,00
Nr. 2 RSS Juni	193,00–194,00	192,50–194,50
Nr. 3 RSS Juni	190,50–191,50	191,00–192,00
Nr. 4 RSS Juni	185,00–186,00	185,50–186,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	24. 5.	23. 5.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Ft. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	28. 5.	24. 5.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	340,60–340,99	339,17–339,56
drittfolg. Monat	349,59–349,78	348,15–348,34
Blei: Basis London		
laufend. Monat	115,23–115,62	114,75–114,94
drittfolg. Monat	117,18–117,38	117,29–117,48
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1730,36–1732,31	1736,84–1738,79
drittfolg. Monat	1719,56–1723,95	1717,32–1717,71
Zink: Basis London		
laufend. Monat	237,49–237,88	246,28–247,06
drittfolg. Monat	241,00–241,39	250,96–251,35
Produz.-Preis	-	296,11
Reinzinn 99,9%	4030–4070	4070–4110

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	28. 5.	24. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	478,46–481,80	470,32–473,63
Blei in Kabeln	123,00–124,00	122,50–123,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Runddbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbearbeiter.

Messingnotierungen

	28. 5.	24. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	429–440	425–435
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	474–480	474–480
MS 63	480–486	474–480

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	24. 5.	23. 5.
	29,36	29,30

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	28. 5.	24. 5.
Leg. 225	378–385	378–385
Leg. 226	380–387	380–387
Leg. 231	410–420	410–420
Leg. 233	420–430	420–430

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	28. 5.	24. 5.
Platin (DM je g)	29,308	29,358
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	31 860	31 800
Rücknahmepr.	31 110	31 050
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 070	31 970
Rücknahmepr.	31 260	31 170
verarbeitet	33 640	33 5408
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 415	31 350
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	626,50	624,80
Rücknahmepr.	608,20	606,50
verarbeitet	654,00	653,308

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	28. 5.	24. 5.
London		
10.30	313,90	316,35
15.00	311,25	314,70
Zürich mittags	313,75–314,25	314,30–314,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95 050	95 200
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	487,20	486,70
3 Monate	502,45	501,20
6 Monate	517,65	516,60
12 Monate	545,10	544,15
Platin (£-Feinunze) London	24. 5.	23. 5.
fr. Markt	212,85	216,20
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	80,85	83,90

New Yorker Preise	24. 5.	23. 5.
Gold H & H Ankauf	315,40	316,75
Silber H & H Ankauf	612,00	618,30
Platin fr. Händlerpr.	276,00–278,00	275,00–278,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	107,00–108,00	107,50–108,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	612,50	613,30
Juni	619,00	615,30
Juli	626,00	624,00
Sept.	639,00	637,30
Dez.	650,50	653,30
Jan	-	643,50
März	-	662,50
Umsatz	-	17 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	24. 5.	23. 5.
Mai	63,10	63,70
Juni	63,70	64,20
Juli	64,35	64,95
Sept.	65,10	65,75
Dez.	65,75	66,50
Jan.	-	64,50
März	-	66,50
Umsatz	-	5000

Londoner Metallbörse

	28. 5.	24. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	872,00–873,00	869,00–870,00
3 Monate	885,00–885,50	892,00–892,50
Blei (£/t) Kasse	295,00–296,00	294,00–294,50
3 Monate	300,00–300,50	300,50–301,00
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1204,0–1205,0	1184,0–1185,0
3 Monate	1199,5–1200,5	1188,0–1189,0
abends Kasse	-	-
3 Monate	-	-
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1193,0–1195,0	1177,0–1179,0
3 Monate	1193,0–1195,0	1178,0–1179,0
Zink (£/t) Kasse	808,00–809,00	831,00–833,00
3 Monate	817,00–818,00	843,00–844,00
Zinn (£/t) Kasse	9835–9838	9590–9595
3 Monate	9810–9811	9550–9551
Quecksilber $/Fl.)	-	-
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	-



Ritt in die falsche Etage

egw – Wien wendet in diesem Frühjahr sein Augenmerk fast manisch auf die Kulturszene vor mehr als einem halben Jahrhundert, mit Jugendstil, mit Hofmannsthal, Altenberg, Otto Wagner, Kokoschka, Karl Kraus, am deutlichsten sichtbar in der stets überlaufenen Ausstellung „Traum und Wirklichkeit", aber auch in Theateraufführungen und Literaturerzeugnissen.

Daß bei dieser Bestandsaufnahme einer fruchtbaren Zeit einige der dominierenden Figuren aus dem Spiel bleiben, ist schwer erklärlich. So findet z. B. einer der bedeutendsten Schriftsteller der Zeit, Alexander Lernet-Holenia, keine Erwähnung. Man könnte seine Stücke mit großem Erfolg geben, aber nein, nichts als Fehlanzeige.

Von Lernet-Holenia erzählt man sich folgende Geschichte: Als er einmal bei Leo Perutz, dem Romancier aus dem bedeutungsvollen Prager Kreis, geladen war, sah er im Vorzimmer ein Schaukelpferd stehen, was seine Reiterphantasie sofort anregte. Und in fröhlicher Laune ritt er auf diesem Spielzeug in das Gästezimmer ein, das mit mehr Personen, als er erwartet hatte, besetzt war – und durchaus mit fremden Menschen. Hatte er lautes Hallo erwartet, so erlebte er nur, wie die Unterhaltung entsetzt verstummte.

Von der Familie Perutz aber keine Spur. Nicht eben überraschend: denn er hatte sich im Stockwerk geirrt. Die damals noch in jedem Haushalt übliche Zofe hatte ihn nicht nach einer Einladung befragt – die Perutz aber wohnten eine Treppe höher. Das wurde ihm blitzartig klar, als er so dahinhoppelte, und ebenso blitzartig ließ er sein Streitroß im Stich, um arg beschämt zu Fuß die Flucht zu ergreifen.

Diesem Ritt mit dem Schaukelpferd ähnelt so manches, was die Wiener heuer über ihre große Zeit vor fünfzig bis achtzig Jahren inszenieren. Gelegentlich hat man da auch den Eindruck, eine Etage zu niedrig und bei der falschen Familie zu sein.

Was hat das Kunstgewerbe von den neuen Museen?

Vorliebe für Vitrinen

Dem Historismus des 19. Jahrhunderts verdanken wir die Wiederentdeckung und Weiterentwicklung alter kunsthandwerklicher Techniken. Auch die Kunstgewerbemuseen entstanden in dieser Zeit, weil den als häßlich empfundenen maschinell gefertigten Gegenständen des täglichen Gebrauchs alte Stücke aus vergangenen Zeiten als Muster und Vorbild gegenübergestellt werden sollten. Zugleich bescherte uns das 19. Jahrhundert jedoch die fragwürdige Unterscheidung zwischen freier und angewandter Kunst, wobei das Kunstgewerbe als zweitrangig eingestuft wurde.

Gegenwärtig scheint man nun wieder dem anderen Extrem zuzuneigen. Das verrät die Inneneinrichtung von zwei neuen Museen, dem Museum für Kunsthandwerk in Frankfurt am Main und dem Kunstgewerbemuseum in Berlin. In beiden Häusern herrscht die Tendenz vor, jedes Stück als einen Solitär zu inszenieren. Dieses „Schatzkammerprinzip" ist z. B. bei den Goldschmiedearbeiten des Welfenschatzes, den man in Berlin in einer hohen kargen Halle zeigt, der einzig die alten Bildteppiche an den Wänden ein wenig Wärme geben, angebracht. Auch lassen sich gestippte Gläser, deren kunstvolle Verzierung nur richtig zur Geltung kommt, wenn sie mit Rotwein gefüllt oder wie in Berlin in einer mit schwarzem Samt ausgeschlagenen Vitrine durch Punktleuchten angestrahlt werden, kaum besser vorführen. Doch bei den meisten anderen Gegenständen geht verloren, daß sie einem praktischen oder repräsentativen Zweck dienen sollten.

Es ist z.B. unbefriedigend, wenn Teile eines Porzellanservices brav neben- und übereinander in einer Vitrine aufgereiht sind, statt daß sie mit allem, was dazugehört, der Tischwäsche, den Gläsern, dem Besteck, den Tafelaufsätzen usw. auf einem Tisch so arrangiert werden, wie das einst üblich war. Dasselbe gilt für die Möbel, die in Berlin wie in Frankfurt als Einzelstücke an die Wand gerückt oder auf ein Podest erhoben sind.

Als das Kölner Kunstgewerbemuseum seine „Verborgenen Schätze" 1977 in der Kunsthalle zeigen durfte, hatte man einen praktikablen Mittelweg gefunden. Teilweise baute man mit Möbeln, Teppichen, Büchern und den repräsentativen Stücken (mochte es auch Nippes sein) die Wohnräume früherer Zeiten nach. Und daneben in großen Vitrinen versammelte man typische Beispiele eines bestimmten Genres. Neu ist dieses Prinzip nicht. Es findet sich im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe oder im Rijksmuseum in Amsterdam. Die Kölner hatten nur gezeigt, wie man es auch in einem völlig amorphen Raum, in dem nicht die Zimmerstruktur der Museen vorgegeben ist, anwenden kann.

Die Berliner haben mit zwei Raumrekonstruktionen – dem Chinesenkabinett aus dem Turiner Palazzo Graneri und dem barocken Spiegelkabinett – sowie dem Salonmobiliar von Carlo Bugatti angedeutet, daß das auch in ihrem Haus möglich wäre. Aber generell bevorzugen sie Vitrinen, auch wenn es sich nicht um sogenannte „Vitrinen-Stücke" handelt. In Frankfurt kommt noch dazu, daß man sich anscheinend zu starr an die Vorgaben des Architekten gebunden fühlt, der sein Bauraster bis in die Schausammlung verlängert sehen wollte.

Da steht dann z. B. der Toilettentisch von Abraham und David Roentgen aus der Sammlung Hirsch auf einem flachen Podest zwischen zwei Vitrinen, so daß man, wenn man das Möbel auch von der Seite sehen will, jedesmal erst diese ausladenden Glaskästen umrunden muß. Oder im Obergeschoß wurde in eine Vitrine ein weißer Gitterrahmen (Meiers Bauraster en miniature) gespannt, in dem die Inros, wiederum zu einem sinnlosen Muster angeordnet, hängen. Die Vitrine ist jedoch zu tief, als daß man Einzelheiten dieser Lackarbeiten richtig erkennen kann. Außerdem ergeben sich durch die Vitrinen oft Durchblicke auf andere Objekte, so daß eine störende Unruhe entsteht.

Und noch ein Manko kennzeichnet den Bau von Richard Meier. Da die Etagen durch die lichtdurchflutete Rampe und die einzelnen Baukörper durch die hellen Glasgänge verbunden sind, sieht sich der Besucher einer Art Adaptionstraining ausgesetzt, weil viele der Ausstellungsräume zum Schutz der Objekte mit gedämpftem Licht auskommen müssen. Diese Probleme haben die Berliner nicht, weil – abgesehen von den hohen Fenstern zu dem kleinen Innenhof – die Räume vorwiegend künstlich beleuchtet werden.

Der Kunst, Kunstgewerbe richtig auszustellen, sollten jedoch beide Häuser mehr Aufmerksamkeit widmen. Die Gefahr, daß die L'art-pour-l'art-Architektur in Frankfurt wie in Berlin den eigentlichen Zweck der Gebäude übertönt, ist sonst zu groß.

PETER DITTMAR

Platte: Das Beste von Bebop-Fürst Thelonius Monk

Mitten ins Jazzerherz

Sein störrisches, kantiges, verqueres Pianospiel klingt den Jazz-Freunden noch im Ohr, seine Kompositionen verkörpern allesamt Jazz-Geschichten und findet sich noch heute im Repertoire fast jeder modernen Band: Thelonius Monk (1917-1982), Eigenbrötler im Leben wie in der Musik, galt neben Charlie Parker und Dizzy Gillespie als Begründer des Bebop-Stils, jener Spielart aus der Aufbruchzeit des modernen Jazz, die gerade heute wieder in den USA, Japan und Europa fröhliche Urständ feiert.

Während der versponnene, in sich gekehrte Mann aus Rocky Mount/North Carolina zeit seines Lebens ein Rätsel blieb, versteht man seine Musik heute um so besser, findet man ohne weiteres Zugang zu den ausgetüftelten Dissonanzen, die sich immer wieder in harmonisches Wohlgefallen auflösen.

Eine Phalanx von berühmten Jazz-, Rockjazz-, Blues- und Avantgardemusikern hat jetzt Theolonius Monks schönste Kompositionen in unterschiedliche Formen gekleidet und ihnen neue harmonische Inhalte abgewonnen: Auf der Doppel-LP „That's the way I feel now – A tribute to Thelonius Monk", erschienen bei A & M-Records (66600-CB 252), rufen stilistisch so unterschiedliche Musikanten wie Gil Evans, Johnny Griffin, Todd Rundgen, Peter Frampton, Doktor John, Sheila Jordan oder Bobby McFerrin teils betörende, teils beschwörende Erinnerungen an Altmeister Monk wach.

„Thelonius", ein kurzes Intro mit Posaune und Baßposaune (Bruce Fowler, Phil Teele), leitet über zu bekannten, singbaren Monk-Evergreens wie „Little Rootie Tootie", „Reflections", „Bolivar Blues", „In walked bud" und „Monk's mood" (in einem faszinierenden Arrangement mit fünf Frenchhörnern). Joe Jacksons Interpretation von Monks Ballade „Round about midnight", mit dunkel waberndem Violin-, Viola- und Cello-Klang und einem swingenden Frage-und-Antwort-Spiel zwischen Klarinette und Piano, ist bestimmt die eigenwilligste Einspielung des alten Hits. Keck, witzig und spritzig jumpt der Titel „Friday 13th" daher – vom Vocal-Star Bobby McFerrin in unnachahmlicher Weise angetrieben. Peter Framptons „Work"-Werk erscheint dagegen ein wenig deplaciert.

Der anrührendste Nachruf auf der Monk-LP stammt von Carla Bley und ihrem Orchester: „Mysterioso", ein ungewöhnlich inniger, sanft swingender Blues, dürfte wohl so manches Jazzer-Herz bewegen.

KLAUS BERGER

Interview mit dem Dirigenten Karl Münchinger

Musik, die niemals erstarren kann

Karl Münchinger ist siebzig, sein Stuttgarter Kammerorchester vierzig Jahre alt. Gegenseitig haben sie sich zu Weltruhm verholfen. Münchingers Bach-Bild war gewissermaßen das der ersten Nachkriegsstunde. Nun sieht es sich von den Nachgeborenen kräftig modifiziert. Doch welcher Bach ist der bessere? Oder der richtige? Die WELT sprach darüber mit Münchinger.

WELT: Herr Münchinger, man hat Sie in den vergangenen vierzig Jahren immer wieder als „Musiker der goldenen Mitte" bezeichnet. Sie sind ja aber auch in der „goldenen Mitte" Deutschlands geboren: im Schwabenland.

Münchinger: Das schon, aber die eine Mitte hat mit der anderen wenig zu tun. Ich musiziere nicht im schwäbischen Brezelstil, allerdings aber mit dem Behagen, das daraus resultiert, in einer besonders begünstigten Region aufgewachsen zu sein, umgeben von den Hügeln und Wäldern der Schwäbischen Alb, die ja denen Thüringens nicht unähnlich sind, die einst Johann Sebastian Bach umgaben. Und vielleicht ist auf diesem landschaftlichen Umweg meine Herkunft doch auch ein bißchen in meine Bach-Interpretation eingegangen.

WELT: Stand diese Lust am musikalischen Behagen auch Pate bei der Gründung Ihres Kammerorchesters?

Münchinger: Das Gegenteil ist richtig. Nicht dem Behagen, der Opposition entsprang das Stuttgarter Kammerorchester: dem Widerstand gegen die großen Sinfonieorchester, die bis dahin fetten philharmonischen Bach aufgeführt hatten – und einige Kollegen aus der älteren Generation schwelgen darin ja noch heute und nennen das Tradition. Aber diese Tradition ging für mich vor vierzig Jahren schon unter. Damals gab es ja Stücke, die geradezu wie heilige Kühe behandelt wurden. Keiner durfte Hand an sie legen, um sie neu durchzuproben. Beim Niedersächsischen Symphonieorchester in Hannover während des Krieges habe ich mir schon geschworen, damit Schluß zu machen. Ich hatte mein Kammerorchester bereits im Kopf, lange bevor ich es gründete.

WELT: Heute gibt es Kammerorchester in Fülle. Warum gab es sie vor Münchinger so selten?

Münchinger: Weil die Klangvorstellungen des Publikums andere waren. Es gab so etwas wie den Gewohnheits-, den Einheitsklang, den bauchigen. Der mußte den Hörern erst einmal abgewöhnt werden. Man kann sich das gar nicht mehr richtig vorstellen: Damals war ja sogar ein Instrument wie die Trompete musikalisch nicht recht salonfähig und wurde heimlich belächelt.

WELT: Die großbürgerlichen Klangvorstellungen mußten also erst einmal in die Intimität der Kammerorchestersprache übersetzt werden. Kam Ihnen dabei nicht zu Hilfe, daß das Bürgertum durch den Krieg zerstört schien; die Zeit damit reif war für den künstlerischen Entschlackungsprozeß, die „musica povera"?

Münchinger: Die Wirklichkeit sah anders aus. Mir drängten ja viel mehr Musiker zu, als ich für meine Pläne gebrauchen konnte. Sie waren in den Nachkriegswirren da oder dort untergekrochen. Nun kamen sie aus den Höhlen heraus. Die Musik strampelte sich wirklich und wahrhaftig haufenweis per Fahrrad wieder zusammen – mit einer Begeisterung, die man sich beim Gewerkschaftshickhack von heute gar nicht mehr vorstellen kann. Auch gab es natürlich weder Noten noch Agenturen, von Konzertsälen ganz zu schweigen. Der von Stuttgart befand sich in einem Krankenhaus und wird jetzt wieder als Operationssaal genutzt.

Heute gibt es für junge Künstler ja nur noch weltstrategische Überlegungen, ob man zunächst London und New York oder Paris und Berlin erobert. Wir eroberten erst einmal die Umgebung von Stuttgart. Was ich auch nicht wußte – denn es hatte mir ja noch keiner vorgemacht –, war, daß man auch mit einem Kammerorchester sich eine Welt erobern kann und noch dazu mit einem Mini-Programm, sich gründend vor allem auf das kammerorchestrale Werk Bachs. Dennoch gelang es uns, eine erste Renaissance des Bach-Erlebnisses zu bewirken, auf der andere dann bauen und sie nach ihrer Art modifizieren konnten.

Man vergißt aber auch nur zu leicht, daß wir zu den ersten gehörten, die nach dem Krieg in Frankreich musizierten. Das war 1949, und wir wurden vorgewarnt, wenn in der Pariser Salle Gaveau Tumulte ausbrechen sollten, Ruhe zu bewahren.

Tumulte brachen auch aus, aber es waren Tumulte der Freude, solche künstlerischer Natur. Es herrschte eine Begeisterung, wie ich sie in keinem anderen Land je wieder erlebt habe. Darauf basiert meine Liebe zu Frankreich noch heute. Die Franzosen haben, so scheint es mir jedenfalls, mein Bach-Bild in der Folge zu dem ihren gemacht.

WELT: Die europäische Bach-Renaissance hat aber nun andere Wege eingeschlagen als jene, die Sie beschritten. Fühlen Sie sich zum alten Eisen geworfen?

Münchinger: Das alte Eisen gibt noch immer im Jahr an die hundert Konzerte. Überdies: Bach künstlerisch neu zu diskutieren, ist doch sehr gut, wenn ich auch noch immer bezweifle, daß Bachs Musik zu seinen Lebzeiten wirklich so geklungen hat, wie es uns manche neuerdings weismachen wollen. Jeder bricht eben eine andere Lanze für Bach.

WELT: Nun war ja Bach auch noch einer der bedeutendsten Virtuosen der Zeit, ihr Horowitz sozusagen, und nun soll es die alte Fiedel plötzlich unter einem beliebigen Kinn machen und den wahren Bach präsentieren?

Münchinger: Nein, eben nicht. Auch wenn sie jetzt im Schwange stehen, halte ich die auf Alt gequälten Interpretationen für ebenso falsch wie die vielbelästerten Traditionen.

WELT: Herr Münchinger, Ihr Bach-Bild haben Sie vor vierzig Jahren der Welt bekannt gemacht. Hat es sich seitdem verändert, oder scheint es jetzt auf wie ein steinerner Gast?

Münchinger: Das hoffe ich nicht. Das wäre ein künstlerisches Todesurteil, und ich setze musikalisch auf Freispruch: durch unaufhörliches Neuerleben der von mir dirigierten Musik, die nicht abreißende künstlerische Auseinandersetzung mit diesem unausschöpfbaren Werk. Es kann nicht absterben in mir, nicht erstarren. Ich versuche, es in immer höherer Vollkommenheit vorzustellen.

WELT: Wer dirigiert außer Ihnen das Stuttgarter Kammerorchester?

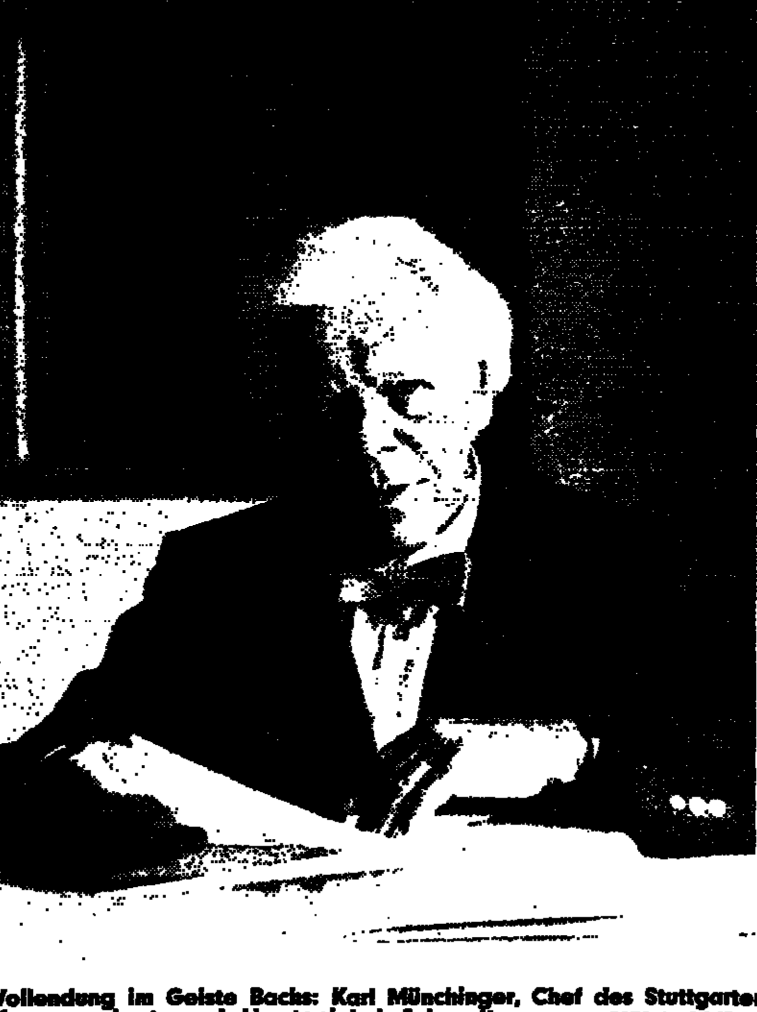
Münchinger: Keiner. Es ist von mir geprägt worden und hat von mir seinen nicht zu verwechselnden Klang. Jedes Kammerorchester heute kennt übrigens im Grunde nur einen einzigen Dirigenten.

WELT: Würden Sie Ihr Stuttgarter Kammerorchester ein Schallplatten-Orchester nennen?

Münchinger: Nein, obwohl es wahrscheinlich als einziges Kammerorchester der Welt eine Goldene Schallplatte erhielt für eine Million verkaufter Schallplatten einer einzigen Aufnahme. Wir verdanken sie allerdings nicht Bach, sondern Mozarts „Kleiner Nachtmusik".

Aber ein letztes Mal zurück zu Bach und dem Bekanntheitsgrad seines Werkes. Als ich meinen ersten Vertrag für eine Gesamtaufnahme der sechs Brandenburgischen Konzerte unterzeichnet hatte, rief man mich noch einmal zurück, bloß um mich zu verwarnen. Man kenne schließlich seine Pappenheimer. Erst wollten sie sechs Brandenburgische Konzerte machen, und am Schluß wären es dann plötzlich neun. Diese überschüssigen drei jedenfalls würde man nicht bezahlen. Aber nicht nur deswegen habe ich sie bis heute nicht aufgenommen.

KLAUS GEITEL



Vollendung im Geiste Bachs: Karl Münchinger, Chef des Stuttgarter Kammerorchesters, wird heute siebzig Jahre alt FOTO: HUGO JEHLE

Riber inszenierte Cherubinis „Medea" in Bonn

Primadonna im Vakuum

Mit Cherubinis „Medea" reckte sich Katia Ricciarelli bei ihrem Bonner Rollendebüt hoch in den Primadonnen-Zenith hinein. Es war ja eine der legendären Taten der großen Callas, als sie in den fünfziger Jahren jenen klassizistischen Faltenwurf in hochdramatische Wallungen versetzte, in den Cherubini die schrillste unter den antiken Tragödinnen gehüllt hatte. Bis zur Callas ahnte man ja überhaupt nicht, was sich alles darunter verbarg.

Aber selbst nach Leonie Rysanek oder Anja Silja und erst recht nach Katia Ricciarelli weiß man freilich auch, daß es damals die Callas schon sein mußte, um die Kindsmörderin aus dem wilden Kolchis und damit das Publikum zum Rasen zu bringen. Ihr Elan vital blieb unwiederholbar, sie war wie eine Explosion in Cherubinis manchmal doch etwas fader Gluck-Nachfolge.

Gewiß, bei der Ricciarelli war viel, fast alles da, was für diesen Primadonnen-Kraftakt über drei Akte nötig ist: ein durchschlagendes Forte, eine auch noch in den lyrischen Retardierungen bewahrte Spannung und die Robustheit, sich über die Riesendistanz einer unaufhörlichen Steigerung am Ende nicht von allen Kräften verlassen zeigen zu müssen. Selbst den heiklen Tiefen blieb sie kaum etwas schuldig. Dennoch, hinter den dramatischen Exaltationen der Callas blieb sie dann doch schier hoffnungslos zurück. Das war die Crux der Bonner Aufführung.

Denn auf mehr lief es erwartungsgemäß auch in der Inszenierung des Hausherrn Jean-Claude Riber nicht hinaus, als um die Titelheldin herum allerhand statuarische Langeweile zu drapieren. Doppelt mißlich dann, wenn diese ein Vakuum der aufgesetzten Gesten auch nicht ausfüllen kann. Max Bignens kubische, meist in archaisches Halbdunkel gehüllte Bühne hätte sicher mehr Dramatik Raum geben können.

Anton Guadagno hatte kurzfristig von Gianfranco Masini die musikalische Einstudierung übernommen, angeblich wegen dessen physischer Erschöpfung: Optimales war da weder auf der Bühne noch im Orchestergraben zu leisten gewesen. Guadagno trat die Flucht nach vorn an und schlug die Partitur als italienischen Opernbravourakt durch, was dann die auch von Beethoven geschätzten Feinheiten gewiß nicht entdecken ließ.

Neben Katia Ricciarelli muß man vor allem Alexandrina Miltschewa als Neris nennen. Mit ihrer anrührend schön gesungenen Arie im zweiten Akt verdiente sie sich den einzigen wirklich spontanen Applaus des Abends. Siegmund Nimsgern sang den Kreon mit viel Volumen und wenig Flexibilität. Neil Wilson als Jason war von erstaunlicher tenoraler Unscheinbarkeit. Die Partie der Glauce zeigte bei Adelina Scarabelli Grenzen auf. Aber das galt wohl für diese ganze Bonner Opernproduktion.

DIETER SCHÜREN

Probe zur neuen Bonner „Medea", gezeichnet von WELT-Karikaturist Klaus Böhle hinter den Kulissen. Ein Dutzend von Böhles Skizzen ist im Foyer der Oper ausgestellt.

Frankfurt: Ein Krankenhaus-Stück von F. Moritz

Vom Patienten gesehen

„Einschnitt – ein Mann fällt um", Hospital- und Rehabilitationsmomente, aufgezeichnet und inszeniert von Frank Moritz im Frankfurter Kammerspiel, das ist kein Theaterstück und möchte doch eins sein mit seinen rasch wechselnden Szenen unter bestechender Licht- und Klangregie. Es ist pure Realität, die fast jeder unfreiwillig als Patient oder freiwillig als Blumenstraußbringer kennt. Und doch ist es kein Dokumentarstück, da es keine entlarvende Analyse erstellt und sich nicht als *Tribunal gebärdet. In der Hauptsache* handelt es sich um ärztliche Versuche, Halbgelähmte wieder gehfähig zu machen und Querschnittgelähmten zu einer optimistisch stimmenden Tätigkeit zu verhelfen. Auch das wird nicht als sinnlos verhöhnt, außer im Programmheft.

Unter den zahlreichen Begleittexten drückt sich einer folgendermaßen aus: „Ein Mensch hat in der Gemeinschaft die Aufgabe zu funktionieren ... Er wird repariert ... Vielleicht will er das nicht ..." Das scheint einer sinnlosen Ideologie zu entspringen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß meine zerschmetterte Ferse nicht die Aufgabe in mir weckte, der Gesellschaft den Gefallen meines Funktionierens zu tun, sondern den Wunsch, wieder gehen zu können und von jederart Gesellschaft unabhängig zu sein. Sinnvoll ist das Zitat nur für solche hoffnungslosen Fälle, die den Willens- und Intelligenzanstrengungen des Trainings nicht gewachsen sind, endlich in Ruhe gelassen werden möchten und dennoch die volle Hilfe der Kommunität verdienen. Ein vermutlich so ausgehender Fall ist eine querschnittgelähmte Geschiedene, die von einem Halbgelähmten eine schüchterne und hoffnungslose erotische Annäherung erlebt, hoffnungslos, da sie unterhalb des Nabels „nichts mehr fühlt". Ob die beiden es dennoch schaffen, bleibt offen und zweifelhaft.

Alle typischen Szenen: Hereinfahren eines frisch eingelieferten Bewußtlosen, Hinausfahren eines soeben Verstorbenen, routinehafte Morgenwäsche durch eine eilige Schwester, Besuch einer hilflos tröstenden Mutter, Herumschwirren eines Geistesgestörten und dies und anderes passieren in blitzblank antiseptischen Arrangements. Es ist wie loses Material zu einer Broschüre, nicht gerade à la „Hotel zum Ochsen, Ferien im Schwarzwald mit Swimming-pool und Konferenzräumen", aber doch etwa in dem Tenor. Trotz Routine und gelegentlicher Nervosität finden Sie hier die modernsten Hilfsmittel und eine freundlich-hilfsbereite Atmosphäre, und so sollten es die nur teilweise Rehabilitierten später auch zu Hause und in ihrer Umgebung antreffen. (Letzteres steht mehr im Programmheft.)

Am Ende erscheint während des Applauses für die tüchtigen Darsteller das lebende Beispiel auf der Bühne. Frank Moritz kommt aus den Kulissen, schwer behindert, und winkt ab; er geht nicht vor bis zur Rampe. Im Programmheft: „Langer Krankenhausaufenthalt. ‚Einschnitt' ist aus den Erfahrungen seiner Krankheit entstanden."

Das Stück ist kein regelrechtes Theaterereignis, dafür aber eine respektvolle Werbung für Mitmenschlichkeit.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

KULTURNOTIZEN

Die Oper „Stephen Climax" von Hans Zender, seit 1984 Generalmusikdirektor der Stadt Hamburg, wird am 15. Juni 1986 in Frankfurt uraufgeführt.

Französische Porträtmalerei aus der Zeit von Ludwig XIII. bis zu Napoleon III. ist im Palazzo Pitti in Florenz ausgestellt.

Arbeiten Constantin Meuniers aus dem Meunier-Museum in Brüssel sind derzeit in einer Prager Ausstellung zu sehen.

Der 5. Internationale Experimentalfilm-Workshop findet vom 6. bis 9. Juni in Osnabrück statt.

Sir Reginald Goodall wird an der English Nationalopera seinem „Tristan" in der kommenden Spielzeit Wagners „Parzifal" folgen lassen.

JOURNAL

Uni-Bibliotheken weiter stark gefragt

AP, Berlin

Die Universitätsbibliotheken in der Bundesrepublik haben im vergangenen Jahr 7,7 Prozent mehr Bücher ausgeliehen, während die Ausleihzahlen der öffentlichen Büchereien stagnierten. Bereits 1983 hatten die Uni-Ausleihen mit 10,6 Prozent erheblich zugenommen. Für Neuerwerbungen standen den 56 Universitätsbibliotheken 1984 insgesamt 149,4 Millionen Mark, 8,1 Prozent mehr als im Vorjahr, zur Verfügung. Damit konnten die Preissteigerungen vor allem bei ausländischer Literatur und die Wechselkursschwankungen annähernd ausgeglichen werden.

New Yorker Orchester auf Europa-Tournee

dpa, Frankfurt

Das New York Philharmonic Orchestra unter der Leitung von Zubin Mehta startet am 30. Mai in London eine einmonatige Europa-Tournee. Weitere Konzerte sind unter anderem in Frankfurt, München, Berlin, Dresden, Leipzig, Amsterdam, Stuttgart, Budapest, Wien, Paris, Athen und Istanbul geplant. Auf dem Programm stehen die europäischen Erstaufführungen von Werken der amerikanischen Komponisten George Crumb und Jakob Druckmann.

Wieder „Jazzbühne" in Ost-Berlin

HS. Berlin

Die diesjährige „Jazzbühne", das repräsentativste Jazzfestival der „DDR", findet in Ost-Berlin vom 21. bis zum 23. Juni statt. Zu den internationalen Stars der Veranstaltung gehören James Blood Ulmer, Betty Carter, Chris Hinze, das Vienna Art Orchestra und Lembit Saarsalu aus Estland. Der westdeutsche Gitarrist Franz de Byl wird ein Solokonzert geben.

Sprüche zur Konfirmation, Bilder zur Kommunion

DW. Detmold

Kommunion und Konfirmation sind nicht nur wichtige Ereignisse im religiösen Leben, längst verbinden sich mit ihnen auch gesellschaftliche Feste. Und damit das Geschehen in der Erinnerung bewahrt wird, erhalten die Konfirmanden und Kommunianden Gedenkblätter. Diese Konfirmationsscheine und Kommunionsbilder sind wichtige Zeugnisse für die Volkskundler. Deshalb werden sie seit etwa zwanzig Jahren im Westfälischen Freilichtmuseum in Detmold gesammelt. Einen Überblick über den Bestand, der die Zeit von 1830 bis zur Gegenwart umfaßt, vermittelt der Band „Sprüche zur Konfirmation – Bilder zur Erstkommunion", der von Kurt Dröge (350 S., mehr als 500 Abb., 58 Mark) im Auftrag des Museums herausgegeben wurde.

600 Musiker beim Festival von Bath

J. St. Bath

An dem diesjährigen Festival in der englischen Römerstadt Bath, das noch bis zum 9. Juni dauert, werden 600 Musiker und 400 andere Künstler teilnehmen. Bachs Matthäus-Passion wird in der Kathedrale der Nachbarstadt Wells und Händels und Scarlattis wichtigste Werke werden in der Abtei von Bath aufgeführt werden. Die Kent Opera präsentiert im Theatre Royal Händels komische Oper Agrippina. Zu den Mitwirkenden des Festivals gehören u. a. Radu Lupu, Christopher Hogwood, John Eliot Gardiner, George Melly und Sir Michael Tippet, der seinen 80. Geburtstag in diesem Jahr feiert. Programme, Buchungen und Auskünfte vom Bath Festival: Box Office, Linley House, 1 Pierrepont Place, Bath BA1 1JY.

Ausstellung über Thomas Manns Werk

dpa, Karlsruhe

Eine Thomas-Mann-Ausstellung ist im Rahmen der „Europäischen Kulturtage" in Karlsruhe zu sehen. In über 50 Vitrinen werden im „Oberrheinischen Dichtermuseum" Dokumente zum Leben und Werk des Schriftstellers gezeigt. Die Ausstellung geht bis zum 30. Juni.

Harold Hecht †

dpa, Hollywood

Der amerikanische Filmproduzent Harold Hecht, der sich mit Oscar-gekrönten Filmen wie „Cat Ballou" und „Marty" einen Namen gemacht hat, ist im Alter von 77 Jahren in Beverly Hills an Krebs gestorben. Hecht hatte Ende der vierziger Jahre mit der Hollywood-Tradition gebrochen und eine unabhängige Produktionsgesellschaft gegründet, in der auch sein langjähriger Freund und Partner, der Schauspieler Burt Lancaster, mitwirkte. In dem 1965 entstandenen Filmklassiker „Cat Ballou" begründete übrigens Lee Marvin seinen Ruf als Filmstar: Für seine Darstellung einer Doppelrolle in diesem Western hatte er den Oscar erhalten.

Wenn Golfbälle aus Eis vom Himmel fallen

R. ZEWELL, Bonn

Mit Temperaturen von örtlich über 30 Grad Celsius hat der Sommer zu Pfingsten seinen Einstand gegeben. Der Hitze tagsüber folgten am Montag in den späten Nachmittagsstunden örtlich schwere Gewitter und die ersten Hagelschauer dieses Jahres – besonders dramatisch in St. Augustin bei Bonn. Hier fielen Hagelkörner in der Größe von Golfbällen.

Wie Christian Koch, Meteorologe vom Wetterdienst in Essen, gestern der WELT erklärte, hatte sich in den Nachmittagsstunden eine Wolkenfront (Cumulonimbus) in der Höhe von elf bis 14 Kilometern aufgebaut. Dies habe zu einer besonders „energischen Umschichtung" der Luftmassen geführt und schließlich zu dem Hagelschauer. Dieser ging auf räumlich eng begrenztem Gebiet nieder.

Starke Aufwinde reißen die Tröpfchen in die Höhe

Der Entstehung dieses meteorologischen Phänomens sind die Wissenschaftler durch den Einsatz von Forschungsflugzeugen, die Auswertung von Radarmessungen und die Analyse der Hagelkörner auf die Spur gekommen. Zunächst der allgemeine Vorgang der Hagelbildung: In Gewitterwolken reißen starke Aufwinde von fünf bis 30 Meter pro Sekunde kleine Wassertröpfchen, deren Durchmesser nur einige Tausendstel Millimeter beträgt, in die Höhe. Für ihre Bildung müssen sogenannte Kondensationskerne vorhanden sein. Diese können Partikel aus Industrie-Abgasen sein. Sie sind in der Atmosphäre bis zu einer Höhe von 5500 Meter ausreichend vorhanden.

Wenn nun solche Wassertröpfchen über die Null-Grad-Grenze (im Sommer liegt diese bei etwa 3500 Meter Höhe) aufsteigen, gefrieren sie, wenn „Gefrierkerne" (auch „Hagelembryos" genannt) vorhanden sind. Das sind feste Partikel, etwa von Tonerde, die vom Erdboden aufgewirbelt wurden und die Eigenschaft besitzen, einen Eiskristall zu bilden. Sie sind in der Atmosphäre jedoch nur in geringen Konzentrationen vorhanden.

Besondere dynamische Bedingungen in der Wolke

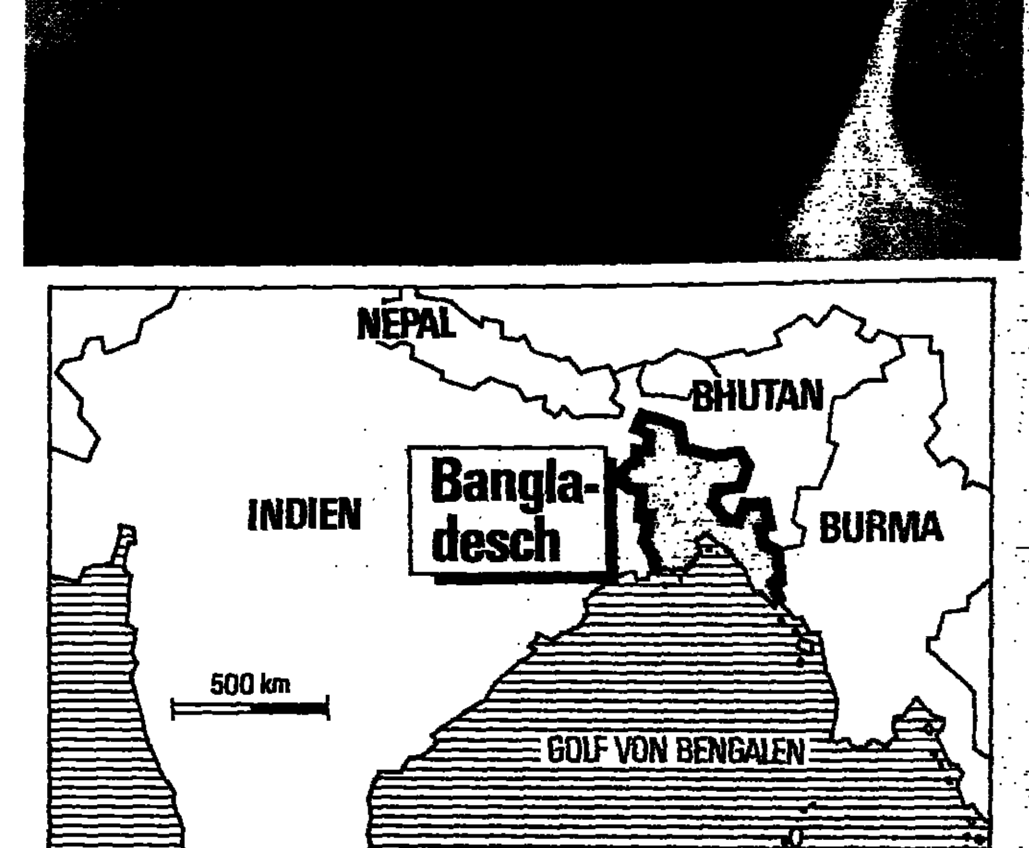
Der Prozeß der Hagelbildung verläuft nun in mehreren Stufen. In der Gewitterwolke mit ihren stürmischen Aufwinden werden sehr viele unterkühlte Tröpfchen in große Höhe hinaufgetragen. Dabei wachsen sie vor allem durch den Zusammenstoß mit anderen unterkühlten Tröpfchen sehr schnell. Die anfangs kleinen und lokckeren Eisgebilde, Graupeln genannt, können dann in etwa 15 Minuten zu Hagelkörnern mit Durchmessern von zwei bis drei Zentimeter anwachsen. Wird ein solches Hagelkorn zu schwer, beginnt es zu fallen und nimmt dabei noch an Umfang zu. Bei einem Durchmesser von mehr als 1,5 Zentimeter reicht dann der Fall durch wärmere Luftschichten nicht mehr aus, das Korn zu schmelzen.

Die Bildung extrem großer Hagelkörner setzt aber nur ein, wenn besondere „dynamische Bedingungen" in der Gewitterwolke gegeben sind: In einem starken Aufwind von über 30 Meter pro Sekunde werden die Eisteilchen wie in einem Windkanal nach oben gerissen, weichen dabei aber in benachbarte ruhigere Zonen mit Gefrierkernen, in den sogenannten „Embryo-Vorhang", aus und wachsen dort zu Graupeln heran. Daraufhin gelangen sie wieder in den Aufwindkanal, wo sie zu großen Hagelkörnern heranwachsen. Schließlich fallen diese im hinteren Teil des Gewitters zu Boden und richten dort die bekannten Verheerungen an, Schäden, die jährlich weltweit mit mehr als drei Milliarden Mark zu Buche schlagen.

Immer neue Schreckensmeldungen aus Südostasien / Schlimmste Unwetterkatastrophe des Jahrhunderts? / 41 41 41 Spendenkonto des DRK



Bilder der Verzweiflung FOTO: AFP



Die Sintflut von Bangladesch

Auch drei Tage nach der Sintflut von Bangladesch ist die Lage in dem südostasiatischen Kleinstaat noch völlig ungeklärt. Immer neue Schreckensmeldungen machen die Runde. Schon wird der Vergleich zum bisher schwersten Unwetter dieses Jahrhunderts gezogen, daß 1971 ebenfalls Bangladesch – damals freilich noch als Ostpakistan geführt – heimsuchte und zwischen 100 000 und einer halben Millionen Todesopfer forderte.

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

Die Gebäude der Gemeindeverwaltung von Noankali, einem Ort an der Südküste Bangladeschs, knapp 150 Kilometer von der Hauptstadt Dacca entfernt, gleichen einer riesigen Leichenhalle. Hunderte von ertrunkenen Menschen sind dort aufgestapelt, um in Massengräbern beerdigt zu werden. In unmittelbarer Nähe hocken zusammengepfercht die Überlebenden, die gerde noch dem todbringenden Zyklon, der in der Nacht zum Samstag fast die gesamte Südküste Bangladeschs erfaßt hat, entronnen sind. Sie haben alles verloren. Ihre Kleidung – nichts als Fetzen. Ihr Vieh – tot. Die Ernte – vernichtet. Ihre Fischerboote – zerschlagen. Ihre Zukunftschancen gleich Null. Das Land auf Jahre hinaus unfruchtbar geworden. Bangladesch, halb so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, mit 100 Millionen Menschen hoffnungslos überbevölkert, das Armenhaus der Welt mit dem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 400 Mark (!), steht mitten in der schlimmsten Katastrophe seiner Existenz.

Keiner weiß, wieviele Tote der Zyklon und die folgende Sturmflut mit bis zu 15 Meter hohen Wellen gefordert hat. Offiziell spricht man von 25 000 Toten, inoffiziell von 40 000; Helfer halten das für baren Unsinn. Angesichts der Leichenberge, denen sie begegnet sind und der Tausenden von angeschwemmten menschlichen Kadavern befürchten sie 100 000 und mehr Opfer.

Mit einer Spitzengeschwindigkeit von 225 Kilometern pro Stunde raste der Zyklon, über den Golf von Bengalen, trieb Milliarden Tonnen der braunen Fluten vor sich her, drückte die Wasserberge an die 100 Kilometer landeinwärts. Bangladesch – ein Land ohne Deiche, ein Land auf Meereshöhe – ist diesem Wüten der Natur schutzlos ausgeliefert. Nichts ist mehr übriggeblieben von zahlreichen Inseln. Wie rasiert liegen sie unter einer Dunstglocke von 40 Grad Hitze. Zum Entsetzen über den Tod kommt jetzt für die Überlebenden die Angst vor Seuchen und Krankheiten hinzu.

Überall Bilder der Verwüstung. Die Flutwellen waren so stark, daß sie Schiffe aufs Land gesetzt haben – vier Ozeanriesen beispielsweise, die sich losgerissen haben – Bahnschienen verbogen und ganze Gemeinwesen ausgelöscht.

Tausende von Helfern sind seit dem Wochenende pausenlos im Einsatz. Ihre Berichte lassen erschauern. Marine-Soldaten passierten Hunderte von Leichen, treibend auf einem der Küstenflüsse. Auf den südlich gelegenen Inseln soll nur noch jeder Fünfte überlebt haben. Und manche Inseln hatten 10 000 Einwohner. In den Dörfern im Distrikt Noakali ertranken mindestens 6000 Menschen, in Sundram wurden 3000 Leichen geborgen, alle 5000 Einwohner des Küstendorfs Char Clark wurden durch die Flutwelle aufs offene Meer hinausgetrieben. Nur wenige konnten von den Marineschiffen geborgen werden.

Ebenso wie über die Zahl der Toten haben die Behörden naturgemäß keine Übersicht über die Zahl der Vermißten. 40 000 sollen es sein. Wer will das überblicken? Kann die Zahl nicht leicht drei- oder zehnmal so hoch sein?

So fehlt von den Bewohnern der Insel St. Martin jede Spur, 5000 haben hier gelebt. Aber viele sollen, so die Fama, auch gerettet worden sein: 500 Menschen las ein Marineboot auf. Die Geretteten hatten sich 30 Stunden lang in der Nähe der Insel Sandwip, im Wasser treibend, an Bretter, Baumstämme und Astwerk geklammert, um nicht zu ertrinken.

Der Zyklon drang weit ins Landesinnere ein. Aus der Mündung des Flusses Meghna in die Bay von Bengalen bergen Rettungsmannschaften täglich Tausende von Toten, die mit dem Wasser Richtung Meer geschwemmt werden.

Wo die Straßen zerstört sind, versorgt die Luftwaffe die „Landbrüchigen" mit Lebensmitteln und Trinkwasser. Tagelang werden sie noch ausharren müssen, rechnet ein Armee-Sprecher vor, ehe Zeit zum Abtransport besteht. „Wir haben einfach zuviel zu tun."

Erschwert werden die Rettungsarbeiten von anhaltenden Regenfällen, die dem Zyklon folgten. Und schon droht dem Land durch den Dauerregen eine zweite Flutwelle. Dämme der Flüsse Khowai, Dhalai und Kang Gumti weiter im Norden sind bereits zum Teil zerstört.

Seit gestern wehen die Flaggen des Landes auf Halbmast. Präsident General Ershad hat Staatstrauer angeordnet.

Das Deutsche Rote Kreuz hat unter der Nummer 41 41 41 ein Sonderkonto eingerichtet.

NEPAL
BHUTAN
INDIEN
Bangla-desch
BURMA
500 km
GOLF VON BENGALEN

LEUTE HEUTE

Blind-Gänger

Der katalanische Zauberkünstler **Bernardo Moya** muß einen „sechsten Sinn" haben. Anders ist kaum zu erklären, daß er gestern mit fest verbundenen Augen 20 Minuten lang sein Auto durch die belebte Innenstadt seines Wohnorts Sant Feliu de Llobregat bei Barcelona steuerte, ohne anzuecken. Der Magier bedeckte seine Augen mit Plastilin, Wattebäuschen, Kartondeckeln und einer schwarzen Kapuze und steuerte den Wagen völlig normal durch den Verkehr. Die Polizei hatte zwar sicherheitshalber einen motorisierten Polizisten und zwei Einsatzwagen vorausgeschickt, dem Magier aber unterlief nicht der geringste Schnitzer. Den Trick (oder seine besondere Gabe) wollte Moya nach der gelungenen Demonstration seines Könnens nicht preisgeben.

Lieber draufhalten als vollbremsen

Wildunfälle haben sich in zehn Jahren verdoppelt / Verkehrstips vom HUK-Präsidenten

E. REVERMANN, Hannover

Die enorm steigende Tendenz bei Unfällen mit Tieren im Straßenverkehr könne nur durch besonnenes Verhalten der Autofahrer gestoppt werden. Unter Umständen sei der volkswirtschaftliche und menschliche Schaden weit geringer, wenn ein Autofahrer – statt riskante und lebensgefährliche Ausweichmanöver zu wagen – ein Tier einfach überfahre. Dies erklärte der Vorsitzende des Versicherer-Dachverbandes HUK, Heinz Sievers, gestern in Hannover.

Sievers bezifferte den durch Kollisionen mit Wild entstandenen Materialschaden auf heute mehr als 165 Millionen Mark jährlich. Dies sei nahezu eine Verdoppelung in einem Zeitraum von zehn Jahren. Jeder Wildunfall schlage heute im Durchschnitt mit rund 2024 Mark zu Buche.

Der in Münster residierende HUK-Vorsitzende stützte sich auf Langzeituntersuchungen seiner Organisation und bedauerte, daß jährlich mehr als 50 Verkehrstote und 2000 Verletzte durch Wildunfälle zu beklagen seien.

Er riet den Autofahrern, bei plötzlich auftauchendem Wild auf keinen Fall extrem hart zu bremsen und so die Kontrolle über das Fahrzeug zu verlieren. Nur sinnvolles Beherrschen der Bremstechnik mildere den Schaden – „andernfalls ist ein Überfahren der Tiere – so makaber es auch klingen mag – immer noch weniger gefährlich, als sich und andere Verkehrsteilnehmer durch riskante Ausweichmanöver in Gefahr zu bringen".

Sievers bedauerte, daß gerade jetzt in der Frühlingszeit bei verstärktem Wildwechsel vor allem in der Dämmerung Warnschilder von Autofahrern so gut wie gar nicht beachtet würden. „Ich kenne kaum einen Fahrer, der bei ‚Achtung Wildwechsel' seine Fahrgeschwindigkeit mindert; dabei sind gerade einsame Gegenden mit viel Wald- und Wiesenbestand die gefährlichsten", sagte Sievers.

Der HUK-Chef verwies noch einmal darauf, daß nur bei Teil- oder Vollkasko ein Schaden versicherungsmäßig abgedeckt sei. In der Teilkasko gelte dies jedoch nur dann, wenn bei Unfällen mit Haarwild eine Kollision tatsächlich nachweisbar sei.

Bei Unfällen durch herumlaufende sogenannte Wohlstands- und Luxustiere, etwa Hunde (sofern es sich nicht um Jagd- oder Wachhunde handelt) oder Katzen – hier sei eine enorme Steigerung festzustellen – hafte der Tierbesitzer.

Ärztin wurde Honorar gekürzt

dpa, Kassel

Wenn ein Arzt überdurchschnittlich viele Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausstellt, kann ihm das Honorar gekürzt werden. Das hat das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel entschieden (Aktenzeichen 6 RKa 7/84) und damit die Revision einer Allgemeinärztin zurückgewiesen, die den Fachgruppendurchschnitt bei Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen um 148 Prozent überschritten hatte. Die Ärztin hatte die Auffassung vertreten, das auf Statistik beruhende Prüfungsverfahren sei bei Krankschreibungen nicht anzuwenden. Grundlage für die Kürzungen ist das Sparsamkeitsgebot in der Reichsversicherungsordnung. Ärzte und Krankenkassen handeln danach Honorarverträge aus, die bei starker Überschreitung der Mittelwerte auch Kürzungen beinhalten können.

Frauentaxis in Tübingen

xhk, Tübingen

In Tübingen als erster deutscher Stadt wird es wahrscheinlich noch in diesem Sommer „Frauentaxis" geben: Für nur 1,60 Mark, den Preis einer städtischen Busfahrt, können sich Frauen nach Anbruch der Dunkelheit nach Hause fahren lassen. Zu diesem Zweck hat die Mehrheit im Tübinger Gemeinderat, bestehend aus SPD, Alternativer Liste und DKP sowie der Freien Liste, 25 000 Mark aus Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt. Weitere 50 000 Mark sind für Notrufanlagen in Parkhäusern bewilligt worden. Fachleute rechnen damit, daß die 25 000 Mark höchstens acht Wochen reichen werden. In Tübingen leben 40 000 Frauen.

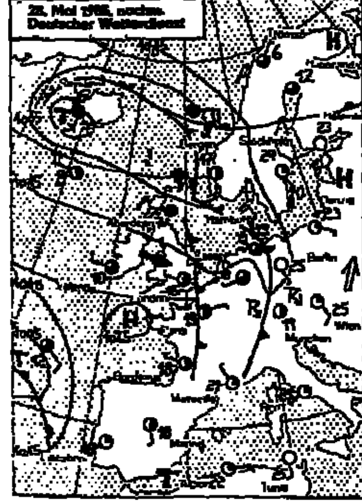
Blüten-Träume geplatzt

F. D. Berlin

In der Wohnung eines 43jährigen Berliner Kellners hat die Kriminalpolizei jetzt gefälschte US-Dollars im Wert von mehr als 3,3 Millionen Mark sichergestellt. Der Mann hatte die „Blüten" im Keller gedruckt, die er auf privatem Wege über Freunde in Umlauf bringen wollte. Für 750 000 falsche Dollars verlangte er 225 000 Mark. Der Handel platzte. Der vermeintliche Kunde war von der Kripo.

WETTER: Im Süden Regen

Wetterlage: Der Süden wird noch von Störungsresten beeinflußt. Das nordwestliche Deutschland gelangt in den Bereich eines Hochdruckgebiets, das sich von der Biskaya nordostwärts zur Nordsee hin ausdehnt.



Vorhersage für Mittwoch:
Im nördlichen Deutschland wolkig mit zunehmenden Aufheiterungen. Weitgehend niederschlagsfrei. Nachmittags um 20 Grad, nachts um 12 Grad. Im Süden stark bewölkt. Zum Teil länger andauernde und ergiebige Regenfälle, örtlich mit Gewittern. 17 bis 21 Grad C.

Weitere Aussichten:
Im Norden heiter bis wolkig, trocken und mäßig warm. Im Süden Niederschlagsneigung nur zögernd nachlassend. Temperaturen wenig verändert.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	25°	Kairo	30°
Bonn	17°	Kopenh.	20°
Dresden	24°	Las Palmas	21°
Essen	18°	London	15°
Frankfurt	19°	Madrid	18°
Hamburg	19°	Mailand	25°
List/Sylt	16°	Mallorca	21°
München	19°	Moskau	23°
Stuttgart	17°	Nizza	22°
Algier	22°	Oslo	20°
Amsterdam	17°	Paris	19°
Athen	26°	Prag	2°
Barcelona	21°	Rom	25°
Brüssel	19°	Stockholm	24°
Budapest	27°	Tel Aviv	29°
Bukarest	24°	Tunis	25°
Helsinki	23°	Wien	25°
Istanbul	21°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.13 Uhr, Untergang: 21.27 Uhr; **Mondaufgang:** 16.35 Uhr, Untergang: 3.30 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Frau von Weizsäckers Einsatz an der Drogenfront

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Kokainwelle, die zur Zeit über Europa hinwegschwappt, hat in die Dokumente über den Weltwirtschaftsgipfel von Bonn eine Erklärung mit weitreichenden Folgen einfließen lassen, die Erklärung zu einem Problem, das offiziell überhaupt nicht zur Debatte stand.

Denn „nur am Rande des Treffens der Staats- und Regierungschefs" kamen in Bonn Nancy Reagan und Marianne von Weizsäcker zusammen, um konkrete Pläne zur Eindämmung des Drogenkonsums zu entwickeln. Das „Randtreffen" schlägt sich nun aber im Statement von Bundeskanzler Helmut Kohl zum Ende des Gipfels, abgedruckt im „Bulletin" der Bundesregierung, mit 20 Zeilen nieder – zwei mehr, als der „Strategischen Verteidigungsinitiative" des US-Präsidenten gewidmet wurden.

Was Kohl sagte: „Wir sind entschlossen, das Drogenproblem entschieden zu bekämpfen" oder: „Wir haben vereinbart, daß die notwendigen Vorschläge bis Ende dieses Jahres vorgelegt werden", ist nicht zuletzt auf die Arbeit der Damen Reagan und von Weizsäcker zurückzuführen.

Marianne von Weizsäcker hat Anfang 1985 die Schirmherrschaft über den „Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher" übernommen, von denen es schon über hundert geben soll. Nancy Reagan, die am 24. April dieses Jahres in Washington eine „First Ladies Conference" zum Thema Drogenmißbrauch unter Teilnahme der Frau des Bundespräsidenten abhielt, hat in einer beispiellosen Kampagne in den USA den Eltern von Drogenabhängigen Mut und Hoffnung auf Hilfe gegeben. Sie hat, wie die Amerikaner sagen, „die Ideologie der Droge abgebaut".

Den gefürchteten „Peer-Groups" standen in den Vereinigten Staaten plötzlich Eltern-Gruppen gegenüber. „Peer-Groups" sind Zusammenballungen Gleichgesinnter, die erkannte Drogenabhängige vor allem mit dem Argument verteidigten, daß man sie bei ihrer „Selbstverwirklichung" nicht stören dürfe. Bis zu Nancy Reagans Auftreten hatten weite Kreise es hingenommen, daß auch die Medien teilweise dieser Argumentation folgt[illegible] Konferenz, an der 17 First La[illegible] wurde von der „Ne[illegible] but bedacht: „Dies ist ein historisches Datum – es hat im Weißen Haus niemals ein derartiges Treffen gegeben."

Wie stellt sich die Drogensituation in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit dar? Im Gegensatz zu manchen Nachrichten der letzten Monate hat Marianne von Weizsäcker berichtet: „Die Zahl der Drogentoten, die 1979 einen Höhepunkt erreicht hatte, konnte inzwischen erheblich vermindert werden. Und unter den Drogenabhängigen ist bei uns eine gewisse Verschiebung zum höheren Alter zu verzeichnen."

Das wird vom Büro des Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Professor Franke, im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bestätigt. Im „Opiatbereich", also vor allem bei Heroin, wird ein Rückgang verzeichnet. Die Abhängigen werden generell immer älter, man geht von insgesamt 50 000 aus, zusätzlich von 200 000 „Medikamentenabhängigen" und einer Million Alkoholiker. Die Bundesregierung gibt 1985 über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln zwei Millionen Mark für den publizistischen Kampf gegen Drogen aus, darüber hinaus fließen rund 8,5 Millionen Mark in diesem Jahr Modelleinrichtungen zu, vor allem auf dem Gebiet der „aufsuchenden Sozialarbeit". Es handelt sich dabei um 67 Einrichtungen, die nach dem Prinzip „Mehr Therapie, weniger Strafe" eingerichtet wurden. Zu diesen Beträgen kommen die Millionen von Mark, die die Länder und die Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren in Hamm aufbringen.

Daß Marianne von Weizsäcker zur Schutzpatronin verzweifelter Eltern wurde und sich nicht einer der vielen anderen an sie als Frau des Bundespräsidenten herangetragenen sozialen Aufgaben widmete, geht auch auf die Drogenbekämpfer des Bundesamtes zurück. Sie unternehmen alles, um das Thema zu enttabuisieren und Drogensucht somit aufdeckbar und besiegbar zu machen. Prominente an der Spitze einer solchen Bewegung verheißen einen weiteren Schritt zum Erfolg.

Daß dieser noch nicht so groß ist, wie man es gern hätte, zeigen Berichte der Zollfahndung an deutschen Grenzen, wo 1984 im Vergleich zum Vorjahr der Schmuggel von Haschisch um 90 Prozent, von Kokain um 125 Prozent zugenommen hat.

ZU GUTER LETZT

„Polizei warnte über Rundfunk vor tieffliegenden Mauerseglern", schrieb dpa.